

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Uwe Backes

Extremismus und Populismus von rechts

Petra Bauer / Oskar Niedermayer

Extrem rechtes Potential in den Ländern
der Europäischen Gemeinschaft

Manfred Wilke

Die Krise der Deutschen Kommunistischen Partei

Patrick Moreau

Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen
Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland
und der ehemaligen DDR

Hans Josef Horchem

Der Verfall der Roten Armee Fraktion

B 46-47/90

9. November 1990

Uwe Backes, Dr. phil., geb. 1960; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Germanistik an der Universität Trier; Akademischer Rat a. Z. am Lehrstuhl Politikwissenschaft der Universität Bayreuth.

Veröffentlichungen u. a.: (Mitautor) Reichstagsbrand. Aufklärung einer historischen Legende, München 1987; Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; (zus. mit E. Jesse) Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3 Bde., Köln 1989; (Hrsg. zus. mit E. Jesse) Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bonn 1989 ff.; (Hrsg. zus. mit E. Jesse und R. Zitelmann) Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Berlin 1990.

Petra Bauer, Dr. phil., geb. 1958; Wissenschaftliche Angestellte am Zentrum für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS).

Veröffentlichungen zur Politischen Soziologie und Europäischen Integration.

Oskar Niedermayer, Dr. rer. pol., geb. 1952; Hochschuldozent an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim und geschäftsführender Direktor des Zentrums für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS).

Veröffentlichungen u. a.: Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt-New York 1983; (zus. mit K. Reif und H. Schmitt) Neumitglieder in der SPD, Neustadt 1987; Innerparteiliche Partizipation, Opladen 1989; zahlreiche Aufsätze und Beiträge in Fachzeitschriften und Sammelbänden.

Manfred Wilke, Dr. rer. pol., geb. 1941; Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg; Habilitation im Fach Soziologie an der FU Berlin; seit 1985 Professor für Wirtschaftssoziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin.

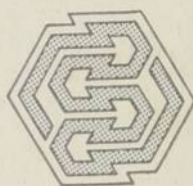
Veröffentlichungen u. a.: Die Funktionäre. Apparat und Demokratie im DGB, München 1979; (zus. mit G. Otto) Der Kampf um die Köpfe. Mediengewerkschaft im DGB, München 1986; (zus. mit H.-P. Müller) FDGB: Vom alten Herrschaftsapparat zu neuer Gewerkschaftsmacht?, Sankt Augustin 1990.

Patrick Moreau, Dr. phil., geb. 1951; Studium der Geschichte und Politischen Wissenschaften an der Universität Paris I – Sorbonne; 1984 Habilitation; seit 1985 Wissenschaftler des CNRS (Centre National de la Recherche Scientifique) und dessen Centre d'Analyse Politique der Sorbonne.

Zahlreiche Veröffentlichungen über Nationalismus sowie Links- und Rechtsradikalismus in Europa.

Hans Josef Horchem, Dr. jur., geb. 1927; Studium der Rechtswissenschaft und Geschichte an den Universitäten Mainz und Köln; Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg von 1969 bis 1981; seit 1986 Direktor des Instituts Terrorismusforschung in Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: The Long March through the Institutions, London 1973; West Germany's Red Army Anarchists, London 1974; Extremisten in einer selbstbewußten Demokratie, Freiburg 1979; Die verlorene Revolution, Herford 1988.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Die beiden Bände des Jahrgangs 1989 sind nur noch begrenzt vorrätig und können zum Preis von DM 25,— (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten bestellt werden.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Extremismus und Populismus von rechts

Ein Vergleich auf europäischer Ebene

I. Gegenstand und Aufgabenstellung

Die Wahlerfolge der Republikaner (REP) erregten 1989 großes Aufsehen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Die Heftigkeit und Gefühlsgeladenheit der Diskussion erklärte sich zu einem Gutteil aus der Tatsache, daß politische Terraingewinne dezidiert rechtsgerichteter Parteien hierzulande stets in einen historischen Bezug zu den Wahlerfolgen der Nationalsozialisten vor 1933 gestellt werden. Parolen und Vokabeln wie „Neofaschismus“, „Neonazismus“, „Nazis raus!“ bestimmten daher vielfach die Auseinandersetzung. Dies hängt offenbar zusammen mit der Allgegenwart eines inflationär gebrauchten, beinahe substanzlos gewordenen Faschismusbegriffs und resultiert nicht zuletzt aus der Einfärbung des Meinungsklimas mit marxistischen und marxistisch-leninistischen Denkmustern. Der Gleichklang von „Faschismus“ und „Kapitalismus“ gilt vielen als ein unanfechtbares Faktum, und sie sehen sich in dieser Auffassung durch eine vielfältige Literatur bestätigt¹⁾. Demgegenüber verhalten oft die wohlbegründeten Argumente derjenigen, die vor einer Überdehnung des Faschismusbegriffs warnen²⁾.

Ähnlichkeiten zwischen erfolgreichen Wahlbewegungen vor 1933 und nach 1945 sind gewiß nicht pauschal in Abrede zu stellen. Die Fixierung des Blicks auf historische Abläufe verhindert jedoch die Wahrnehmung des Neuen und Andersartigen. Wo politische Motive und ideologische Voreingenommenheit die klare Sicht behindern, tun Differenzierung und Nuancierung not. Wie soll dies geschehen? Erstens ist beim Umgang mit Makrotheorien soziologischer und sozialpsychologischer Prägung

Vorsicht geboten. Sie haben zweifellos ihre Verdienste, verstellen jedoch oft den Blick auf das Nächstliegende: die politische Konstellation, in der Parteien entstehen und sich entwickeln. Ihr gilt daher das besondere Augenmerk. Zweitens muß das Selbstverständnis der betreffenden Gruppierungen ernstgenommen werden. Seine Kenntnis ist Voraussetzung für die demokratietheoretische Einordnung und Bewertung.

Drittens schließlich kann ein Vergleich mit ähnlichen Phänomenen in anderen Demokratien vor provinzieller Nabelschau bewahren. Dies gilt sowohl für die Bestimmung des politischen Erscheinungsbildes als auch für die Abschätzung von Gefahrenpotentialen. Gegenstand der folgenden Darstellung ist daher eine Reihe relativ erfolgreicher Wahlbewegungen in den demokratischen Verfassungsstaaten des westlichen Europa. Sie verkörpern am ehesten Tendenzen am rechten Rand des politischen Spektrums, die von zukunftssträchtiger Bedeutung sein könnten. Sie sträuben sich aber auch am meisten gegen gängige begriffliche Kategorisierungen, verdanken sie doch ihre Stimmenpotentiale im allgemeinen keineswegs einer engen Anlehnung an Vorbilder der Zwischenkriegszeit. Im Gegenteil: Je stärker die Spuren der „Epoche des Faschismus“ (Ernst Nolte), desto geringer die politische Resonanz. Zugegeben: In allen Demokratien Europas bestehen rechtsextreme Subkulturen, in denen auch alte und neue Anhänger Hitlers und Mussolinis, Otto Straßers und Julius Evolas ihren Platz haben³⁾. Aber sie vertreten überall nur winzige Minderheiten und sind politisch einflußlos, obgleich sie durch provokante und militante Aktionen immer wieder erfolgreich das (auch voyeuristische) Interesse der Öffentlichkeit wecken und sich sozialen Minoritäten (z. B. Juden, Ausländer) gegenüber oft bedrohlich darstellen.

Eine andere Entwicklungstendenz dürfte bedeutsamer sein als groteske Kostümierung und kopfloser Gewaltkult jugendlicher Rabauken: das europaweite Wirken einer intellektuellen Neuen Rechten

1) Verwiesen sei nur auf einschlägige Arbeiten des Marburger Marxisten Reinhard Kühnl, der in einer Reihe auflagenstarker und in zahlreiche Sprachen übersetzter Werke die Faschismusinterpretation der Ostberliner Akademie der Wissenschaften im Westen popularisierte: Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek 1976¹⁰; ders., Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1979⁴; ders., Der Faschismus. Ursachen, Herrschaftsstruktur, Aktualität. Eine Einführung, Heilbronn 1988²; ders., Gefahr von rechts. Vergangenheit und Gegenwart der extremen Rechten, Heilbronn 1990.

2) Siehe vor allem Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1984⁵.

3) Von einer umfangreichen Literatur seien nur folgende Titel genannt: Patrice Chairoff, Dossier néo-nazisme, Paris 1977; Ray Hill/Andrew Bell, The Other Face of Terror. Inside Europe's Neo-Nazi Network, London u. a. 1988.

(New Right, Nouvelle Droite, Nuova Destra), die an Strömungen der Zwischenkriegszeit wie die Konservative Revolution anknüpft und geistiges Rüstzeug für eine zeitgemäße Reformulierung rechtsextremer Ideen liefert⁴⁾. Diese Theoriezirkel können hier allenfalls am Rande Erwähnung finden. Ihr Einfluß auf die politischen Konzepte der neuen rechten Wahlbewegungen ist unübersehbar, was freilich nicht zu Gleichsetzungen verführen sollte.

Im Mittelpunkt des folgenden Beitrags stehen Wahlbewegungen ultrakonservativer, nationalpopulistischer und teilweise offen rechtsextremer⁵⁾ Ausrichtung, die in einer Reihe europäischer Demokratien Stimmengewinne verbuchen konnten. Um die Darstellung nicht allzu kursorisch geraten

zu lassen, wird auch hier noch einmal eine thematische Einengung vorgenommen: Ausschließlich die im Europäischen Parlament vertretenen Parteien sind Gegenstand der Betrachtung. Ausgeschlossen bleiben also Organisationen wie die niederländischen Centrumdemokraten, die dänische und norwegische Fortschrittspartei, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder die schweizerische Nationale Aktion für Volk und Heimat — Phänomene, die trotz gravierender Unterschiede in diesen Kontext gehören⁶⁾.

Die Analyse setzt mit den politischen Ergebnissen der Europawahl von 1989 ein. Anschließend werden den nacheinander fünf im Europäischen Parlament vertretenen Wahlformationen porträtiert. Den Abschluß bildet ein systematischer Vergleich.

II. Rechtsparteien im Europäischen Parlament

Seit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlamentes ist dort auch eine Reihe politisch weit rechts stehender Parteien vertreten, die dem Prozeß der europäischen Integration überwiegend mit Ablehnung begegnen. So konnte der italienische Movimento Sociale Italiano (MSI) bereits 1979 vier Abgeordnete entsenden. Eine Fraktionsbildung (Mindestzahl bei Mitgliedern aus einem Staat: 23, aus zwei Staaten: 18, aus drei Staaten: 12) scheiterte am Fehlen ausreichend starker Bündnispartner. Allenfalls der Abgeordnete der dänischen Fremskridtspartiet (Fortschrittspartei) wäre in Frage gekommen. Anders die Situation 1984: Der Front national (FN) des bretonischen Volkstribunen Jean-Marie Le Pen zog mit zehn Abgeordneten in das Parlament ein und bildete mit dem MSI und dem Mandatsträger der griechischen Obristenpartei Ethniki

Politiki Enosis (Nationale Politische Union; EPE die „Fraktion der Europäischen Rechten“⁷⁾.

Die Europawahl vom Juni 1989 komplizierte die Situation insofern, als sich die Zahl potentieller Bündnispartner vergrößerte⁸⁾. Zwar blieb die Mandatszahl des FN (10) konstant, sank die Zahl der MSI-Repräsentanten (4) ab, gelang der EPE nicht mehr der Einzug in das Parlament. Dafür entsandten die deutschen REP (6), die in der Mittel- und östlichen Länder Region aktive Lega Lombarda (2) und die flämisch-nationalistische Vlaams Blok (1) erste Abgeordnete. Nach längeren Verhandlungen bildeten FN, REP und Vlaams Blok eine Fraktionsgemeinschaft. Der Vlaams Blok und die REP hatten sich deutlich gegen ein Zusammenwirken mit dem MSI ausgesprochen.

4) Siehe dazu besonders die Studien in dem Band: Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke/Klaus Schönekeß, Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Opladen 1990.

5) Der Begriff des Rechtsextremismus soll in einem strikten Sinne nur solche politischen Gruppierungen beschreiben, die (a) das Ethos menschlicher Fundamentalgleichheit ebenso mißachten wie (b) fundamentale Werte (Menschenrechte) und Spielregeln/Strukturprinzipien demokratischer Verfassungsstaaten (z. B. Gewaltenteilung; Parteienpluralismus; Repräsentation; freie, gleiche, geheime, direkte Wahlen). Vgl. hierzu Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989.

6) Hierzu einige Literaturhinweise: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in europäischen Demokratien. Rechts- und Linksextremismus im Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41—42/89, S. 40—53; Martina Kirfel/Walter Oswald (Hrsg.), Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa, Wien—Zürich 1989; Max E. Riedlsperger, FPÖ: Liberal or Nazi?, in: F. Parkinson (Hrsg.), Conquering the Past. Austrian Na-

zism — Yesterday & Today, Detroit 1989, S. 257—262; François Saint-Quen, Vers une remontée du national-populisme en Suisse? Le cas des vigilants genevois, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 26 (1988), S. 211—224.

7) Siehe Amtliches Handbuch des Europäischen Parlamentes 1984, 2. Wahlperiode, hrsg. vom Generalsekretariat des Europäischen Parlamentes, Luxemburg 1984; ABC der Europawahl 1984. Informationen des Bundeswahlleiters, Wiesbaden 1984.

8) Siehe zu den Ergebnissen: Europäisches Parlament, Europawahl 1989. Ergebnisse und gewählte Mitglieder, zweite Ausgabe, Luxemburg 1989. Zusätzliche (allerdings nicht immer zuverlässige) Informationen liefern: Benno Hafenegger, Die „extreme Rechte“ und Europa. Herausforderung einer multikulturellen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1990; M. Kirfel/W. Oswald (Anm. 6); Hans-Jürgen Schmitt (Hrsg.), Sie sind wieder da! Faschismus und Reaktion in Europa, Frankfurt a. M. 1990. Als Nachschlagewerk (allerdings mit zahlreichen Faktenfehlern) brauchbar: Cian O. Maoláin, The Radical Right. A World Directory, Houndmills/Basingstoke 1987.

Der REP-Bundesvorsitzende Schönhuber begründete die Haltung seiner Partei in einem Interview für die FN-Zeitung „National Hebdo“: „Ich will nichts gegen den MSI sagen. Ich kenne ihn nicht. Ich kenne nur Herrn Fini (der damalige Generalsekretär), der den Eindruck eines ganz und gar korrekten und demokratischen Menschen vermittelt. Aber für einen Deutschen ist es beinahe unmöglich, einer Gruppe anzugehören, von der man sagen wird: ‚Seht nur: die Faschisten sind unter sich‘, ‚die neue Achse Rom–Berlin‘. Verstehen Sie, das ist nicht leicht, und ich muß bis heute in Deutschland hart dagegen ankämpfen. Was uns trennt, ist aber auch die Südtirol-Frage. Man kann nicht mit denen ein Bündnis schließen, die unsere Tiroler Landsleute (compatriotes) in Bozen und Meran bekämpfen.“⁹⁾ Dem MSI, der im Bozener Stadtrat seit Mai 1989 (27,1 Prozent der Stimmen) die stärkste Fraktion bildet, ist das Südtiroler Autonomiestatut in seiner jetzigen Form ein Dorn im Auge¹⁰⁾. Die REP befürwortet hingegen den Anschluß Südtirols an Österreich.

Der FN mochte sich aus eher machiavellistischen Gründen zur Aufkündigung der alten Fraktionsgemeinschaft mit dem MSI entschlossen haben. Erstens verhinderte die in der Geschäftsordnung des Europäischen Parlamentes für die Bildung einer Fraktionsgemeinschaft vorgesehene Mindestzahl von 18 Abgeordneten ein Bündnis MSI-FN. Und zweitens schien der MSI mit seinen ständigen Flügelkämpfen zwischen eher nationalrevolutionären und stärker konservativ-etatistischen Strömungen weniger günstige Zukunftsaussichten zu bieten. Der Vlaams Blok wiederum neigte als Kämpfer für vermeintlich oder tatsächlich bedrohte Ethnien der Position der REP in der Südtirol-Frage zu – ein interessantes Beispiel für den Konflikt zwischen Ethnozentrismus und Nationalismus.

Die REP betonten in der Öffentlichkeit den „technischen“ Charakter der Fraktionsbildung. Das Bündnis mit FN und Vlaams Blok sei notwendig geworden, da erst der Fraktionsstatus eine wirkungsvolle parlamentarische Tätigkeit erlaube. Darüber hinaus aber könne jeder der Partner ein eigenständiges programmatisches Profil behaupten. Die Praxis soll einerseits innerfraktionellen Zerwürfnissen vorbeugen, andererseits verhindern, daß eine Gruppierung für Äußerungen der anderen verantwortlich gemacht wird. Indem die REP den technischen Charakter der Fraktionsbildung herausstell-

ten, distanzieren sie sich in gewisser Weise von ihren Bündnispartnern¹¹⁾ – ein Schachzug zur Entkräftung des Argumentes, das Bündnis mit Gruppierungen wie FN und Vlaams Blok entlarve ihren rechtsextremen Charakter.

Fraktionsbildungen setzen allerdings ein hohes Maß an Übereinstimmung voraus. Die Frage nach den Gemeinsamkeiten zwischen REP, FN und Vlaams Blok verdient nähere Beachtung. Mit Begriffen wie „Rechtsradikalismus“ oder „Rechtsextremismus“ versucht man, die erwähnten Gruppierungen auf einen Nenner zu bringen. Termini wie „Rechtsradikalismus“, „Rechtsextremismus“ oder gar „Neofaschismus“ und „Neonazismus“ enthalten politische Werturteile, bringen Besorgnisse und Befürchtungen zum Ausdruck. Weltbild und politischer Forderungskatalog der erwähnten Gruppierungen scheinen in einem Spannungsverhältnis, wenn nicht gar in einem Widerspruch zu grundlegenden Werten und Spielregeln demokratischer Verfassungsstaaten zu stehen. Dieser Umstand fordert nicht nur das Engagement des verfassungsloyalen Bürgers heraus, sondern auch die Bemühungen einer an der Frage nach der guten Ordnung für den Menschen interessierten Politikwissenschaft.

1. Front national (FN)

In Frankreich war es nach dem Zweiten Weltkrieg schon einmal einer Protestbewegung gelungen, mit Ressentiments gegen „die da oben“, dem Appell an den „Mann auf der Straße“ und an das nationale Wir-Gefühl beachtliche Wählerströme zu kanalisieren. Pierre Poujade, Besitzer eines kleinen Buch- und Schreibwarengeschäftes, stieß mit seinem Protest gegen zu hohe Steuern und den wachsenden Konkurrenzdruck großer Ladenketten bei vielen kleinen und mittelständischen Unternehmern auf offene Ohren¹²⁾. Teile der bis dahin politisch weitgehend erfolglosen rechtsextremen Subkultur versuchten, die anschwellende Protestströmung für ihre eigenen Ziele zu nutzen.

Zu den 52 Abgeordneten, die 1956 auf der Liste der Poujadisten in die Nationalversammlung einzogen, gehörte auch der junge Bretoner Jean-Marie Le

¹¹⁾ Siehe die Presseerklärung der REP über das „Arbeitsprogramm der sechs Mitglieder für die 3. Legislaturperiode im Europäischen Parlament“ vom Juli 1989.

¹²⁾ Einen Überblick zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Frankreich vermitteln: Hans-Gerd Jaschke, Renaissance des Rechtsextremismus in Europa? Das französische Beispiel, in: Uwe Bäckes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 1, Bonn 1989, S. 67–97; Jean-Christian Petitfils, L'extrême droite en France, Paris 1983. Zum Poujadismus: Stanley Hoffmann, Le mouvement Poujade, Paris 1956; Dominique Borne, Petits bourgeois en révolte? Le mouvement Poujade, Paris 1977.

⁹⁾ National Hebdo, Nr. 271 (28. Sept.–4. Okt.), 1989, S. 10 (Übersetzung d. Verf.).

¹⁰⁾ Vgl. „In Bozen können die italienischen Neofaschisten noch zulegen“, in: FAZ vom 9. Mai 1989, S. 3. Siehe außerdem die Studie von: Rudolf Benedikter/Norbert Dallò/Karl A. Kumpfmüller/Erika Pircher (Hrsg.), Nationalismus und Neofaschismus in Südtirol. Die Erfolge des Movimento Sociale Italiano (M.S.I.–D.N.) bei den Gemeinderatswahlen vom 12. Mai 1985. Ursachen, Bedingungen, Auswirkungen, Wien 1987.

Pen¹³). Le Pen war während des Jurastudiums in Paris Vorsitzender einer Studentenvereinigung gewesen und hatte seinen Militärdienst 1954 in einer Fallschirmspringereinheit in Indochina absolviert. Noch Abgeordneter in der Nationalversammlung, meldete sich Le Pen freiwillig nach Algerien und engagierte sich seit 1958 in der Bewegung für ein französisches Algerien, die in der Bevölkerung weit über den Kreis rechtsextremer Zirkel hinaus Unterstützung fand. Der von Le Pen ins Leben gerufene Front national pour l'Algérie française war in gewisser Weise im ideologischen Vorfeld der 1961 gegründeten terroristischen Geheimarmee O.A.S. angesiedelt. Doch auch eine Serie von Sprengstoffattentaten konnte es nicht verhindern, daß Algerien bald darauf in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Le Pen betätigte sich seit 1962 erfolgreich als Verleger – unter anderem von Militaria-Büchern – und gründete eine Hilfsorganisation zur Unterstützung inhaftierter nationalistischer Gesetzesbrecher. Als 1965 der bekannteste Strafverteidiger rechtsextremer Gesinnungstäter, Jean-Louis Tixier-Vignancour, für das Amt des französischen Staatspräsidenten kandidierte, organisierte Le Pen dessen Wahlkampf. Das klägliche Scheitern Tixier-Vignancours im ersten Wahlgang bestätigte die Agonie der extremen Rechten.

Der im Oktober 1972 unter Beteiligung von Le Pen ins Leben gerufene Front national (FN) blieb lange Zeit erfolglos. Die Initiative zur Organisationsgründung war von Aktivisten des seit 1969 bestehenden Ordre nouveau (ON) ausgegangen, die nicht zuletzt unter dem Eindruck der erfolgreichen Bündnispolitik des italienischen MSI („Destra Nazionale“) eine bei Wahlen aussichtsreiche Sammlung sowohl der „nationalistischen“ als auch der „nationalen“ Kräfte anstrebten¹⁴). Die Einigung war jedoch nur von kurzer Dauer. Bereits 1974 spaltete sich die vom ON kommende Gruppe wieder ab und gründete die Konkurrenzorganisation Parti des forces nouvelles (PFN). Mit dem Spitzenkandidaten Tixier-Vignancour nahm der PFN bis Anfang der achtziger Jahre an mehreren Wahlen teil, blieb in seinen Ergebnissen – wie auch der FN – jedoch weit hinter den Erwartungen zurück. Nach dem neuerlichen Mißerfolg bei den Parlamentswahlen von 1981 zerfiel der PFN. Teile seiner Klientel verstärkten den FN, dessen Erfolgchancen durch die Beendigung der fruchtlosen Rivalität stiegen.

Der Einigungsprozeß innerhalb der rechtsextremen „Szene“ vollzog sich vor dem Hintergrund einer für die Entstehung einer rechten Protestbewegung gün-

stigen „Großwetterlage“: Der triumphale Wahlerfolg der Sozialisten 1981, die kommunistische Regierungsbeteiligung, der anfängliche Reformela mit Verstaatlichungen von Banken und Unternehmen der Großindustrie, aber auch die Zerstrittenheit und Ratlosigkeit der in der Nationalversammlung vertretenen Oppositionsparteien schienen ein rechte Gegenbewegung geradezu herauszufordern¹⁵). Die ersten lokalen Wahlerfolge des FN in seinen mit charismatischen Fähigkeiten begabten Volkstribunen ließen nicht lange auf sich warten. Den Durchbruch schaffte die Le Pen-Bewegung bei der Europawahl von 1984 (11,0 Prozent). Daß dies ersten Wahlerfolge kein Strohfeuer waren, hat der FN inzwischen bewiesen. Er war von 1986 bis 1988 in der Nationalversammlung mit 35 Abgeordnete vertreten und ist daraus nur aufgrund der Wiedereinführung der Mehrheitswahl durch die Regierung Chirac – mit der Ausnahme einer Abgeordnete – wieder verschwunden. Freilich hatte die Partei das Stimmenergebnis von 1986 (9,9 Prozent) im ersten Wahlgang nur um einen Zehntelprozentpunkt verfehlt. Daß mit dem FN trotz schwere innerparteilicher Konflikte auch weiterhin zu rechnen ist, zeigte die Europawahl 1989, bei der die Organisation ihr Ergebnis von 1984 mit 11,7 Prozent noch übertraf. Einen Trend nach oben deutete die Nachwahlen zur Nationalversammlung auf kommunaler und Gemeindeebene an. Im Februar 1990 veröffentlichte das Magazin „L'Express“ eine Studie, wonach der FN bei derartigen Nachwahlen in 25 von 35 Fällen weiter zulegen konnte. Die Stimmengewinne fielen teilweise beträchtlich aus. Das spektakulärste Ergebnis wurde aus dem westlich von Paris gelegenen Städtchen Dreux gemeldet, wo die Partei im November 1989 42 Prozent der Stimmen erreichte – ein lokales Rekordergebnis¹⁶).

Spitzenresultate erzielt der FN überwiegend in hochindustrialisierten Ballungsgebieten: in der Pariser Region, den nordfranzösischen Zentren Lille Roubaix–Tourcoing, dem Raum Nancy–Straßburg–Mulhouse, dem Dreieck Saint–Etienne Lyon–Grenoble, dem Rhone-Gebiet zwischen Valence und Avignon sowie den an das Mittelmeer angrenzenden städtischen Zentren von Perpignan über Montpellier und Marseille bis Nizza¹⁷). Der französische Politikwissenschaftler Pascal Perrineau bezeichnet den FN als „das politische Echo der urbanen Anomie“¹⁸). Denn die Hochburgen der Le Pen-Bewegung sind Gebiete, in denen sich strukturelle Krisenerscheinungen und Wandlungen

¹³) Zur Person Le Pens: Art. „Jean-Marie Le Pen“, in: Münzinger Archiv/Internationales Biographisches Archiv, 42/88, P 017251–3 Lei-WE 1–3; Art. „Le Pen (Jean-Marie)“, in: Henry Coston (Hrsg.), Dictionnaire de la politique française, Paris 1967, S. 622 f.; Edwy Plenel/Alain Rollat, L'effet Le Pen, Paris 1984, S. 221–232.

¹⁴) Hierzu ausführlich: Jean-Yves Camus, Origine et formation du Front National (1972–1981), in: Nonna Mayer/Pascal Perrineau (Hrsg.), Le Front national à découvert, Paris 1989, S. 17–36.

¹⁵) Vgl. Udo Stark, Die Konsolidierung des Front National: Zeitschrift Dokumente für den deutsch-französischen Dialog, 45 (1989) 3, S. 201–205.

¹⁶) Vgl. Enquête sur le Front national, in: L'Express vom 23. Februar 1990, S. 24–34.

¹⁷) Vgl. die Beiträge im Sammelband von N. Mayer/P. Perrineau (Anm. 14); Roland Höhne, Die Renaissance des Rechtsextremismus in Frankreich, in: Politische Vierteljahresschrift, 31 (1990), S. 70–96.

¹⁸) Pascal Perrineau, Front national: l'écho politique de l'anomie urbaine, in: Esprit, (1988) 136/137, S. 22–38.

prozesse der Industriegesellschaft besonders deutlich abzeichnen, zugleich aber auf eine in hohem Maße atomisierte städtische Gesellschaft treffen. In einer Atmosphäre sozialer Bindungslosigkeit und Verunsicherung vereinen sich Ressentiments und Statusängste zu einem gegen Fremde gerichteten Konfliktpotential.

Der FN macht sich verbreitete Ängste vor drohendem Statusverlust in seiner Propaganda zunutze. Ausländer, Kriminalität und Arbeitslosigkeit sind die großen Themen, mit denen die Le Pen-Bewegung den „Mann auf der Straße“ gegen „die da oben“ zu mobilisieren sucht. Angesichts der „Überfremdung“ durch Einwanderer, ausländische Arbeiter und Asylanten betont er Interessen und Identität der französischen Nation. Dem unbefriedigten Sicherheitsbedürfnis vieler Bürger setzen Le Pen und seine Gefolgschaft Forderungen nach „hartem Durchgreifen“ und starker Staatsgewalt entgegen. Die Frage der Arbeitslosigkeit wird vor allem mit dem Hinweis auf die lästige Konkurrenz der „immigrés“ beantwortet. Obwohl sich Le Pen um ein moderates Auftreten bemüht, befriedigt er immer wieder auch die Bedürfnisse einer rechtsextremen Klientel. So wenn er die Gaskammern von Auschwitz als ein bloßes Detail in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges bezeichnet oder den Namen eines politischen Gegners in einem Wortspiel mit den Verbrennungsöfen der Vernichtungslager in Verbindung bringt. Derartige sein öffentliches Wirken begleitende Ausfälle zeugen von einer stark ausgeprägten demagogischen Energie.

Seit den ersten Wahlerfolgen bemühte sich der FN um Ausbau und Festigung der Parteiorganisation. Nach Angaben der Parteileitung stieg die Zahl der Mitglieder von 30 000 1986 auf 65 000 1990. Der organisatorische Apparat ist über alle Departements flächendeckend ausgedehnt worden. Nach der Übernahme des Generalsekretariats durch Carl Lang (dessen Vorgänger Jean-Pierre Stirbois verunglückte im November 1988 tödlich) wurde die Funktions- und Mitgliederschulung intensiviert¹⁹). Im Front national de la jeunesse (FNJ) soll der politische Nachwuchs gefördert werden. Ein Ordnerdienst (Défense, protection et sécurité) ist insbesondere für den regulären Ablauf öffentlicher Veranstaltungen zuständig. Seit 1984 besteht ein eigener Unternehmerverband, der kurioserweise gleichzeitig die Interessen der Beschäftigten vertreten soll: *Entreprise moderne et liberté* (EML). Im Bereich öffentlicher Verkehr und Transport haben sich FN-orientierte Betriebssektionen gebildet²⁰).

Mit der Wochenzeitung *National Hebdo* verfügt die Partei über ein auflagenstarkes Organ. Das seit 1962 bestehende nationalistische Blatt „Minute“ ist

inzwischen auf den FN-Kurs eingeschwenkt. Auch die maurrassistisch²¹) und katholisch-integristisch (Lefebvre-Anhänger) ausgerichtete Tageszeitung „Présent“ erfreut sich in FN-Kreisen weiter Verbreitung²²). Seit längerem ist man um intellektuelle Unterstützung bemüht, ohne daß es freilich gelungen wäre, die Strömung der *Nouvelle droite* in die parteipolitische Pflicht zu nehmen. Die verstärkte Thematisierung der ökologischen Frage soll das Resonanzfeld der Partei noch weiter vergrößern.

2. Lega Lombarda

Mit dem Einzug zweier Abgeordneter der in der Mailänder Region beheimateten Lega Lombarda ist ein im Ausland bislang kaum zur Kenntnis genommenes Phänomen der politischen Landschaft Italiens zum Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit geworden. Der nach Art bundesdeutscher Bürgerinitiativen organisierten Wahlbewegung war es gelungen, in der dichtestbesiedelten und bevölkerungsreichsten italienischen Region, der Lombardei, 8,1 Prozent der Stimmen zu erzielen (Stimmenanteil auf nationaler Ebene: 1,8 Prozent). Auch in den Regionen Piemont und Venetien-Friaul haben „Ligen“ seit Anfang der achtziger Jahre nach und nach ansteigende Wahlergebnisse verbucht²³). Die Lega Lombarda hatte bereits bei den Regionalwahlen von 1985 2,5 Prozent der Stimmen erhalten. Seit den Parlamentswahlen von 1987 ist sie mit je einem Abgeordneten in Senat und Abgeordnetenkammer vertreten. Bei den Kommunal- und Regionalwahlen vom Mai 1990 avancierte sie mit 20,2 Prozent der Stimmen gar zur zweitstärksten Fraktion im Regionalparlament.

Die „Ligen“ weisen nur lockere Organisationsstrukturen auf und verfügen über keine umfassend ausgearbeitete Programmatik. In ihrer Wahlpropaganda sind einige wenige Protestthemen von zentraler Bedeutung. So attackieren sie vehement Verfilzungserscheinungen und Unbeweglichkeit des zentralisierten „römischen Systems“ und fordern eine Vergrößerung regionaler Autonomie. Sie artikulieren das Selbstbewußtsein der wohlhabenden norditalienischen Provinzen gegenüber dem ärmeren, wirtschaftlich weniger erfolgreichen Süden. Eine gewisse Verachtung trifft die als Schmarotzer geltenden „terrioni“, so die abwertende Bezeichnung für die auf der Suche nach Arbeit und Brot in die hochindustrialisierten Regionen des Nordens eingewanderten Südtaliener.

Gewiß sind die „Ligen“ als Protestformationen mit eher rechtsgerichteter Ausrichtung auch eine Konkurrenz für den MSI. Das Gros der Stimmen stammt jedoch, wie eine Studie der Katholischen Universität Mailand gezeigt hat, von den Christde-

²¹) Nach Charles Maurras (1868–1952), dem Gründer der *Action française*.

²²) Vgl. *Enquête sur le Front national* (Anm. 16), S. 27.

²³) Vgl. auch zum folgenden: Carl-Wilhelm Macke, *Der Aufstieg der „Ligen“ in Italien*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 37 (1990), S. 688–690.

¹⁹) Vgl. *Enquête sur le Front national* (Anm. 16), S. 28 f.

²⁰) Vgl. Dietmar Loch, *Der schnelle Aufstieg des Front National. Rechtsextremismus im Frankreich der 80er Jahre*, München 1990, S. 28 f.

mokraten und — zu einem geringeren Teil — anderen demokratischen Parteien²⁴). Das Elektorat der Lega Lombarda wird als eher jung (55 Prozent im Alter zwischen 20 und 40 Jahren), überwiegend männlich (ca. 80 Prozent), aus intakten Familienverhältnissen stammend, durchschnittlich gebildet und einem Angestelltenverhältnis nachgehend beschrieben.

3. Movimento Sociale Italiano (MSI)

Die Republik Italien weist im Vergleich zu anderen europäischen Demokratien eine beispiellose Kontinuität rechtsextremer parlamentarischer Interessenvertretung auf. Bereits Ende 1946 entstand in Gestalt des Movimento Sociale Italiano (MSI) eine politische Kraft, der ehemalige faschistische Funktionsträger in führenden Rängen angehörten und die mehr oder weniger offen an die Programmatik der 1943 von Mussolini in Oberitalien errichteten Republik von Salò anknüpfte. Auf lokaler wie nationaler Ebene ließen sich die Christdemokraten in den fünfziger Jahren mit dem MSI auf politische Absprachen und temporäre Bündnisse ein und trugen auf diese Weise ungewollt zur politischen Festigung und Etablierung der Partei bei²⁵). Sie entwickelte sich zu einem zentralen Integrationsfaktor der aus vielfältigen Elementen zusammengesetzten rechtsextremen „Szene“, auch wenn es immer wieder zu letztlich erfolglosen Abspaltungen und Neugründungen kam. Erst seitdem sich die Democrazia Cristiana Anfang der sechziger Jahre zu Mitte-Links-Koalitionen hin öffnete, wurde der MSI mehr und mehr aus dem „arco costituzionale“ ausgegrenzt und in das rechtsextreme Abseits verbannt. 1972 vereinigte sich die Partei mit den Monarchisten und trägt seither den Namenszusatz „Destra Nazionale“. Versuchen, die Partei gegenüber demokratischen Kräften des konservativen Spektrums hin zu öffnen, blieb der Erfolg versagt. Sie scheiterten auch an der unübersehbaren Existenz eines prononciert antikapitalistischen, nationalrevolutionären und antibürgerlichen Flügels. Die systematische Ausgrenzung des MSI aus dem Verfassungskonsens seit Anfang der sechziger Jahre hat die Partei zum Identifikationspunkt einer politischen Klientel werden lassen, die den staatstragenden Parteien ein prinzipielles und tiefverankertes Mißtrauen entgegningt.

Seit 1948 ist der MSI ununterbrochen im Parlament vertreten. Bei den Parlamentswahlen von 1953 bis

²⁴) Vgl. Vincenzo Delle Donne, Vorurteile gegen die Leute aus dem Süden, in: Süddeutsche Zeitung vom 22./23. Juli 1989, S. 12.

²⁵) Vgl. zur Geschichte des MSI: Mario Caciagli, The Movimento Sociale Italiano. Destra Nazionale and Neo-Fascism in Italy, in: West European Politics, 11 (1988) 2, S. 19–33; Petra Rosenbaum, Neofaschismus in Italien, Frankfurt a. M.-Köln 1975; Leonard B. Weinberg, After Mussolini. Italian Neo-Fascism and the Nature of Fascism, Washington 1979. Als Standardwerk dürfte sich durchsetzen: Piero Ignazi, Il polo escluso. Profilo del Movimento Sociale Italiano, Bologna 1989.

1987 erreichte die Partei zwischen 4,5 (1968) und 8,7 Prozent (1972) der Stimmen. 25 bis 50 Abgeordnete waren in diesen Jahren in der Abgeordnetenversammlung, zehn bis 20 im Senat vertreten. Wesentliche Hochburgen des MSI finden sich im immer noch stark agrarisch geprägten, industriell unterentwickelten Mezzogiorno, wo sich die Partei auf ein einflußreiches Honoratiorenstüm stützen kann und historisch gewachsene Aversionen gegen das römische Establishment virulent sind. Freilich bilden in den unterentwickelten Gebieten inzwischen auch urbane Zentren wie Neapel, Bari, Catania, Messina und Palermo Schwerpunkte des MSI. Arbeitslosigkeit, Armut, völlig unzureichende öffentliche Einrichtungen und trostlose Wohnquartiere nähren extremistische politische Orientierungen und Verhaltensformen.

Die Partei weist eine überdurchschnittliche Dichte an örtlichen Verbänden und Mitgliedern in Sizilien, Apulien und Kampanien auf. Schwerpunkte sind darüber hinaus die Regionen Latium und Lombardia. Allerdings verzeichnete die Partei in den achtziger Jahren einen massiven Mitgliederrückgang — nach internen Angaben von ca. 380 000 auf ca. 120 000²⁶). Nur in der Region Trentino-Alto Adige verbuchte der MSI Zuwächse. Offenkundig ist es hier zum Protestvehikel gegen die als zu weitgehend empfundenen Autonomierechte der deutschen Sprachgruppe in Südtirol avanciert. Der Politikwissenschaftler Piero Ignazi führt den Mitgliederschwund des MSI in den übrigen Regionen auf die Mißerfolge bei Wahlen und den Abschied der Integrationsfigur Almirante zurück; zudem sei die Stärke der Partei wohl in vergangenen Jahren etwa zu hoch angegeben worden²⁷).

Die Partei verfügte 1987 über die noch immer stattliche Zahl von 2 720 „sezioni“ auf lokaler Ebene. Ihre Jugendorganisation, Fronte della Gioventù (FdG), hatte 1987 mehr als 30 000, die Studentenvereinigung (Fronte Universitario di Azione Nazionale) über 6 000 Mitglieder. Die nach ständestaatlichen Prinzipien organisierte Gewerkschaft CISNAL (Confederazione Italiana Sindacati Nazionali Lavoratori) umfaßt um die 2,5 Mio. Mitglieder vor allem in den Bereichen Chemie, Metall, Handel und öffentlicher Dienst²⁸). Dem MSI angeschlossen ist auch die Soldatenvereinigung Unione Nazionale Combattenti Repubblica Sociale Italiana (UNCRSI).

Seit seiner Gründung weist der MSI ein Spektrum verschiedener „correnti“ auf, die sich im Inneren der Partei oft heftig befehdeten und um den entscheidenden Einfluß auf die Parteiführung rangten²⁹). Der MSI begann als eine an den Idealen der faschistischen Sozialrepublik orientierte, pointier

²⁶) Vgl. P. Ignazi (Anm. 25), S. 293

²⁷) Vgl. ebd., S. 293 f.

²⁸) Vgl. ebd., S. 305.

²⁹) Vgl. Piero Ignazi, La cultura politica del Movimento Sociale Italiano, in: Rivista Italiana di Scienza Politica, 19 (1989), S. 431–465.

revolutionäre, antikapitalistische, antidemokratische und antikommunistische Kraft, die sich in den ersten Jahren gegenüber der harten Konkurrenz „gemäßigerer“ rechtsextremer Formationen wie Uomo Qualunque und dem Partito Nazionale Monarchico zu profilieren hatte. Seit Anfang der fünfziger Jahre setzte dann unter den Generalsekretären Augusto De Marsanich und Arturo Michelini eine Öffnung hin zu nationalkonservativen und monarchistischen Kräften ein. Das Scheitern der Strategie einer Integration in das politische Kräftefeld des parlamentarischen Systems wurde jedoch Anfang der sechziger Jahre vollends deutlich, als die mit MSI-Stimmen gestützte Regierung des Christdemokraten Tambroni scheiterte und die Hinwendung der Democrazia Cristiana zu Mitte-Links-Koalitionen begann. Die folgenden Jahre brachten eine nachhaltige Stärkung der betont neofaschistischen Strömung, an deren Rändern sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, auch unter dem Einfluß des wachsenden Linksextremismus an Schulen und Universitäten, militante und terroristische Zirkel bildeten³⁰). Die Ablösung Michelinis und die Übernahme der Parteiführung durch Giorgio Almirante war Resultat der innerparteilichen Kräfteverlagerung. In den Jahren der von marxistischen und anarchistischen Ideen inspirierten Studentenbewegung und des beginnenden linken Terrors verfolgte Almirante die für den Faschismus typische Doppelstrategie von Straßen- und Wahlpolitik: Einerseits ermutigte er rechtsextreme Privatfeldzüge und Terroraktionen gegen die „rote Gefahr“; andererseits versuchte die Partei aus der auf diese Weise zusätzlich angeheizten Atmosphäre politisches Kapital zu schlagen. Daß diese Strategie nicht erfolglos war, zeigte das Spitzenwahlergebnis von 1972, als die Partei im Bündnis mit den Monarchisten bei den Parlamentswahlen 8,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Im Laufe der siebziger Jahre änderten sich jedoch wiederum die politischen Vorzeichen: Das Wahlergebnis von 1972 konnte in den folgenden Wahlen nicht gehalten werden, ein Teil der zur Partei gestoßenen gemäßigeren Kräfte spaltete sich 1976 wieder ab, und die Christdemokraten hielten an den Koalitionen des „centro sinistra“ fest. Das politische Spagat zwischen militanter Systemopposition und Öffnung hin zu bürgerlichen Wählerschichten war mißlungen. Diese innere Zerrissenheit ist auch heute noch für den MSI kennzeichnend. Die Organisation hat ihre parlamentarische Position zwar auf vergleichsweise niedrigem Niveau festigen können; ihre Handlungsfähigkeit ist jedoch durch den innerparteilichen Kampf zwischen einem dezidiert neofaschistischen und einem auf Einbindung in das Institutionengefüge erpichten Kurs stark eingeschränkt. Ende 1987 trat der vergleichsweise „ge-

mäßigte“ Journalist Gianfranco Fini die Nachfolge Almirantes an der Parteispitze an. Er mußte jedoch schon bald wieder dem Druck der „Radikalen“ weichen. Fini wurde im Januar 1990 durch den Exponenten des dezidiert neofaschistischen und antikapitalistischen Flügels, Giuseppe („Pino“) Rauti, abgelöst. Dessen Organisation „Ordine Nuovo“ hatte sich 1956 vom MSI abgespalten, war 1969 aber wieder in den Schoß der Partei zurückgekehrt.

4. Die Republikaner (REP)

Die Entstehung der Partei Die Republikaner (REP) geht auf die Jahreswende 1982/83 zurück, als der damalige bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß bei der Vermittlung eines Milliardenkredites an die DDR behilflich war³¹). Viele Beobachter kommentierten dies mit Verwunderung, hatte sich die CSU in den Jahren zuvor doch immer wieder als Warnerin vor einer ökonomischen Stabilisierung des SED-Regimes profiliert. Die eigenwillige Kursrevision des mächtigen Parteivorsitzenden löste an der Basis verständlicherweise beträchtliche Spannungen aus, und es kam in den folgenden Monaten zu einer Reihe von Parteiaustritten unter anderem auch der Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt. Sie gründeten im November 1983 die Wahlorganisation REP, die sich zunächst gleichsam als die außerhalb der CSU betriebene Realisation des von Strauß seit langem verfolgten

³¹) Seit Januar 1989 ist eine Fülle von Veröffentlichungen über REP und Rechtsextremismus auf den Markt gekommen. Viele Bücher sind mit „heißer Nadel“ gestrikt und ergehen sich in politischer Polemik. Nähere Beachtung verdienen insbesondere: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen*, Frankfurt a. M. 1989³; Hans-Gerd Jaschke, *Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußenpartei*, Bonn 1990; Claus Leggewie, *Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an*, Berlin 1990; Gerhard Paul (Hrsg.), *Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus*, Bonn 1989; Michael Stiller, *Die Republikaner. Franz Schönhuber und seine rechtsradikale Partei*, München 1989; Richard Stöss, *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung—Ursachen—Gegenmaßnahmen*, Opladen 1989. Zur Kritik dieser und weiterer Veröffentlichungen: Eckhard Jesse, *Die extreme Rechte im Aufwind? Der Rechtsextremismus und die Partei der „Republikaner“*, in: Uwe Backes/ders. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 2, Bonn 1990; Rainer Zitelmann, *Die Republikaner — „Nazis“ — „Rechtsextremisten“ — „Populisten“*, in: *Zeitschrift für Politik*, 36 (1989), S. 410—421. Von den Zeitschriftenveröffentlichungen über die REP seien erwähnt: Uwe Backes, *The West German Republikaner: Profile of a Nationalist, Populist Party of Protest*, in: *Patterns of Prejudice*, 24 (1990) 1, S. 3—18; Adolf Kimmel, *RFA, la montée de l'extrême droite: les Republikaner*, in: *Pouvoirs*, (1990) 52, S. 167—174; Norbert Lepszy, *Die Republikaner*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 41—42/89, S. 3—9; Gerhard Paul, *Die „Republikaner“. Profile einer neuen Partei*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 40 (1989), S. 537—548; Joachim Wiesner, *Der Durchbruch der „Republikaner“*. Steht die Bundesrepublik vor einem Wandel ihres Regierungssystems?, in: *liberal*, 31 (1989) 3, S. 73—97; Rainer Zitelmann, *Republikaner. Un partito di destra preoccupa la Germania*, in: *Storia e Dossier*, 5 (1990) 42, S. 13—15.

³⁰) Hierzu ausführlich die Beiträge in: Franco Ferraresi (Hrsg.), *La destra radicale*, Mailand 1984; ders., *The Radical Right in Postwar Italy*, in: *Politics and Society*, 16 (1988) 2—3, S. 71—119.

Plans einer bundesweit verbreiteten vierten Partei ausnahm.

Zu den Gründervätern der REP gehörte auch der ehemalige Fernsehjournalist Franz Schönhuber. Er ist ein Mann mit bewegter politischer Vergangenheit. Nach 1945 schlug er sich zunächst mit Gelegenheitsjobs als Schauspieler und Sportreporter bei der KPD-nahen Zeitung „Deutsche Woche“ durch, ehe er sich in den sechziger Jahren als Journalist bei Münchener Stadtzeitungen politischen Themen zuwandte. Der Ausrichtung dieser Blätter entsprechend, profilierte er sich zur damaligen Zeit als Linker, unterstützte beispielsweise die Münchener Jungsozialisten in ihrer Opposition gegen Oberbürgermeister Hans Jochen Vogel. Anfang der siebziger Jahre begann Schönhubers Mitarbeit beim Bayerischen Rundfunk. Bereits 1975 übernahm er die Leitung der Hauptabteilung „Bayern-Information“ und wurde als Moderator der Serie „Jetzt red i“ bald zu einem der populärsten Fernsehjournalisten in Bayern. Inzwischen hatte er sich auch politisch der CSU genähert und gehörte zeitweilig zur erlesenen Entourage des bayerischen Ministerpräsidenten.

Anfang der achtziger Jahre fand die journalistische Karriere Schönhubers ein abruptes Ende. Im April 1982 wurde dem damaligen Hauptabteilungsleiter und stellvertretenden Chefredakteur beim Bayerischen Rundfunk fristlos gekündigt. Anlaß der Kündigung war das Erscheinen des Erinnerungsbuches „Ich war dabei“, in dem Schönhuber freimütig über seine einstigen Aktivitäten in der Waffen-SS berichtet hatte³²). Obwohl Schönhuber sich hierin von seiner Jugendverfehlung distanzierte, erregte doch die Art, wie der Autor über die Tapferkeit der ehemaligen „Eliteeinheiten“ räsonierte und die nationale Selbstzerknirschung der Deutschen beklagte, vielfach Anstoß.

Zwischen den Mitgliedern des Gründungstriumvirates setzte bald ein innerparteilicher Machtkampf ein, bei dem sich Schönhuber schließlich als der Stärkere erwies. Einerseits setzte er programmatisch neue Akzente, die den REP im Verhältnis zu den Unionsparteien ein eigenständigeres Profil geben sollten, andererseits erwies sich der fernsehbekannte, redegewandte Schönhuber in den Biersälen der bayerischen Provinz als Publikumsattraktion. Handlos und Voigt verließen 1985 die Partei. Der Letztgenannte erhielt nach einer Betätigung bei der bayerischen FDP 1989 wieder ein Mitgliedsbuch der REP, übernahm bald darauf den Vorsitz des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der REP,

³²) Franz Schönhuber, *Ich war dabei*, um ein Nachwort erweiterte Ausgabe, Berlin 1988 (1981). Von Schönhuber liegen weitere Titel vor: ders., *Freunde in der Not*, München—Wien 1983, ders., *Trotz allem Deutschland*, München—Wien 1987; ders., *Die Türken. Geschichte und Gegenwart*, München 1989.

wurde im Juni/Juli 1990 als Gegenkandidat Schönhubers bei der Bewerbung um das Amt des Parteivorsitzenden gehandelt, trat jedoch nicht an.

Einen ersten Wahlerfolg konnten die REP 1986 bei der bayerischen Landtagswahl verbuchen, als sie nach unermüdlichem Wahlkampfeinsatz 3,0 Prozent der Stimmen erhielten. 1,28 Mio. DM an Wahlkampfkostenerstattung bildeten eine wichtige Basis für den weiteren Ausbau der Parteiorganisation. Freilich folgten magere Jahre, in denen die REP bei Kandidaturen in Bremen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg herbe Wahlniederlagen einstecken mußten. So kam der Berliner Wahlerfolg vom Januar 1989 völlig überraschend, war doch sogar umstritten gewesen, ob die Partei überhaupt kandidieren sollte. Das Westberliner Ergebnis (7,5 Prozent) erfuhr bei der Europawahl im Juni 1989 eine Bestätigung. Die REP erhielten 7,1 Prozent der Stimmen. Das Resultat wird allerdings dadurch relativiert, daß der Anteil von Protestwählern bei Europawahlen wesentlich höher ist als bei der Wahl zum Deutschen Bundestag.

In den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt, strömten der Partei zahlreiche neue Mitglieder zu. Nach Angaben der Parteileitung stieg ihre Zahl von 8 000 im Januar 1989 auf 25 000 im Januar 1990. Selbst wenn man diese Angaben als zu hoch bewertet, ist eine rasante Mitgliederentwicklung nach oben nicht zu leugnen. Die höchste Mitglieder- und Organisationsdichte erreichte die Partei in Bayern, Baden-Württemberg und Berlin. In den übrigen Landesverbänden ist der Parteiapparat weit hinter dem süddeutschen Stand zurückgeblieben.

Die hohen Erwartungen der Parteileitung nach der Europawahl bestätigten sich in den folgenden Monaten nicht. Offenkundig wurden die REP von der Entwicklung in Deutschland seit dem Herbst 1989 überrollt. Ergebnissen des Meinungsforschungsinstituts Emnid zufolge erreichten die Sympathiewerte der REP im Februar 1990 einen Tiefpunkt: Nur mehr drei Prozent der Bundesbürger erklärten sich bereit, die REP zu wählen³³). In der Folgezeit sanken sie in der Publikumsgunst noch weiter ab. Bei den bayerischen Kommunalwahlen vom März 1990 zeigte sich, verglichen mit der Europawahl, in lokalen Hochburgen eine deutliche Schrumpfung des Wählerpotentials: In Augsburg etwa sank der Anteil von 19,6 Prozent auf 10,6 Prozent, in Rosenheim von 22,1 Prozent auf 15 Prozent³⁴). Das schlechte Abschneiden der Partei bei den Landtagswahlen in Niedersachsen (Mai 1990: 1,5 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (Mai 1990: 1,8 Prozent) bestätigte diesen Trend. Im Oktober

³³) Vgl. *Der Spiegel* Nr. 9 vom 26. Februar 1990, S. 37.

³⁴) Vgl. Roman Arens, *Die magere Ernte des Großsprechers*, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* vom 23. März 1990, S. 4.

1990 scheiterten die REP bei der Landtagswahl in ihrem Stammland Bayern knapp an der Fünfprozenthürde (4,9 Prozent). Bei der Europawahl 1989 hatten noch 14,6 Prozent der bayerischen Wähler der Partei Schönhubers ihre Stimme gegeben.

Für den auf den ersten Blick paradox erscheinenden Niedergang der REP — schließlich hatte sich die Partei entschieden für die Wiedervereinigung ausgesprochen — lassen sich mehrere Gründe anführen: Die neue politische Lage in Deutschland ermöglicht es den großen Parteien, die „deutsche Frage“ in den Mittelpunkt zu stellen und auf diese Weise betont nationalorientierte Wählergruppen zu binden. Zentrale mobilisationsfähige Themen der REP gerieten dabei in den Hintergrund: Ausländer, Asylanten, Kriminalität, Drogen und AIDS.

In vielen Landesverbänden wurden und werden heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen ausgetragen. Seit 1983 hat die Partei sowohl starke Zu- als auch starke Abwanderungen an Mitgliedern erlebt. Zwar gibt es keine empirischen Untersuchungen über die politische Herkunft der Republikaner-Mitglieder. Vieles spricht jedoch dafür, daß sie sich zu einem beachtlichen Teil aus ehemaligen Unionsangehörigen rekrutieren. Aber auch ehemalige Mitglieder von SPD und — in geringerem Maße — FDP haben zu den REP gefunden, überdies natürlich auch viele, die zuvor noch keiner Partei angehört. Zuwanderungen von rechtsextremen Organisationen wie NPD und DVU sind zwar auf Funktionärebene unübersehbar, dürfen jedoch bei den Mitgliedern insgesamt schon aufgrund der vergleichsweise geringen Mitgliederpotentiale dieser Organisationen nicht allzu hoch eingeschätzt werden³⁵).

Infolge innerparteilicher Flügelkämpfe hat inzwischen eine Reihe parteioppositioneller Gruppen den REP den Rücken gekehrt³⁶). Zum einen handelt es sich um ehemalige Unionsangehörige, denen die Profilierungsversuche der Parteizentrale um Schönhuber zu weit gingen; zum anderen aber auch um Gruppen, die den Abgrenzungskurs gegenüber NPD und DVU nicht mittragen wollten und für eine Sammlung aller rechten, also unter Einschluß der eindeutig rechtsextremen, Strömungen eintreten. Mehr noch als politisch-programmatische Gründe prägen persönliche Rivalitäten und Machtkämpfe die Verhältnisse im Inneren der Partei. Dies hat zuletzt die Auseinandersetzung im Sommer 1990

gezeigt, als Schönhuber und der ehemalige Generalsekretär Neubauer einen Kampf um die Parteiführung austrugen und sich wechselseitig rechtsextremer Umtriebe bezichtigten³⁷). Letztendlich setzte sich der Parteigründer wiederum gegen seine Kontrahenten durch.

Die Frage, ob die REP eine rechtsextreme Partei sind, ist nicht so leicht und eindeutig zu beantworten, wie es die häufige Verwendung dieses Attributes in der Öffentlichkeit nahelegt. Entstanden sind sie als eine rechte Unionsabspaltung und transportieren viele programmatische Forderungen, die sich in abgewandelter Form auch in politischen Konzepten der CDU und der CSU finden. Mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Schönhuber wurde dann die „nationale“ Orientierung akzentuiert, nahm die Anziehungskraft auf Mitglieder rechtsextremer Organisationen wie NPD und DVU zu. Die REP vermitteln seither das Bild einer Partei, die — um es bildlich auszudrücken — mit einem Bein in der demokratischen Mehrheitskultur, mit dem anderen in der rechtsextremen Subkultur steht. Diese Ambivalenz kennzeichnet auch ihre zentralen politischen Forderungen. So muß die Auffassung, die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik sei zu hoch, ebenso zum kontroversen Sektor der demokratischen Auseinandersetzung gehören dürfen wie die (auch dezidierte) Kritik am Mißbrauch des Asylrechts. Doch traten REP-Funktionäre mit Vorstellungen an die Öffentlichkeit, die mit rechtsstaatlichen Prinzipien offenkundig unvereinbar sind (z. B. Einführung sogenannter „Schnellgerichte“ an den Grenzen), zielte die Wahlkampf-Strategie der Partei auf die Anstachelung und Ausbeutung fremdenfeindlicher Stimmungen und Vorurteile. Die gleiche Doppelbödigkeit weist die betont „nationale“ Orientierung der REP auf: Einerseits ist die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht des eigenen Volkes legitim. Andererseits aber erscheint sie vielfach verknüpft mit einem Nationalstaatskonzept traditioneller Prägung, das sich an historischen territorialen Besitzständen orientiert³⁸) und einem volksgemeinschaftlichen Harmonieideal huldigt. Hier fügt sich ein populistischer Grundzug ein: Der mit charismatischen Fähigkeiten begabte politische Führer erkennt und vollzieht den wahren „Volkswillen“ — gegen die Absichten der den Interessen der Menschen entfremdeten „Altparteien“ und ihrer Repräsentanten. Freilich sind die REP in erster Linie eine Protestpartei gegen tatsächliche oder vermeintliche Verfehlungen

³⁵) Zu berücksichtigen ist dabei auch, daß sowohl NPD als auch DVU im Jahre 1989 ihr Mitgliederpotential ausweiten konnten. Vgl. Uwe Backes, Organisationen 1989, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 2 (Anm. 31).

³⁶) Für die innerparteilichen Verhältnisse der REP aufschlußreich: Alexandra Kliche, Nichts wie weg! Warum ich die Republikaner verlassen habe, München 1989; Michael Schomers, Deutschland ganz rechts. Sieben Monate als Republikaner in BRD/DDR, Köln 1990.

³⁷) Siehe nur Roswin Finkenzeller, Lächerlichkeit tötet. Bei Schönhubers Republikanern geht es drunter und drüber, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Juli 1990, S. 8.

³⁸) Besonders aufschlußreich in diesem Zusammenhang war das im Spätherbst 1989 von der Europaabgeordneten der REP, Johanna Grund, entwickelte deutschlandpolitische Konzept: dies., Das deutschlandpolitische Konzept: durch freie Selbstbestimmung zu deutscher Einheit und europäischer Sicherheit, in: Credo, (1989) 1, S. 8–11.

der „Etablierten“, kanalisieren daher — auf Wähler- und Mitgliederebene — sehr verschiedenartige Motive, die keineswegs auf einen einzigen ideologischen Nenner zu bringen sind.

5. Vlaams Blok

Die Partei Vlaams Blok ist das radikale Entwicklungsprodukt der flämisch-nationalistischen Bewegung in Belgien. Sie entstand Ende der siebziger Jahre als Abspaltung von der flämischen Sprachpartei Volksunie (Volkseinheit), die einen Prozeß politischer Öffnung durchlaufen und mehrheitlich den unter der Regierung Tindemans geschlossenen „Pakt von Egmont“ mitgetragen hatte, eine wesentliche Grundlage für die seitherige Föderalisierung des belgischen Einheitsstaates³⁹⁾. Der Vlaams Blok repräsentiert diejenigen politischen Kräfte, die für eine noch weiter gehende politische Autonomisierung oder gar Separierung der niederländischsprachigen Landesteile eintreten. Die Einbindung der Volksunie in Koalitionsregierungen führte dem Vlaams Blok gegen das „Kartell“ der „Etablierten“ gerichtete Proteststimmen zu.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Dezember 1978 hatte sich eine Gruppierung von der Volksunie abgespalten. Die zwei zunächst konkurrierenden Organisationen Vlaams-Nationale Party (VNP) und Vlaams Volksparty (VVP) bildeten ein gemeinsames Wahlbündnis und konnten aufgrund des guten Abschneidens im Bezirk Antwerpen einen Abgeordneten in die Kammer entsenden⁴⁰⁾.

III. Vergleichende Betrachtungen

An den Anfang eines Ländergrenzen übergreifenden Vergleichs gehört zunächst der Hinweis auf Eigentümlichkeiten nationaler Art. Der flämisch-wallonische Konflikt etwa ist eine belgische Besonderheit, die Südtirolproblematik eine italienische. Die Kontinuität neofaschistischer parlamentarischer Repräsentation in Italien wäre in der Bundesrepublik vor allem aufgrund der ungleich größeren historischen Belastung durch den Nationalsozialismus undenkbar. Der FN ist als Bewegung gegen die

Unter der Regie des Journalisten Karel Dillen wurde im Mai 1979 die Partei Vlaams Blok gegründet. Die Organisation konnte im Laufe der achtziger Jahre ihren wahlpolitischen Einfluß nach und nach festigen und ausbauen. So behauptete sie bei den Wahlen von 1981 und 1985 ihren Sitz in der Abgeordnetenkammer und eroberte 1987 aufgrund des guten Abschneidens im Arrondissement Antwerpen, einer Hochburg der Partei, einen weiteren hinzu. Bei den Gemeindewahlen vom Oktober 1988 erreichte sie in zehn Gemeinden insgesamt 23 Sitze. War dem Vlaams Blok bei den Europawahlen von 1984 noch der Einzug in das Parlament verwehrt geblieben, konnte er 1989 einen Abgeordneten entsenden. Im Kanton Antwerpen hatte die Partei 20,6 Prozent der Stimmen erhalten⁴¹⁾. Die Parteiorganisation wurde im Laufe der achtziger Jahre ausgebaut. Der Vlaams Blok hatte nach Angaben der Parteileitung im August 1990 ca. 10 000 Mitglieder. Der Jugendorganisation Vlaams Blok Jongeren sollen 2 500 Mitglieder angehören.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der FN-Erfolge im Nachbarland Frankreich widmete sich der Vlaams Blok seit Mitte der achtziger Jahre verstärkt dem Thema „Ausländer und Asylanten“. Fremdenfeindliche Ressentiments gelten in Belgien vor allem Bevölkerungsgruppen mohammedanischer Konfession, die ein hohes Maß kultureller Eigenständigkeit beanspruchen und sich nur schwer in die weitgehend säkularisierte Gesellschaft integrieren lassen.

Machtübernahme der Linken groß geworden, während die REP von der Integrationsschwäche der CDU/CSU-Regierungsparteien profitierten.

Auch bei der Abschätzung der Kräfteverhältnisse ist der nationale Rahmen zu beachten. Die 10 000 Mitglieder des Vlaams Blok bedeuten in Belgien etwas anderes als die 15 000 Mitglieder der REP im westlichen Deutschland. Bei der Europawahl von 1989 standen 7,1 Mio. wahlberechtigten Belgiern 45,8 Mio. wahlberechtigte Bundesbürger gegenüber⁴²⁾. Die Mitgliederzahl des Vlaams Blok wäre daher für den direkten Vergleich mit einer Partei in der Bundesrepublik mindestens mit dem Faktor sechs zu multiplizieren. Auf dieser Basis gelangt man bereits zu einer Größenordnung, die an die des FN (65 000 Mitglieder; 37,3 Mio. Wahlberechtigte) heranreicht. Dagegen behauptet der MSI (ca. 120 000 Mitglieder; 46,8 Mio. Wahlberechtigte) gegenüber allen anderen Gruppierungen mit deutlichem Abstand seine Spitzenstellung. Dies wird un-

³⁹⁾ Vgl. zur Entwicklung des belgischen Parteiensystems: Horst Siegemund, *Partei politik und „Sprachenstreit“ in Belgien*, Frankfurt a. M.-Bern-New York-Paris 1989. Zur Föderalisierung: Patrick Vanhulle, *Belgien auf dem Weg zum föderalen Staat*, in: *Europa-Archiv*, 44 (1989), S. 457–464.

⁴⁰⁾ Vgl. Danny Trom, *Rechtsradikalismus in Belgien*, in: Hans-Jürgen Schulz (Hrsg.), *Sie sind wieder da! Faschismus und Reaktion in Europa*, Frankfurt a. M. 1990, S. 108–114. Fundierte wissenschaftliche Analysen über den Vlaams Blok fehlen bislang. Mit Vorsicht zu genießen: Hugo Gijssels u. a., *Les barbares. Les immigrés et le racisme dans la politique belge*, Berchem 1988.

⁴¹⁾ Vgl. Winfried Münster, *Schönhubers flämische Partner*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 22./23. Juli 1989, S. 12.

⁴²⁾ Vgl. die Zahlen in: *Europäisches Parlament* (Anm. 8).

terstrichen, betrachtet man die Zahlenstärke assoziierter Organisationen, vor allem die starke Einbindung des MSI im gewerkschaftlichen Bereich (CISNAL). Freilich wird der MSI vom FN im Bereich der Wahlergebnisse übertroffen. Die REP erreichten in dieser Hinsicht selbst mit ihren beiden Spitzenergebnissen von 1989 nicht das Niveau des FN. Vlaams Blok und Lega Lombarda sind Wahlorganisationen mit regional begrenztem Wirkungsradius. Auf die nationale Ebene hochgerechnet, fallen ihre Ergebnisse noch vergleichsweise bescheiden aus. In Flandern bzw. der Lombardei hingegen haben sie sich zu ernstzunehmenden politischen Kräften entwickelt.

Allen fünf Organisationen ist es — in unterschiedlichem Ausmaß — gelungen, dem Ghetto der Zehntelprozentpunkte zu entkommen und Mandate in Vertretungskörperschaften zu gewinnen. Diese Tatsache hebt sie aus der Vielfalt der in allen europäischen Demokratien vorfindbaren subkulturellen Gruppen heraus, die vergeblich um Einfluß in den institutionalisierten Kanälen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung ringen. Wie lautet ihr Erfolgsrezept? Was unterscheidet sie von genuin rechtsextremen Formationen?

Der MSI hebt sich in wesentlichen Punkten von den übrigen Wahlbewegungen ab. Er verfügt nicht nur über die am besten entwickelten organisatorischen Strukturen, sondern weist auch die weitaus stärkste historische Kontinuität zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit auf. Die Phasen einer Dominanz des neofaschistischen Flügels waren in erster Linie verantwortlich für die anhaltende politische Isolation des MSI. Organisationen wie der FN, die Lega Lombarda, die REP und der Vlaams Blok unterscheiden sich demgegenüber wesentlich vom nationalsozialistischen oder faschistischen Typus. Zwar kultivieren sie ebenfalls antiliberalen und antimarxistische Affekte. Ihnen fehlt jedoch sowohl das rassentheoretische Fundament als auch die antibürgerliche und antikapitalistische Komponente. Sie streben keine Totalpolitisierung, keinen revolutionären Wandel und keine radikale Umwälzung der bestehenden Werteordnung an. Ihre politischen Impulse haben eher restaurativen Charakter: Homogenisierung einer multikulturell „entarteten“ Gemeinschaft, Aufwertung überlieferter Formen „guten Zusammenlebens“, Beseitigung der Folgen liberaler „Permissivität“ etwa im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, Wiederbelebung ihrer Ansicht nach verlorengegangener Tugenden wie Fleiß, Gehorsam, Ordnung und Pünktlichkeit und nachhaltige Stärkung der Staatsgewalt.

Die neuen rechten Wahlorganisationen sind bis zu einem gewissen Grad Protestbewegungen von rechts. Zwar teilen sie deren Skepsis gegen die Herausforderung zentralisierter Organisationsstrukturen nicht und weisen ein geringeres Maß an Spontaneität

auf. Sie greifen jedoch wie diese wechselnde Protestthemen auf (Ausländer, Drogen, AIDS, Kriminalität, zu hohe Steuern) und leiten angestauten Unmut auf ihre Mühlen — von prinzipiell systemloyalen bis hin zu fundamentaloppositionellen Standpunkten. Daher sprengen sie den Definitionsbereich eines normativen Typusbegriffs wie „Rechtsextremismus“. Als erfolgreiche Wahlbewegungen sprechen sie Wähler- und Mitgliedergruppen sowohl der rechtsextremen Subkulturen als auch der demokratischen Mehrheitskultur an⁴³). Da sie in der Übergangszone zwischen extremistischer Sub- und demokratischer Mehrheitskultur angesiedelt sind, kommt es im Inneren der Organisationen häufig zu entsprechenden Flügelbildungen. Die REP können bis heute die Herkunft als rechte Unionsabspaltung nicht verleugnen; sie haben jedoch auch Zulauf aus der rechtsextremen Subkultur um NPD und DVU erhalten. Der FN entstand als originäres Produkt der rechtsextremen Subkultur, übte aufgrund seiner Wahlerfolge bald aber auch Anziehungskraft auf die demokratische Rechte wie die Neogaullisten aus.

Die neuen rechten Wahlbewegungen weisen kein klar umrissenes ideologisches Konzept auf, wie dies etwa von kommunistischen Kaderparteien bekannt ist. Die heterogenen Protestthemen sind jedoch in ein Gedankengeflecht eingebunden, das sich mit den Begriffen „Populismus“ und „Nationalismus“ charakterisieren läßt. Als „Populismus“ kann eine um mehrheitliche Zustimmung werbende Machteroberungsstrategie verstanden werden, die sich auf die Erkenntnis des hypothetischen Volkswillens beruft⁴⁴). Eine charismatische Führerpersönlichkeit erkennt die „wahren“ Bedürfnisse des Volkes und gießt sie in politische Formeln. Der Populismus hat stets eine antipluralistische Stoßrichtung, denn in der pluralistischen Demokratie steht der Inhalt des Volkswillens nicht a priori fest; „Gemeinwohl“ geht vielmehr aus dem Wettstreit zwischen unterschiedlichen Meinungen, Interessen und Anschauungen tagtäglich neu hervor⁴⁵).

Populismus und Nationalismus, Populismus und Ethnozentrismus sind oft eng miteinander verzahnt. So wie der Populismus eine intime geistigmentale Verbindung zwischen politischen Führern und Geführten voraussetzt, fordern Nationalismus und Ethnozentrismus die Identifikation des einzelnen mit seiner Gemeinschaft. Der Nationalpopulis-

⁴³) Freilich müssen die Grenzen von Extremismus und Demokratie einerseits, Sub- und Mehrheitskultur andererseits keineswegs deckungsgleich sein.

⁴⁴) Vgl. Werner W. Ernst, Zu einer Theorie des Populismus, in: Anton Pelinka (Hrsg.), Populismus in Österreich, Wien 1987, S. 10–25.

⁴⁵) Siehe hierzu grundlegend: Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart—Berlin—Köln—Mainz 1979, S. 197–201.

mus⁴⁶⁾ trägt damit den Keim der Heterophobie⁴⁷⁾ in sich. Denn aus dem starken Wir-Gefühl in der Eigengruppe entspringen vielfach Abgrenzung und Abneigung gegenüber Fremdgruppen. Nicht zufällig korrespondieren Parolen wie „eigen Volk eerst“ (Vlaams Blok), „les français d'abord“ (FN) und „Deutschland“ zuerst (REP) mit scharfmacherischen Forderungen gegenüber Ausländern.

Ausländer werden von großen Teilen der Bevölkerung aller europäischen Demokratien inzwischen als ein Problem empfunden. Wegen ihrer freiheitlichen Ordnung wie auch ihrer ökonomischen Prosperität üben diese Länder eine große Anziehungskraft aus. Das starke materielle Wohlstandsgefälle zwischen den reichen Industrienationen und den vielen armen Ländern der Dritten Welt wird auch in

⁴⁶⁾ Der französische Rassismusexperte Pierre-André Taguieff wendet diesen Begriff auf den FN an: ders., *La rhétorique du national-populisme. Les règles élémentaires de la propagande xénophobe*, in: *Mots*, (1984) 9, 113–139.

⁴⁷⁾ So die Begriffsprägung von: Albert Memmi, *Rassismus*, Frankfurt a. M. 1987.

Zukunft dafür sorgen, daß der Andrang von außen ein innenpolitisches Problem bleibt. Die national-populistischen Parteien profitieren von Vorurteilen gegenüber Fremden ebenso wie von verbreiteten Ängsten um die Bewahrung des materiellen Besitzstandes. In ihrem restaurativen Streben nach der kulturell homogenen Gemeinschaft scheuen sie nicht davor zurück, vorhandene Ressentiments und Ängste zu schüren.

Es wäre allerdings gänzlich verfehlt, betrachte man die neuen rechten Protestparteien nur als Ausdruck politischer Irrationalität. Sie greifen durchaus reale gesellschaftliche Probleme auf, werden von vielen Wählern gezielt als „pressure group“ gegen die Behäbigkeit und Saturiertheit der „Altparteien“ unterstützt. Das vorhandene Protestpotential wird nur dann unter Kontrolle zu halten sein, wenn es den demokratisch verantwortlichen Politikern gelingt, pragmatische Lösungen anzubieten, die sowohl humanitären Erfordernissen entsprechen als auch Wünschen und Interessen der einheimischen Bevölkerung Rechnung tragen.

Extrem rechtes Potential in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft

I. Vorbemerkung

Durch das Wiedererstarken extremer Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums in mehreren europäischen Staaten hat die Beschäftigung mit dem extrem rechten Potential in der Bevölkerung westlicher Demokratien in der wissenschaftlichen und publizistischen Diskussion wieder an Bedeutung gewonnen. Der folgende Beitrag wird sich mit den Möglichkeiten beschäftigen, dieses Potential in international vergleichender Perspektive zu analysieren. Den Untersuchungsrahmen bilden dabei die Mitgliedsländer der

Europäischen Gemeinschaft. Dies zum einen, weil sich, wie im nächsten Abschnitt deutlich werden wird, umfassende theoretische Erklärungsansätze der Entstehung extrem rechter Potentiale primär auf den Systemkontext westlicher Industriegesellschaften beziehen, und zum anderen, weil nur für diesen Kreis von Staaten durch das Vorliegen international vergleichender Bevölkerungsumfragen die Möglichkeit besteht, einige der theoretischen Überlegungen empirisch zu überprüfen.

II. Theoretische Erklärungsansätze zur Entstehung extrem rechter Potentiale

Es gibt eine Vielzahl von unterschiedlichen Hypothesen und theoretischen Ansätzen, die versuchen, das Entstehen von extrem rechten Potentialen zu erklären¹⁾. Einen Versuch zur Integration der wichtigsten Argumentationsstränge stellt die Arbeit von Scheuch und Klingemann dar, in der Rechtsradikalismus als „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“ angesehen wird, da jede moderne Gesellschaft unter bestimmten Bedingungen — insbesondere wenn sie schnellen Veränderungsprozessen unterliege — für rechtsradikale Bewegungen anfällig sei²⁾.

Zwei Erklärungskonzepte werden bei diesen Autoren zu einer allgemeinen Theorie zusammengefaßt: zum einen ein soziologischer bzw. sozio-politischer Ansatz, zum anderen ein persönlichkeitspsychologischer. Ersterer erklärt das Anwachsen extrem rechter Bewegungen weitgehend aus dem Zusammentreffen von Kultursystemen in einer Gesellschaft mit den Einflüssen der außenpolitischen Verpflichtungen und ihren Rückwirkungen auf die soziale und politische Struktur³⁾. Das Individuum in

modernen Gesellschaften unterliege unterschiedlichen Spannungen in den unterschiedlichen Sektoren des sozialen Systems. Normen und Werte, die im Primärbereich des Individuums (Familie) gelten, würden durch die funktionalen Anforderungen sogenannter Sekundärinstitutionen (Beruf; Behörden etc.) aufgelöst. Der zweite, ergänzende Ansatz geht davon aus, daß bestimmte Persönlichkeitsmerkmale des Individuums helfen, diese Dissonanz abzuschwächen oder zu verschärfen. Adorno u. a.⁴⁾ analysierten die konkrete Erscheinung des Nationalsozialismus unter eben dieser Annahme eines spezifischen, von ihnen als „Autoritarismus“ bezeichneten Persönlichkeitsmusters von Menschen mit extrem rechten Einstellungen, die sie insbesondere aus gesellschaftlichen Sozialisationsprozessen heraus zu erklären versuchten. Vor allem Kompromißlosigkeit und der Glaube an eine Konspiration wurden hervorgehoben. Diesem Persönlichkeitskonzept unterliegt die Wahrnehmung der Gesellschaft als normlos, anomisch⁵⁾, moralisch chaotisch, als Gesellschaft ohne feste Regeln, an die man sich halten könnte.

In Weiterführung und Modifikation dieses Ansatzes versuchte Rokeach⁶⁾, von den rein inhaltlichen

¹⁾ Ein expliziter Rekurs auf den Extremismusbegriff der bundesrepublikanischen Diskussion soll hier vermieden werden, da seine normativ-verfassungsrechtlichen Ausgrenzungsimplicationen für eine breite, international vergleichende Perspektive wenig hilfreich sind.

²⁾ Vgl. E. K. Scheuch unter Mitarbeit von H.-D. Klingemann, Theorien des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12 (1967), S. 11–29.

³⁾ Vgl. E. K. Scheuch/H.-D. Klingemann (Anm. 2), S. 14 in Anlehnung an T. Parsons, Democracy and Social Structure in Pre-Nazi Germany, in: Essays in Sociological Theory, Glencoe 1954, S. 104 ff. Für eine ausführliche Diskussion siehe T. A. Herz, Soziale Bedingungen für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, Meisenheim am Glan 1975.

⁴⁾ Vgl. Th. W. Adorno/E. Frenkel-Brunswik/D. J. Levinson/R. N. Sanford, The Authoritarian Personality, New York 1950. Im Rahmen der deutschen Forschung vgl. als neuere, in diese Richtung zielende Analyse z. B. S. Schumann, Politische Einstellungen und Persönlichkeit, Frankfurt 1986.

⁵⁾ Vgl. H. McClosky/J. H. Schaar, Psychological Dimensions of Anomy, in: American Sociological Review, 30 (1965) 1, S. 14–40.

⁶⁾ Vgl. M. Rokeach, The Open and Closed Mind. Investigation into the Nature of Belief Systems and Personality Systems, New York 1960.

Bestimmungen der Einstellungen zu abstrahieren und ihre Struktur zu untersuchen. Hierfür entwickelte er die sogenannte „Dogmatismusskala“. Charakter und Erscheinungsformen gesellschaftlicher Spannungen der modernen Industriegesellschaften, die sich wandelnden Lebensbedingungen und damit die notwendige Anpassung bzw. Revision tradiert Wertvorstellungen bewirken Unsicherheiten, die mit Hilfe einer rigiden Denkweise neutralisiert werden können. Diese Form der pathologischen „Anpassung“ wird als bedeutsam für den Erfolg extremer Anschauungen bezeichnet, wobei bei ihm eine wichtige Akzentuierung der Arbeiten zur „autoritären Persönlichkeit“ insofern erfolgte, als deren Ausblendung des linksextremen Denkens korrigiert wurde.

Diese Ansätze können auch im Sinne der Theorien über sozialstrukturelle Inkonsistenzen interpretiert werden, die eine Zunahme extrem rechter Orientierungen immer dann erwarten, wenn ein wachsender Teil der Mitglieder einer Gesellschaft aufgrund raschen sozialen Wandels in sozio-ökonomische Positionen gedrängt wird, die dem gewünschten oder gewohnten Sozialstatus nicht entsprechen. Prozesse der Statuspolarisierung, Marginalisierung oder Statusbenachteiligung⁷⁾ können bestimmte förderliche psychologische Prädispositionen aktivieren, fokussieren und unter zusätzlichen Bedingungen in

die Unterstützung extrem rechter Bewegungen transformieren.

Diese Erklärungsversuche können als Teile einer allgemeinen Theorie verstanden werden, die verschiedene „Aggregatzustände“ von für Rechtsextremismus anfälligen, individuellen sozio-politischen Orientierungen und gesamtgesellschaftlichen Zuständen zu erfassen versucht⁸⁾. Große Bedeutung kommt dabei dem Charakter und der Wirkungsweise extremistischer sozio-politischer Orientierungen zu. Wir sind hier besonders auch auf das „Ideologie-Repertoire“ einer Gesellschaft und damit auf die Frage verwiesen, inwieweit für die Bündelung extrem rechter politischer Einstellungen ein mehr oder weniger kohärentes Überzeugungssystem kulturell verfügbar ist. Insgesamt muß daher politischer Extremismus in dynamischer Perspektive als Ergebnis komplexer Interaktionsprozesse institutioneller, organisatorischer und individueller Bedingungen aufgefaßt werden und wird damit in methodischer Hinsicht zu einem Mehrebenenproblem⁹⁾, dessen empirische Analyse auf eine Reihe von Schwierigkeiten stößt, die schon bei der Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes beginnen. Im nächsten Abschnitt sollen daher die theoretisch vorstellbaren Möglichkeiten zur Operationalisierung des extrem rechten Potentials erläutert und deren Probleme aufgezeigt werden.

III. Möglichkeiten zur empirischen Bestimmung des extrem rechten Potentials

Für die Operationalisierung des Untersuchungsgegenstandes ergeben sich prinzipiell drei Möglichkeiten. Als dem extrem rechten Potential in der Bevölkerung zugehörig können angesehen werden:

1. Wähler extrem rechter Parteien,
2. Individuen, denen aufgrund ihrer Einstellungen ein extrem rechtes Weltbild zugeschrieben werden kann und
3. Individuen, die sich selbst als extrem rechts stehend einstufen.

Da die erste Operationalisierungsart auf manifestem politischen Verhalten als Kriterium basiert, wird sie insbesondere dann verwendet, wenn auf die konkreten Folgen des extrem rechten Potentials in der Bevölkerung für die Struktur und Funktionsweise des politischen Systems im allgemeinen und des Parteiensystems im besonderen abgestellt wird. Extrem rechtes Potential in einer Gesellschaft auf diese Weise zu bestimmen, bezieht neben der „Nachfrage-“ auch die „Angebotsseite“ von Politik in Form der Existenz einer extrem rechten Partei als

organisatorischem und ideologischem Kristallisationskern mit ein und wird eben dadurch jedoch von der Angebotsseite abhängig, d. h.: Ein extrem rechtes Potential kann nur in Gesellschaften ausgemacht werden, in denen eine extrem rechte Partei existiert. Dies läßt aber die Möglichkeit außer acht, daß die Angebotsseite durch restriktive Regulationssysteme, z. B. Parteienverbot, begrenzt sein kann. Zudem wird die Höhe des Potentials in diesem Ansatz anhand des Wahlerfolgs extrem rechter Parteien gemessen. Dies unterstellt allen Wählern solcher Parteien eine Affinität zu deren ideologischem Standort und verneint dies bei den anderen, die solche Parteien nicht wählen. Damit wird die Möglichkeit taktisch-strategischer Wahlentscheidungen nicht beachtet, die Individuen ohne extrem rechte Affinität zur Wahl solcher Parteien veranlassen (Protestwahlverhalten) bzw. Individuen, die eine rechtsextreme Affinität besitzen, von der Wahl solcher Parteien abhalten (z. B. wegen deren Chan-

⁷⁾ Vgl. S. M. Lipset, *Political Man: The Social Bases of Politics*, Garden City 1960; S. A. Stouffer, *Communism, Conformity, and Civil Liberties. A Cross-section of the Nation Speaks Its Mind*, Cambridge 1963.

⁸⁾ Vgl. E. K. Scheuch/H.-D. Klingemann (Anm. 2), S. 15.

⁹⁾ Vgl. M. Kaase/W. G. Gibowski, Die Ausgangslage für die Bundestagswahl am 9. Dezember 1990. Entwicklungen und Meinungsklima seit 1987, in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen 1990, S. 760.

cenlosigkeit, politische Entscheidungen mitzubestimmen).

Die beiden anderen Operationalisierungsarten stellen nicht Verhalten, sondern Einstellungen und Überzeugungen sowie deren Strukturierung in den Mittelpunkt. Bei diesen Ansätzen läßt sich von Überlegungen ausgehen, die im Rahmen der Analyse politischer Überzeugungssysteme entwickelt wurden. Angesichts der umfangreichen Literatur zum Konzept des Überzeugungssystems¹⁰⁾ soll hier nur auf seine zentralen Elemente eingegangen werden, wie sie vor allem von Converse entwickelt worden sind¹¹⁾.

Mit dem Konzept politischer Überzeugungssysteme postuliert er, daß es qualitative Unterschiede in den individuellen, auf politische Inhalte bezogenen „ideational worlds“ gibt und daß diese Unterschiede im individuellen Verhalten von Bedeutung sind. In seiner Definition politischer Überzeugungssysteme betont er deren Strukturcharakter, indem er die Relation zwischen den einzelnen Ideenelementen heraushebt. Er definiert politische Überzeugungssysteme als „a configuration of ideas and attitudes in which the elements are bound together by some form of constraint or functional interdependence“¹²⁾. Mit „constraint or functional interdependence“ bezeichnet Converse die Strukturierung von Attitüden im Rahmen eines bestimmten sozial oder politisch geprägten Konzeptes. Der „constraint“ bestimmt dabei die Konsistenz von Attitüden einer Person gegenüber verschiedenen politischen Sachfragen (Issues). Eine ideologische Denkweise wird vor allem in diesem Sinne als ein durch abstrakte Prinzipien strukturiertes Orientierungssystem verstanden¹³⁾. Unter „ideas“ sind nach Converse kognitive, allgemeine politische Orientierungen zu verstehen, während „attitudes“ neben der kognitiven zusätzlich eine affektive und evaluative Dimension bezüglich spezieller politischer Sachverhalte beinhalten. Eine weitere wichtige Dimension ist die Zentralität der Ideenelemente. Je zentraler der Stellenwert eines Ideenelementes für ein Individuum innerhalb seines Überzeugungssystems ist, desto mehr wird die Bereitschaft abnehmen, dieses zu ändern. Die dritte Dimension ist die Reichweite politischer Überzeugungssysteme; sie bestimmt den Grad der Anwendbarkeit der Ideenelemente auf unterschiedliche politische Objekte. Auf der Grundlage dieser drei

genannten Dimensionen kann man die Stärke ideologischen Denkens ausmachen.

Diese Überlegungen können als Ausgangspunkt für die Analyse nicht nur von formal, sondern auch inhaltlich bestimmten politischen Überzeugungssystemen dienen. Zum einen bietet sich die Möglichkeit, die Inhalte extrem rechter Ideologie in Form einer Reihe von Einzelaussagen zu operationalisieren, diese einer Bevölkerungstichprobe vorzulegen und die individuell gemessene Zustimmungsrate zu diesen Aussagen in bezug auf deren Zentralität, Reichweite und interne Konsistenz zu analysieren. Die Existenz eines über diese Charakteristika definierten geschlossenen Weltbildes könnte dann als Kriterium für die Zuordnung zum extrem rechten Potential benutzt werden. Die Problematik dieses Ansatzes besteht in:

1. der Auswahl und Formulierung der zur Messung extrem rechter Einstellungen und Überzeugungen verwendeten Items und
2. der Frage nach den Schwellenwerten, die die Zugehörigkeit eines Individuums zum extrem rechten Potential anzeigen.

Insbesondere das erste Problem wird bei dem Versuch einer international vergleichenden Analyse noch deutlich durch die Schwierigkeit verschärft, Items finden zu müssen, die extrem rechte Ideologie in einer interkulturell äquivalenten Weise indizieren. Dies dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, daß international vergleichende Studien, die extrem rechte Potentiale in den Bevölkerungen anhand einer umfassenden Analyse ideologischer Überzeugungssysteme empirisch bestimmen, bisher noch nicht durchgeführt wurden.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, die Befragten mit einem allgemeinen ideologischen Schema zu konfrontieren, das auf oppositionellen Polen angeordnete inhaltliche Etiketten enthält, ihre Selbsteinstufung auf dem dadurch aufgespannten Kontinuum zu erbitten und zu analysieren, was die Befragten selbst mit diesen Etiketten verbinden.

Das Verwenden ideologischer Etiketten zur empirischen Erforschung politischer Überzeugungssysteme hat eine lange Tradition. Solche Etiketten gehören zumindest in den USA und Westeuropa als Orientierungsmittel zum Kernbestand der politischen Kultur. Converse selbst rekurrierte in seinen Analysen auf das in den USA gültige Liberal-Konservativ-Schema; das westeuropäische funktionale Äquivalent hierfür ist das Links-Rechts-Kontinuum¹⁴⁾. Diese Schemata als kulturelle Produkte

¹⁴⁾ Vgl. ebd.; H.-D. Klingemann, Measuring Ideological Conceptualization, in: S. H. Barnes/M. Kaase et al., Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979, S. 203–215. Zusammenfassend für diese Diskussion siehe D. Fuchs/H.-D. Klingemann, The Left-Right Schema, in: K. M. Jennings/J. van Deth (Hrsg.), The Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin-New York 1990, S. 203–234.

¹⁰⁾ Für eine Zusammenfassung siehe E. Roller, Zur Reliabilität und Validität der Messung politischer Überzeugungssysteme, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 39 (1987), S. 105–120.

¹¹⁾ Vgl. Ph. E. Converse, The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David E. Apter (Hrsg.), Ideology and Discontent, New York 1964, S. 206–261.

¹²⁾ Ebd., S. 207.

¹³⁾ Der Begriff der Ideologie wird hier formal gefaßt, d. h. inhaltsneutral als Typ eines politischen Überzeugungssystems, dessen Struktur bestimmten Kriterien entspricht. Vgl. ebd.

haben die Funktion, für Individuen logische bzw. quasi-logische Bezüge zwischen der ideologischen Selbstidentifikation und allgemeinen politischen Einstellungen sowie konkreten Issue-Positionen herzustellen. Lipset¹⁵⁾ hat „links“ als Befürwortung sozialen Wandels in Richtung auf eine größere politische Gleichheit definiert; „rechts“ bedeutet die Befürwortung einer traditionellen, mehr oder weniger hierarchischen Ordnung und eine Ablehnung des sozialen Wandels in Richtung auf mehr Gleichheit.

Aufgrund verschiedener Untersuchungen¹⁶⁾ läßt sich zeigen, daß die Bereitschaft, die eigenen politischen Ansichten mit Hilfe des Links-Rechts-Kontinuums anzugeben, in den Bevölkerungen westlicher Demokratien in hohem Maße vorhanden ist und daß der Durchschnittsbürger auch eine inhaltliche Vorstellung mit den Begriffen links und rechts verbinden kann.

Für unser Problem der Analyse extrem rechter Potentiale läßt sich dies in verschiedener Weise nutzen. Zum einen können – in einer weiten Definition – alle diejenigen zu diesem Potential gerechnet werden, die in der Lage sind, sich auf dem Links-Rechts-Kontinuum einzuordnen, und dies im extrem rechten Bereich tun. Zum anderen könnte man – in einer engeren Definition – wieder auf die Existenz ideologischer Überzeugungssysteme rekurren und als zum extrem rechten Potential gehörig nur solche Personen rechnen, die zusätzlich zu ihrer extrem rechten Einordnung in dem, was sie selbst mit dem Etikett „rechts“ verbinden, ein konsistentes Überzeugungssystem großer Reichweite und Zentralität erkennen lassen.

Sowohl die enge als auch die weite Definition des extrem rechten Potentials unter Rekurs auf die ideologische Selbsteinschätzung auf dem Links-Rechts-Kontinuum ist jedoch in ähnlicher Weise wie die zweite Operationalisierungsart mit dem

Grenzziehungsproblem konfrontiert, das sich konkret in der Frage stellt, ab welchem Punkt des Kontinuums man von einer „extrem rechten“ Ordnung sprechen kann. Analysiert man die soziologische Literatur im Hinblick auf die Einordnung der europäischen Parteien in ideologische Parteifamilien, so wird allerdings schnell deutlich, daß das Abgrenzungsproblem nicht nur die auf Einstellungen basierenden Operationalisierungsarten betrifft. Auch der Operationalismus anhand der Wahl extrem rechter Parteien führt oft an Trennschärfe, weil die Einordnung von Parteien als extrem rechts umstritten ist.

Die bisherigen Ausführungen haben verdeutlicht, daß die empirische Bestimmung des extrem rechten Potentials in einer Gesellschaft auf sehr unterschiedliche Weise erfolgen kann, daß die Stärke des Potentials wesentlich von der gewählten Operationalisierung abhängt und daß keine dieser Operationalisierungsmöglichkeiten a priori eindeutig anderen vorzuziehen ist. Wenn wir uns im folgenden nur noch mit einer der Operationalisierungsarten, der Links-Rechts-Selbsteinschätzung, beschäftigen, so geschieht dies primär aus rein pragmatischen Grund: Nur ein Rekurs auf diese Operationalisierung erlaubt uns eine empirische Analyse, die alle Mitgliedsländer der EG umfaßt.

Wir werden jedoch, nachdem wir das extrem rechte Potential in den Mitgliedsländern der EG anhand der Links-Rechts-Selbsteinstufung der Bevölkerung empirisch bestimmt und seine zeitliche Entwicklung dargestellt haben, soweit es unsere Möglichkeiten zulassen, auf die Beziehungsstruktur zu den beiden Operationalisierungsmöglichkeiten eingehen, bevor wir den Argumentationskreis durch eine empirische Überprüfung einiger aus dem zweiten Abschnitt vorgestellten Erklärungsansätzen ableitbaren Hypothesen schließen.

IV. Empirische Analyse des extrem rechten Potentials in den EG-Mitgliedsländern

1. Potentialbestimmung anhand der Links-Rechts-Selbsteinstufung

Die uns zur Verfügung stehenden Daten für die empirische Analyse des extrem rechten Potentials in den EG-Mitgliedsländern basieren auf den Eurobarometer-Umfragen. Diese repräsentativen Bevölkerungsumfragen werden seit 1973 im Auftrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften halbjährlich (im Frühjahr und Herbst) jeweils in

allen Mitgliedsländern der EG erhoben. Im Jahr 1989 wurde, insbesondere aufgrund der Europawahlen, eine zusätzliche Befragung im Sommer durchgeführt, so daß innerhalb eines halben Jahres drei Erhebungszeitpunkte vorlagen. Zur Analyse der Links-Rechts-Selbsteinstufung und ihrer Determinanten haben wir durch eine Kumulation der drei Umfragen einen Datensatz erstellt, der in der Regel pro EG-Mitgliedsland etwa 4 000 Befragte umfaßt¹⁷⁾. Dieser Datensatz erlaubt eine w

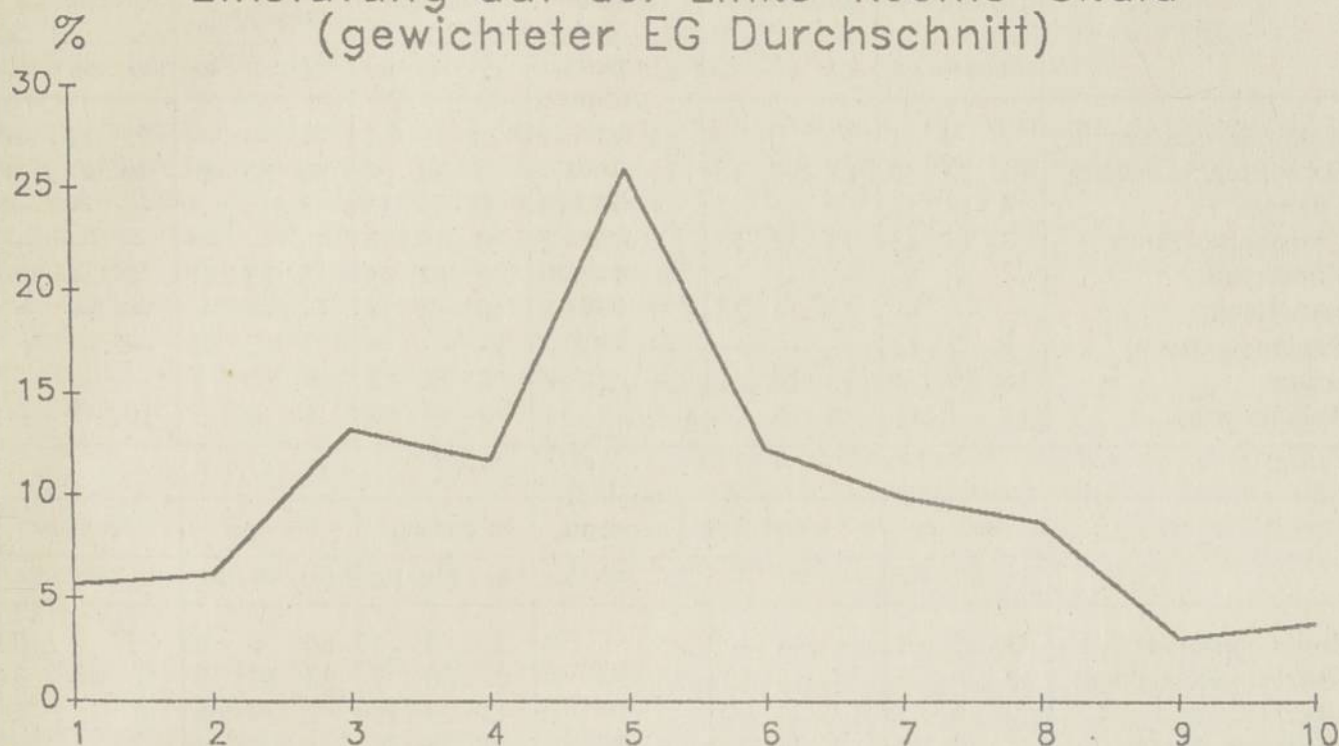
¹⁵⁾ Vgl. S. M. Lipset/P. F. Lazarsfeld/A. H. Barton/J. Linz, *The Psychology of Voting: An Analysis of Voting Behavior*, in: G. Lindzey (Hrsg.), *Handbook of Social Psychology*, Vol. 2, Reading 1954, S. 1135.

¹⁶⁾ Vgl. die in Anm. 14 angegebene Literatur.

¹⁷⁾ Die normale Stichprobengröße dieser Umfragen beträgt 1 000 Personen pro Land mit Ausnahme von Luxemburg (300 Personen) und dem Vereinigten Königreich (Großbritannien 1 000, Nordirland 300). Bei einem Teil der Befragungen (EB 32) wurden je Land 2 000 Personen be

Schaubild:

Einstufung auf der Links-Rechts-Skala (gewichteter EG Durchschnitt)



Quelle: Eurobarometer 31, 31 A, 32 (1989).

hende Untergliederung der Gesamtheit der Befragten und die weitere Analyse der Teilgruppen, ohne in die Gefahr zu geraten, wegen zu geringer Fallzahlen keine sinnvollen Aussagen mehr machen zu können.

Die ideologische Selbsteinstufung der Befragten wird in der Forschung häufig durch eine Zehnpunkte-Skala gemessen, die von 1 (links) bis 10 (rechts) reicht. Dieses Meßinstrument wird auch in den Eurobarometer-Umfragen verwendet. Da die Befragten nicht zusätzlich gebeten werden, zu äußern, was sie selbst mit dem Etikett „rechts“ verbinden, können wir die Operationalisierung nur anhand der weiten Definition vornehmen, d. h. als zum extrem rechten Potential gehörig wollen wir diejenigen Befragten ansehen, die sich auf dieser Skala einordnen können, und dies im extrem rechten Bereich tun. Der Anteil der Befragten in den zwölf EG-Ländern, die 1989 in der Lage waren, ihren ideologischen Standort auf der Skala zu verorten, lag zwischen 70 Prozent (Spanien) und 93 Prozent (Niederlande). In allen zwölf Ländern ordnete sich die große Mehrheit der Befragten im Mittelbereich der Skala ein¹⁸⁾. Wie wir aus dem folgenden Schaubild entnehmen können, das die

¹⁸⁾ Die Einordnung auf dem Skalenwert 5 wird von uns nicht als Orientierung links von der Mitte interpretiert. Die Tatsache, daß dieser Skalenwert in allen Ländern (mit Ausnahme von Irland) weitaus am häufigsten genannt wurde, deutet eher darauf hin, daß der Skalenwert 5 von den Befragten als Mittelpunkt der von 1 bis 10 reichenden Skala interpretiert wurde.

durchschnittliche Einordnung der Befragten in der Europäischen Gemeinschaft auf der Links-Rechts-Skala ausweist¹⁹⁾, wählt jedoch ein nicht unbedeutlicher Teil der Befragten in den zwölf Ländern seinen ideologischen Standort im rechten Bereich der Skala. Es ergibt sich in den meisten Ländern ein relativ klarer Schwelleneffekt im Übergang von Punkt 8 auf Punkt 9 auf der rechten Seite sowie von Punkt 2 auf Punkt 3 auf der linken Seite des ideologischen Spektrums. Dies könnte durch das Vorliegen einer Art „Hemmschwelle“ bedingt sein, deren Überwindung den Übergang von einer gemäßigt linken bzw. rechten zu einer extrem linken bzw. rechten Orientierung anzeigt. Wir nehmen daher diesen Effekt zum Anlaß, das bestehende Abgrenzungsproblem nicht vollkommen willkürlich zu lösen, sondern die Trennungslinien gemäß dieser Schwellenwerte zu ziehen²⁰⁾. Wir klassifizieren somit die Skalenpunkte 1 und 2 auf der linken und 9 und 10 auf der rechten Seite des ideologischen Spektrums als „extrem“ links bzw. „extrem“ rechts und rechnen diejenigen Befragten, die sich dort ein-

¹⁹⁾ Die Kurvenverläufe für die einzelnen Länder unterscheiden sich vom durchschnittlichen Kurvenverlauf nicht wesentlich.

²⁰⁾ Andere Autoren ziehen die Trennungslinie anders. So verwenden z. B. Falter und Schumann den Skalenpunkt 10 als „harten“ und die Punkte 8 bis 10 als „weichen“ Indikator. Vgl. J. W. Falter/S. Schumann, Affinity Towards Right-Wing Extremism in Western Europe, in: West European Politics (Special Issue on Right-Wing Extremism in Western Europe), herausgegeben von K. von Beyme, London 1988, S. 96–110.

Tabelle 1: Wahlabsicht nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (Angaben in Prozent)

	Belgien			Deutschland			Dänemark			Frankreich			Großbritannien			Griechenland		
	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re
Kommunisten/extr. L.	3	0	1	3	0	0	63	17	1	28	3	1	—	—	—	75	11	0
Sozialisten/Sozialdem.	63	22	10	57	43	13	24	33	7	53	38	4	85	35	10	16	47	0
Liberale	4	18	16	0	5	2	4	19	19	0	9	13	3	15	4	—	—	—
Christdemokraten	3	25	43	13	32	58	1	6	2	0	5	3	—	—	—	—	—	—
Konservative	—	—	—	—	—	—	1	14	40	2	14	45	5	37	81	0	34	96
extr. Rechte	—	—	—	3	5	23	0	7	30	0	2	28	—	—	—	—	—	—
Regionalparteien	2	7	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	1	—	—	—
Grüne	16	20	5	17	10	1	4	2	0	8	14	2	3	6	1	—	—	—
Andere/keine	11	7	11	8	5	4	4	2	1	9	14	5	1	5	3	10	7	4

	Italien			Irland			Luxemburg			Niederlande			Portugal			Spanien		
	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re
Kommunisten/extr. L.	73	13	1	—	—	—	5	1	0	21	5	1	65	6	0	25	8	0
Sozialisten/Sozialdem.	12	20	5	54	15	3	52	29	8	67	30	7	23	39	2	52	40	7
Liberale	0	6	3	2	4	2	5	18	6	3	27	16	2	39	66	1	10	4
Christdemokraten	2	40	37	8	24	23	9	35	84	4	32	51	1	6	24	—	—	—
Konservative	—	—	—	18	45	66	—	—	—	0	2	22	—	—	—	1	15	71
extr. Rechte	0	3	46	—	—	—	—	—	—	0	1	3	—	—	—	—	—	—
Regionalparteien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	7	5
Grüne	7	9	2	4	4	1	27	17	2	—	—	—	—	—	—	2	2	3
Andere/keine	6	9	7	15	9	4	8	7	3	5	3	1	9	12	8	15	19	10

Quelle: Eurobarometer 31, 31 A, 32 (1989).

ordnen, dem extrem linken bzw. rechten Potential zu²¹⁾.

Eine Analyse der Stärke und zeitlichen Entwicklung des auf diese Weise gemessenen extrem rechten Potentials in der Bevölkerung der zwölf Mitgliedsstaaten der EG²²⁾ zeigt — sieht man von wenigen Ausnahmen ab —, daß etwa ein Zwanzigstel bis höchstens ein Siebtel der Bevölkerung in den einzelnen Ländern zum extrem rechten Potential zu rechnen ist. Eine zunehmende Tendenz kann man in Dänemark und ab 1985 in Griechenland feststellen, ein leichter Anstieg, jedoch auf wesentlich

niedrigerem Niveau, ist auch in Frankreich zu beobachten. Eine eindeutig negative Tendenz weisen die Niederlande auf. Auch in Belgien, der Bundesrepublik und Portugal hat die Stärke des extrem rechten Potentials seit Mitte der siebziger Jahre abgenommen.

2. Links-Rechts-Selbsteinstufung und Parteienunterstützung

In diesem Abschnitt soll die Beziehungsstruktur zwischen der von uns gewählten Operationalisierung des extrem rechten Potentials anhand der Links-Rechts-Selbsteinstufung und der Operationalisierung über die Wahl extrem rechter Parteien analysiert werden. Zu diesem Zweck gibt die Tabelle 1 die Wahlabsichten²³⁾ der drei von uns unterschiedenen Befragtengruppen wieder. Tabelle 1

21) Obwohl unser Untersuchungsgegenstand durch extrem rechte Potentiale gebildet wird, wollten wir unsere Analyseperspektive nicht unnötig durch das „Ausblenden“ der sich anders einordnenden Befragten verengen, sondern wenn immer sachlich notwendig auch diese Gruppen einbeziehen, indem wir unterscheiden zwischen der extremen Linken (1 + 2), der extremen Rechten (9 + 10) und der Mittelkategorie (3–8).

22) Auf eine graphische Darstellung der Befunde wurde aus Platzgründen verzichtet. Hierfür siehe: P. Bauer/O. Niedermayer, Extreme Right-Wing Potential in the European Community, ZEUS-Report, Mannheim 1990.

23) Gemessen an der sogenannten „Sonntagsfrage“, die in der Bundesrepublik wie folgt lautet: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?“

zeigt, daß, wie zu erwarten, zwischen den beiden Operationalisierungsarten ein deutlich positiver Zusammenhang besteht, d. h. der Schwerpunkt der sich links bzw. rechts einordnenden Befragten liegt klar bei den linken bzw. rechten Parteien. Gerade in den Ländern, in denen extrem rechte Parteien existieren, zeigt sich jedoch auch, daß die beiden Operationalisierungsarten, wie in Abschnitt 3 schon ausgeführt, partiell Unterschiedliches messen: Bei weitem nicht alle Befragten, die sich auf der Links-Rechts-Skala extrem rechts einordnen, äußern auch die Absicht, extrem rechte (oder auch nur rechte) Parteien wählen zu wollen. Es wird sogar deutlich, daß die konservativen bzw. christdemokratischen Parteien mit Ausnahme Italiens in allen Ländern, auch in denen mit extrem rechten Parteien, die relative Mehrheit des extrem rechten Potentials binden.

3. Links-Rechts-Selbsteinstufung und extrem rechtes Weltbild

Die Beantwortung der Frage nach der Beziehungsstruktur zwischen der Bestimmung eines extrem rechten Potentials anhand der ideologischen Selbsteinschätzung und der Operationalisierung anhand der Existenz eines konsistenten extrem rechten Weltbilds ist weitaus schwieriger. Wie schon erwähnt, existieren bisher keine umfassenden Daten, die uns eine EG-weite vergleichende Analyse extrem rechter politischer Überzeugungssysteme der Bevölkerungen gestatten würden. Uns liegt jedoch eine Umfrage vor, die es erlaubt, wenigstens einen Teilbereich der Fragestellung zu analysieren. Die Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 1988 (EB 30) beschäftigte sich vor allem mit den Einstellungen und Meinungen der Bürger in den zwölf europäischen Mitgliedsstaaten gegenüber „dem Anderen“. Die „Andersartigkeit“, das „Anders-Sein“ wurde nacheinander nach den Kriterien Nationalität, Rasse, Religion, Kultur und schließlich sozialer Klasse untersucht. Diese Erhebung ist die erste einheitliche europäische Studie über die Einstellungen der Bürger in der Europäischen Gemeinschaft zu Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz. Wir haben aus dieser Umfrage einige Fragen ausgewählt, die potentiell zur Messung eines Teilbereichs extrem rechter Ideologie herangezogen werden können und wollen untersuchen, ob die ausgewählten Indikatoren tatsächlich eine Dimension extrem rechter Einstellungen repräsentieren.

Gefragt wurde nach Ethnozentrismus, Ausländerfeindlichkeit, Befürwortung rassistischer Bewegungen und der Affinität zu einer diktatorischen politischen Ordnungsform. Diese Indikatoren erscheinen insofern theoretisch sinnvoll, als rechtsextreme Einstellungen sich insbesondere auch hinsichtlich einer Feindseligkeit gegenüber Fremdgruppen (out groups) bzw. Minoritäten ausdrücken können. Die Fragen lauteten wie folgt:

(1) „Was würden Sie generell zu der Anzahl der Menschen anderer a) Nationalitäten, b) Rasse, c) Religion, d) Kultur und e) Gesellschaftsschichten in unserem Lande sagen? Sind es zu viele, viele, aber nicht zu viele, nicht viele?“

(2) „Manche finden die Ansichten, die Gewohnheiten und die Lebensweise von Menschen, die anders sind, als störend. Empfinden Sie im Alltag Menschen anderer a) Nationalitäten, b) Rasse, c) Religion, d) Kultur und e) Gesellschaftsschichten als störend oder nicht störend?“

(3) „Welche der folgenden Ansichten über verschiedene Staatsformen kommt Ihrer eigenen am nächsten? a) Die Demokratie ist auf alle Fälle die beste Staatsform, wie die Umstände ansonsten auch sein mögen, b) Unter bestimmten Umständen kann eine Diktatur etwas Gutes sein, c) Für jemanden wie mich spielt es keine Rolle, ob unser Land eine Demokratie oder eine Diktatur ist.“

(4) „Es gibt Bewegungen und Vereinigungen, die sich zur Ausländerpolitik äußern. Sagen Sie bitte, ob Sie rassistische Bewegungen uneingeschränkt befürworten, eher befürworten, eher ablehnen oder völlig ablehnen?“

Für unsere empirische Analyse wurden bei den Fragen 1) und 2) jeweils die Angaben zu a) bis e) nach einer Überprüfung in einer exploratorischen Faktorenanalyse zu additiven Indices²⁴⁾ zusammengefaßt, die von 0 (keine extrem rechte Affinität) bis 5 (hohe extrem rechte Affinität) reichen. In der nachfolgenden Tabelle 2 sind, getrennt nach den drei von uns gebildeten Gruppen, die Prozentanteile derjenigen Befragten angegeben, die diese Fragen in einer potentiell als extrem rechte Orientierung zu kennzeichnenden Weise beantworten, also:

- eine ethnische Vielfalt negativ wahrnehmen (Indexwerte 3–5);
- diese Vielfalt im Alltag als störend empfinden (Indexwerte 3–5);
- pro-rassistische Bewegungen befürworten;
- unter Umständen eine Diktatur befürworten.

Zunächst ist festzustellen, daß sich nur in weniger als der Hälfte der Länder²⁵⁾ in bezug auf die uns zur Verfügung stehenden Stimuli klare Beziehungen der vier Statements (in dem geschilderten Sinne) und extrem rechter ideologischer Selbsteinstufung nachweisen lassen. Es bestehen erhebliche länderspezifische Unterschiede, die in wenigen Fällen so-

²⁴⁾ Für methodische Einzelheiten der Indexbildung siehe P. Bauer/O. Niedermayer (Anm. 22).

²⁵⁾ Wegen der zu geringen Fallzahlen mußte Luxemburg aus dieser Analyse ausgeklammert werden.

Tabelle 2: Indikatoren rechtsextremer Einstellungen (Angaben in Prozent)

Indices/Fragen	Belgien			Deutschland			Dänemark			Frankreich			Großbritannien			Griechenland		
	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re
Negative Wahrnehmung ethnischer Vielfalt	29	29	28	22	25	63	10	30	49	16	26	48	16	30	39	7	14	11
Störung durch ethnische Vielfalt	17	13	11	8	13	25	6	9	19	6	8	25	9	9	11	6	10	19
Für pro-rassistische Bewegungen	13	11	25	9	10	22	13	16	25	8	11	29	13	12	14	3	6	8
Befürwortung Diktatur	5	11	19	5	10	9	4	4	9	2	6	16	15	6	6	2	3	11

Indices/Fragen	Italien			Irland			Luxemburg			Niederlande			Portugal			Spanien		
	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re
Negative Wahrnehmung ethnischer Vielfalt	18	15	27	17	2	4	0	5	0	17	18	32	12	6	19	11	8	16
Störung durch ethnische Vielfalt	8	8	13	7	5	4	8	2	8	6	6	13	5	2	2	2	3	3
Für pro-rassistische Bewegungen	12	9	10	28	19	11	0	10	0	11	8	15	11	17	13	12	10	7
Befürwortung Diktatur	9	13	27	14	9	7	0	6	4	6	7	4	17	6	15	6	8	45

Quelle: Eurobarometer 30 (1988).

gar bis zur Umkehrung der Korrelationsrichtung gehen (insbesondere Irland). Betrachtet man die Prozentpunktdifferenz zwischen den beiden anderen ideologischen Gruppen (Extrem Linke- und Mitte-Befragte) und den extrem Rechten, so bestimmen die gewählten Indikatoren vor allem in Dänemark, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien und den Niederlanden relativ gut den Inhalt eines Teilbereichs in einem extrem rechten Überzeugungssystem. Allerdings haben sich für den Zweck dieser Analyse nicht alle Indikatoren als gleichermaßen geeignet erwiesen. Dabei waren länderspezifische Unterschiede in bezug auf Ausländerfeindlichkeit durchaus zu erwarten, weil sich die Ausländerproblematik, z. B. in bezug auf die Immigrationsrate, in den verschiedenen Nationen sehr unterschiedlich darstellt. So sind einige Staaten traditionelle Aus- bzw. Abwanderungsländer (z. B. Irland und die südeuropäischen Länder), während andere aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit (Frankreich, Großbritannien) oder aufgrund einer guten ökonomischen Situation (Bundesrepublik) hohe Zuwanderungsraten haben.

Betrachtet man die beiden „härteren“ Indikatoren „Befürwortung einer diktatorischen Staatsform“ und „Befürwortung rassistischer Bewegungen“, so muß man feststellen, daß es auch hier erhebliche Länderunterschiede gibt. Besonders signifikant ist in Italien und Spanien, deren Geschichte durch eine rechtsextreme diktatorische Periode gekennzeichnet ist, die positive Einschätzung einer diktatorischen Staatsform mit einer extrem rechten Ideologie verbunden, während dies bei ähnlichen Ausgangsbedingungen für die Bundesrepublik und Portugal nicht gilt. Ebenso klar ist das Bild in bezug auf die Befürwortung rassistischer Bewegungen in Belgien, der Bundesrepublik, Dänemark und Frankreich. Hier weisen die extremen Rechten wesentlich höhere Prozentanteile aus als die anderen Gruppen, was in den übrigen Ländern jedoch nicht der Fall ist.

Insgesamt zeigen die Korrelationen zwischen der Links-Rechts-Selbsteinstufung und den vier ausgewählten Einstellungsobjekten, daß man keinesfalls durchgängig von einem ideologisch klar fixierten

Einstellungssyndrom mit positiver, extrem rechter Ladung ausgehen kann. Dies unterstreicht die in Abschnitt 3 schon angesprochene Problematik der Operationalisierung eines extrem rechten Weltbilds anhand von vorgegebenen Indikatoren: Die vier auf den ersten Blick zur Messung extrem rechter Einstellungen gut geeigneten Indikatoren erweisen sich bei einer international vergleichenden Konstruktvalidierung über die Links-Rechts-Selbsteinstufung als nicht generell, d. h. länderunabhängig, valide.

In einem zweiten Schritt soll nun untersucht werden, ob sich in den Ländern, in denen wir relativ eindeutige Beziehungen zwischen ideologischer Selbsteinstufung und unseren Einstellungsindikatoren feststellen konnten, diese Orientierungsmuster als kohärent im Sinne der Converseschen Theorie der Attitüdenkonsistenz interpretieren lassen. Zu diesem Zweck wurden die vier Indikatoren, die in der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Italien und den Niederlanden zur Messung extrem rechter Einstellungen geeignet scheinen, miteinander in Beziehung gesetzt. Die Höhe der Korrelationskoeffizienten innerhalb der drei Gruppen läßt den Grad ihrer Einstellungskohärenz in bezug auf ein politisch extremistisches Überzeugungssystem in dem operationalisierten Sinne erkennen, d. h.: Je niedriger die Korrelationskoeffizienten, desto schwächer bzw. inkonsistenter ist das ideologische Überzeugungssystem innerhalb der Gruppen ausgeprägt.

Somit wird deutlich, daß sich für das extrem rechte Potential in den ausgewählten Ländern in bezug auf die verfügbaren Indikatoren kein geschlossenes ex-

trem rechtes ideologisches Weltbild festmachen läßt. In allen fünf Ländern lassen sich nur relativ schwache Beziehungen feststellen, d. h.: In den Ländern, in denen nach Tabelle 2 ein recht klares Muster extrem rechter Orientierungen existiert, zeigt sich eine geringe Kohärenz des möglicherweise zugrundeliegenden extrem rechten Überzeugungssystems. Wenn überhaupt von einem kohärenten ideologischen Überzeugungssystem gesprochen werden könnte, dann eher im Hinblick auf die beiden anderen Gruppen. Dort finden wir zum Teil recht ausgeprägte Beziehungsstrukturen, die sich im Sinne einer Abwehr extrem rechter Attitüden in den jeweiligen Ländern interpretieren lassen. Stellt man nur auf die uns zur Verfügung stehenden Einstellungsindikatoren ab, so scheinen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, in denen diese Indikatoren überhaupt extrem rechte Orientierungsmuster anzeigen, die Befragten auf der extrem rechten Seite des politischen Spektrums ein relativ diffuses Weltbild zu besitzen. Die Beziehungen zwischen den Einstellungen sind schwach, eine Ideologie im genannten Sinne läßt sich nicht feststellen. Dieser Befund bestätigt sich auch, wenn wir die Schnittpunkte noch extremer fassen (Skalenspunkt 10 auf der Links-Rechts-Skala). Das bedeutet angesichts der von uns dargestellten Einschränkungen in bezug auf die verfügbaren Indikatoren nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit. Die bisherigen Analysen sind in ihren Befunden jedoch so eindeutig, daß völlig entgegengesetzte Ergebnisse auf der Grundlage anderer, möglicherweise besserer Indikatoren, als wenig wahrscheinlich gelten können.

V. Sozialstrukturelle Determinanten extrem rechter Potentiale

Abschließend wollen wir untersuchen, ob eine sozialstrukturell orientierte Analyse des extrem rechten Potentials in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zu klareren Ergebnissen gelangt. Hierbei wollen wir uns vor allem auf die empirische Überprüfung der aus den Überlegungen in Abschnitt 2 ableitbaren Hypothesen beziehen²⁶⁾.

Aus dem von uns beschriebenen Erklärungsansatz von Scheuch und Klingemann lassen sich direkt Aussagen über die sozialstrukturelle Zusammensetzung derjenigen gewinnen, die auf die typischen Spannungen des sozialen Wandels mit rigidem Den-

ken reagieren. Für Falter und Schumann²⁷⁾ sind es insbesondere die schlechter Gebildeten und die jüngsten bzw. älteren Bürger, die für einen solchen psychologischen Verteidigungsmechanismus anfällig sind, weil vielen von ihnen die zur Bewältigung der sich stets wandelnden Anforderungen der modernen Gesellschaft notwendigen analytischen und kognitiven Fähigkeiten fehlen. Für die Älteren trifft dies zu, weil sie bestimmte autoritäre Gewohnheiten und Interpretationsmuster während ihrer frühen Sozialisationsphase erworben haben könnten und zusätzlich wegen einer natürlichen Tendenz, im Alter weniger flexibel und tolerant zu sein. Für die Jüngsten könnte dies gelten, weil sie einer „no future“-Generation mit hoher Arbeitslosigkeit und genereller Zukunftsunsicherheit angehören, während insbesondere den weniger Gebildeten oft die zum Umgang mit komplexen sozialen und politi-

²⁶⁾ Für eine international vergleichende Analyse der sozialstrukturellen Determinanten der Unterstützung extrem rechter Parteien, die, wie von unseren bisherigen Ausführungen her zu erwarten ist, zu partiell differierenden Ergebnissen kommt, vgl. O. Niedermayer, Sozialstruktur, politische Orientierungen und die Unterstützung extrem rechter Parteien in Westeuropa, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 21 (1990).

²⁷⁾ Vgl. J. W. Falter/S. Schumann (Anm. 20), S. 107 f.

schen Phänomenen notwendige Erfahrung und Toleranz fehlen dürfte²⁸⁾.

Die durch diese Überlegungen postulierte kurvilineare Beziehung zwischen Alter und extrem rechter Orientierung mit höheren Anteilen bei den Jüngsten und den Älteren wird durch unsere Daten nicht bestätigt. Wie Tabelle 3 zeigt, ist die höhere Affinität zur extremen Rechten bei den Älteren eindeutig: In allen Ländern sind die weitaus höchsten Anteile bei den über 60jährigen zu finden. Die Jüngeren weisen jedoch gegenüber den mittleren Jahrgängen keine höheren Anteile an sich extrem rechts einstuftenden Personen aus²⁹⁾, in der Hälfte der Länder ist sogar das Gegenteil der Fall. Die negative Beziehung zwischen Bildung und extrem rechter Selbsteinstufung zeigt sich jedoch eindeutig: Mit Ausnahme von Portugal sinkt in allen EG-Mitgliedsländern der Anteil an extrem Rechten mit steigender Bildung, wenn auch die Beziehung in einigen Ländern nicht sehr stark ausgeprägt ist.

In bezug auf den sozio-ökonomischen Status ist die Bildung eng mit der beruflichen Stellung verknüpft. Hierauf bezieht sich die wohl bekannteste These zur Beziehung zwischen Sozialstruktur und extrem rechten Orientierungen, nämlich Lipsets Ansicht, daß jedes wichtige soziale Stratum sowohl demokratische als auch extremistische Ausdrucksformen hat und der Extremismus der Mitte, mit der Mittelschicht als sozialer Basis, im Faschismus zu sehen ist. Die These von der Radikalisierung der Mittelschicht wird mit deren struktureller Bedrohung durch den sozialen Wandel, insbesondere die Konzentrations- und Zentralisierungsprozesse im Rahmen der Entwicklung moderner Industriegesellschaften, und der aktuellen Bedrohung durch Wirtschaftskrisen begründet. Für Lipset besitzt vor allem der kleine alte Mittelstand, d. h. Selbständige in Handel, Handwerk und Landwirtschaft mit kleineren Betrieben, die Tendenz zur extrem rechten Orientierung.

Aufgrund der trotz unserer Datenkumulation immer noch relativ geringen Fallzahlen bei den extrem Rechten können wir die Berufsgruppen nicht sehr detailliert ausweisen. Insbesondere können wir die alte Mittelschicht (Selbständige und freie Berufe) nicht weiter unterteilen, wie es zur exakten Überprüfung der Lipset-These notwendig wäre. Sieht man von denjenigen ohne Berufstätigkeit ab, so zeigt unsere Grobeinteilung in Tabelle 3, daß die

²⁸⁾ Auch für Lipset steht geringe Bildung mit extrem rechten politischen Sichtweisen in Beziehung (Anm. 7), S. 140.

²⁹⁾ Dies gilt auch, wenn man die Altersgruppe 15 bis 24 Jahre betrachtet. In Tabelle 3 sind neben dem Prozentsatz der extremen Rechten in den jeweiligen sozialstrukturellen Kategorien der Vollständigkeit halber auch die Anteile der anderen beiden Gruppen angegeben, so daß sich die Prozente in den Zeilen der Tabelle zu hundert addieren.

alte Mittelschicht zumindest in ihrer Gesamtheit tatsächlich in fast allen Ländern den höchsten Anteil an extrem Rechten aufweist.

Die der Mittelstandsthese Lipsets zugrundeliegende allgemeine Überlegung, die Deprivation von Individuen bzw. Gruppen im Rahmen des von regional-, sektor- bzw. gruppenspezifischen ökonomischen Krisen und Spaltungen begleiteten gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses als Erklärungsfaktor für extrem rechte Orientierungen anzusehen, führt zu einer weiteren sozialstrukturellen These, die wir abschließend überprüfen wollen: Deprivation, d. h. der „Zustand der Enttäuschung und Unzufriedenheit, der aufgrund der Nicht-Erfüllung bestimmter Erwartungen und Bedürfnisse eintritt“³⁰⁾, kann entweder in einer objektiven ökonomischen Marginalisierung begründet sein oder sich in Form subjektiver Unsicherheit und Angst vor künftigem Statusverlust äußern. Die subjektive Deprivation läßt sich mit sozialstrukturellen Daten nicht prüfen, für die objektive ist dies mit Einschränkungen möglich. Dies kann anhand von Indikatoren geschehen, die den ökonomischen Status direkt messen, also insbesondere das Einkommen und Vermögen. Hierzu liegen in unserem Datensatz zwei Indikatoren vor: das monatliche Bruttohaushaltseinkommen und das Immobilieneigentum in Form eines Hauses oder einer Eigentumswohnung. Eine optimale Datenlage in bezug auf die Überprüfung der These wäre gegeben, wenn Informationen über einen ökonomischen Statusverlust vor nicht allzulanger Zeit vorlägen. Da solche Daten nicht existieren, müssen wir auf eine Betrachtung der ideologischen Selbsteinstufung in unterschiedlichen Einkommens- und Vermögensgruppen ausweichen. Die Daten hierzu zeigen, daß ein systematischer, länderübergreifend gültiger Zusammenhang zwischen Einkommen und extrem rechter Orientierung nicht besteht und die am Immobilieneigentum gemessene Vermögenssituation wenn überhaupt, dann eher in der den theoretischen Überlegungen zuwiderlaufenden Richtung mit der ideologischen Orientierung in Beziehung steht. D. h. die ökonomisch schlechter Gestellten zeigen keine stärkere, sondern eher eine geringere Neigung zu extrem rechten Orientierungen.

Auch die sozialstrukturelle Analyse des extrem rechten Potentials in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ergab somit für die unterschiedlichen Hypothesen partiell eher diffuse Strukturen. Trotzdem lassen sich gerade unter vergleichender Perspektive zumindest hinsichtlich der Bildungs- und Schichtthese und bezüglich der stärkeren Affinität älterer Bürger zur extremen Rechten relativ klare Ergebnisse feststellen.

³⁰⁾ Vgl. U. Backes/E. Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2, Köln 1989, S. 198.

Tabelle 3: Sozialstrukturelle Determinanten der Links-Rechts-Selbsteinstufung (Angaben in Prozent)

	Belgien			Deutschland			Dänemark			Frankreich			Großbritannien			Griechenland		
	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re
Alter																		
15-30 Jahre	8	86	6	10	86	4	5	86	9	13	82	5	8	87	6	11	78	11
31-60 Jahre	7	85	8	9	84	7	5	86	9	12	82	6	6	87	8	10	76	15
älter als 60 Jahre	5	81	14	9	82	9	3	83	14	12	81	7	6	80	14	9	74	17
Bildung																		
niedrig	9	82	9	10	83	8	4	84	12	13	80	7	7	82	11	8	75	18
mittel	7	85	8	7	87	7	5	84	11	12	81	6	5	87	8	9	79	13
hoch	6	89	5	8	87	4	5	85	10	12	84	5	9	87	5	15	75	10
Soziale Schicht																		
alte Mittelschicht	3	91	6	6	85	10	2	78	20	8	83	9	6	84	10	10	76	15
neue Mittelschicht	6	89	5	6	88	5	5	86	9	11	84	5	5	89	6	11	76	12
Arbeiterschicht	9	84	7	11	84	5	5	88	7	16	80	4	8	86	7	9	76	15
nicht berufstätig	8	82	10	9	83	8	5	82	13	13	81	7	7	80	13	9	76	15
Einkommen																		
niedrig	8	83	9	11	84	5	5	84	11	13	81	6	9	81	11	11	72	17
mittel	8	85	7	8	85	7	5	85	10	13	82	5	6	85	9	11	78	12
hoch	6	90	4	6	87	6	5	85	10	13	82	6	6	87	7	10	77	13
Wohnsituation																		
Eigentümer	6	87	8	7	85	8	4	84	12	10	83	6	6	85	9	9	76	15
Nicht-Eigentümer	9	85	6	10	86	5	6	85	9	15	80	5	9	84	8	14	75	11

	Italien			Irland			Luxemburg			Niederlande			Portugal			Spanien		
	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re	Li	Mi	Re
Alter																		
15-30 Jahre	13	82	5	6	87	7	6	89	6	11	84	6	5	90	5	23	74	3
31-60 Jahre	16	79	5	5	84	11	4	85	11	12	83	5	9	86	5	18	77	5
älter als 60 Jahre	14	78	8	5	76	19	4	78	18	12	79	9	8	84	8	20	72	9
Bildung																		
niedrig	19	75	6	4	80	16	7	80	13	14	76	10	8	86	6	21	74	6
mittel	15	80	5	4	84	12	7	83	10	8	86	6	6	90	5	21	74	5
hoch	18	77	5	3	91	6	6	89	5	9	87	5	7	86	8	18	78	4
Soziale Schicht																		
alte Mittelschicht	14	79	8	2	81	16	4	85	11	6	87	7	4	89	8	13	81	7
neue Mittelschicht	18	78	4	4	87	9	6	87	7	7	88	5	8	88	4	17	79	4
Arbeiterschicht	22	74	4	5	86	9	7	85	8	11	83	6	10	85	5	26	72	3
nicht berufstätig	19	75	7	5	81	14	8	77	15	12	80	8	8	85	8	22	71	7
Einkommen																		
niedrig	26	68	6	4	81	16	10	79	11	16	76	8	7	84	9	24	71	5
mittel	17	80	3	5	82	13	7	85	9	9	83	8	9	86	5	18	77	6
hoch	19	76	5	4	86	10	4	86	10	7	89	4	7	88	5	19	76	6
Wohnsituation																		
Eigentümer	16	78	6	3	84	13	5	84	11	7	86	7	5	88	7	20	75	6
Nicht-Eigentümer	22	72	6	7	83	11	15	80	5	12	82	6	11	84	5	21	75	4

Quelle: Eurobarometer 31, 31 A, 32 (1989).

VI. Fazit

Extrem rechte Orientierungen sind nicht nur in Ländern mit totalitärer Vergangenheit — wie der Bundesrepublik oder Italien — zu finden, sondern auch in Ländern, die eine ungebrochene Tradition demokratischer Staatsformen haben. Deshalb ist die Frage, unter welchen Bedingungen Bürger unterschiedlicher politischer Systeme für solche Orientierungen anfällig sind und vor allem wie groß das extrem rechte Potential in einer Bevölkerung ist, von besonderer Bedeutung³¹⁾.

Gerade unter dieser Perspektive ist es wichtig, die Probleme der empirischen Erfassung extrem rechter Potentiale deutlich zu machen, denn je nach der Art der Operationalisierung ergeben sich unterschiedliche Ergebnisse in bezug auf die Stärke und inhaltliche Bestimmung dieses Potentials, wie unsere Analyse gezeigt hat.

Wir entschieden uns, das extrem rechte Potential in den Ländern der EG mit Hilfe der Links-Rechts-Einstufung zu bestimmen und die Attitüdenstruktur der zu diesem Potential Gehörenden sowie de-

ren sozialstrukturelle Einbettung zu analysieren. Dabei konnten wir erhebliche länderspezifische Unterschiede feststellen. Ebenso wurde deutlich, daß sich im Hinblick auf die Konsistenz extremer rechter Einstellungen in den Ländern der EG die den uns zur Verfügung stehenden Indikatoren geschlossenes, extrem rechtes Weltbild feststellen ließ. Die Analyse der sozialstrukturellen Determinanten extrem rechter Orientierungen ergab zudem auf einige Variablen durchaus länderübergreifend gültige Beziehungsstrukturen, auch hier zeigt sich jedoch, daß die international vergleichende empirische Analyse extrem rechter Potentiale am Anfang steht.

In bezug auf die drei angesprochenen Möglichkeiten, extrem rechte Potentiale zu bestimmen, ist die Bundesrepublik im EG-Vergleich keine herausgehobene Stellung ein. Von einer besonderen Anfälligkeit der deutschen Bevölkerung gegenüber extrem rechten Orientierungen darf deshalb nicht gesprochen werden, obwohl dies gerade vor ihrem spezifischen historischen Hintergrund oft behauptet wurde³²⁾. Dennoch besteht kein Grund zur Verharmlosung. Die strukturellen Bedingungen sind, wie wir sowohl mit unseren Einstufungsindikatoren (Ausländerproblematik) als auch in bezug auf die sozialstrukturellen Analysen feststellen konnten, mehr oder weniger überall vorhanden.

³¹⁾ Vgl. E. K. Scheuch, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik, in: R. Löwenthal/H. P. Schwarz, Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland — eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 433—469.

³²⁾ Vgl. U. Backes/E. Jesse, Politischer Extremismus in europäischen Demokratien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41—42/89, S. 40—53.

Die Krise der Deutschen Kommunistischen Partei

I. Die DKP: Eine von drei kommunistischen Parteien in Deutschland

Die DKP wurde 1968 gegründet und trat organisatorisch, personell und ideologisch die Nachfolge der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an. Die DKP in der Bundesrepublik war vor dem 9. November 1989 eine von drei kommunistischen Parteien in Gesamtdeutschland. „Bruderparteien“ waren die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die diktatorische Staatspartei der ehemaligen DDR, und die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW).

Die DKP als „orthodoxe“ Kommunistische Partei unterschied sich von anderen sozialistischen Strömungen durch folgende Merkmale:

1. Sie bekannte sich zum Marxismus-Leninismus als der einzig „wissenschaftlichen“ Weltanschauung.
2. Sie erhob einen diktatorischen Führungsanspruch in Staat und Gesellschaft.
3. Sie verstand sich als Teil der von der KPdSU geführten Kommunistischen Weltbewegung.
4. Sie sah im „Land Lenins“ das gültige Modell für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Zugleich war die Sowjetunion das Machtzentrum des sozialistischen Lagers, dem weltweit der von den USA geführte Imperialismus gegenüberstand.

Das Attribut „moskauhörig“, mit dem die DKP von ihren Gegnern etikettiert wurde, ertrugen ihre Mitglieder mit einem gewissen Stolz. Hieß es doch in ihrem Parteiprogramm: „Die DKP sieht – getreu dem Vermächtnis Ernst Thälmanns – die Haltung zur Sowjetunion als entscheidenden Prüfstein für jeden Kommunisten an, für seine Treue zur Sache der revolutionären Arbeiterbewegung. Sie erzieht ihre Mitglieder beständig im Geist fester Freundschaft zur Sowjetunion.“¹⁾

Die Existenz dreier kommunistischer Parteien in Deutschland war Ausdruck der Spaltung des Landes nach 1945. Die Kommunisten waren nach den Ostverträgen 1972 fundamentalistische Anwälte der Dreistaatlichkeit (betrachteten also in Übereinstimmung mit der SED West-Berlin als selbständige politische Einheit) und der DDR-Anerkennung. Die SED war für DKP und SEW ganz selbstverständlich die „führende“ Partei. Auf der Ebene der

Parteibeziehungen war das Bekenntnis zur deutschen Zweistaatlichkeit taktischer Natur. Für die Kommunisten blieb die DDR bis zum Fall der Mauer der sozialistische Kernstaat in Deutschland²⁾. Die Abhängigkeit der DKP von der SED wurde nicht nur beim Zusammenbruch der SED-Diktatur 1989 sichtbar, sie bestand von Anfang an. Wilhelm Mensing hat in seiner Studie über die Gründung der DKP 1968 nachgewiesen, wie unlösbar die Relegalisierung der bundesdeutschen Kommunisten verknüpft war mit der Vorbereitung der sozialdemokratischen Ostpolitik. Immerhin ging der Neugründung einer kommunistischen Partei für die Bundesrepublik am 4. Juli 1968 ein Gespräch zwischen dem damaligen Bundesjustizminister Gustav Heinemann und seinem Staatssekretär Horst Ehmke mit zwei führenden KPD-Funktionären voraus³⁾.

Seit 1987 befand sich die DKP in einer Parteikrise. Vereinfacht gesagt, wurde sie ausgelöst durch die Politik der KPdSU unter Generalsekretär Michail Gorbatschow. Die Erosion des Ostblocks beschleunigte sich seit 1985. Nur in der DDR herrschte Ruhe. Die SED versuchte, ihr Land vor diesem „Tauwetter“ abzuschotten. Historisch kann die DKP-Krise nur als ein Randphänomen des Zusammenbruchs der SED-Diktatur gewertet werden, aber sie ging dieser Zäsur der deutschen Nachkriegsgeschichte voraus. Gestritten wurde in der DKP um das sozialistische Ziel, um die Revision der leninistisch-stalinistischen Parteikonzeption, um die Last der Geschichte, und es wurde die Auflösung der DKP in einer linken Strömungspartei gefordert. Die Diskussionen nahmen inhaltlich viel von dem vorweg, womit sich die SED-Reformer

2) So erklärte der erste Parteivorsitzende der DKP, Kurt Bachmann, Ende 1988 in Moskau auf einer Veranstaltung zur KPD-Gründung: „Die Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden, . . . stellt die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung seit Gründung der KPD vor 70 Jahren dar.“ Kurt Bachmann, Unser Verhältnis zu KPdSU und SED in: *Unsere Zeit (UZ)* vom 28. 1. 1989, S. 14.

3) Vgl. Wilhelm Mensing in Zusammenarbeit mit Manfred Wilke, Wir wollen unsere Kommunisten wieder haben . . . Demokratische Starthilfen für die Gründung der DKP; dies., Nehmen oder Annehmen. Die verbotene KPD auf der Suche nach politischer Teilhabe, Zürich-Osnabrück 1989. 1990 erschienen von Georg Fülberth, KPD und DKP 1945–1990, Heilbronn 1990. Fülberths Darstellung der DKP-Gründung stützt sich explizit auf die Studie von Mensing.

1) Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, beschlossen vom Mannheimer Parteitag der DKP, 20.–22. Oktober 1978, Neuss 1983³, S. 88f.

erst nach dem Ende der SED-Diktatur in der DDR auseinandersetzen mußten. Somit war die Parteikrise der DKP gewissermaßen ein abgegrenzter „Laborversuch“, in dem es um die Transformation der DKP in eine moderne sozialistische Partei nach dem Ende der kommunistischen Weltbewegung

ging. Darin liegt die Bedeutung des Vorgangs. Er hilft uns, die von allen Beteiligten unerwartete Lähmung der SED in der Endphase ihrer diktatorischen Herrschaft ebenso zu verstehen, wie die Metamorphose der SED zur PDS – der „Partei des demokratischen Sozialismus“⁴⁾.

II. 1988: Bilanz nach 20 Jahren

Im Jahre 1988 bestand die DKP 20 Jahre. Jubiläen wurden in kommunistischen Parteien mit Selbstverpflichtungen der Mitglieder und repräsentativen Festveranstaltungen begangen. 1988 war dazu wenig Anlaß, die DKP verlor Mitglieder, ihre Nebenorganisationen wie die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und der Marxistische Studentenbund Spartakus (MSB) halbierten sich in ihrem Mitgliederbestand. All diese Vorkommnisse recharteterigten aber noch nicht den Begriff Parteikrise. Der war nur dann statthaft in der offiziellen Begriffsnomenklatur, wenn die Gefahr der Spaltung bestand. Daran hatte das DKP-Präsidium im September 1987 sein Hamburger Bezirkssekretariat erinnert, als dieses in einem internen Rundschreiben vom „krisenhaften Zustand“ der eigenen Partei sprach und dessen Symptome auflistete: die Apathie vieler Mitglieder, die „Zunahme von Austritten oder Streichungen oft langjähriger Mitglieder“, eine „Orientierungslosigkeit über unsere nächsten Aufgaben“ und die große „Verunsicherung über den Umgang unserer Partei mit den tiefgreifenden Veränderungen in der Sowjetunion“. All das mündet bei den Mitgliedern in „Unlust und Unzufriedenheit“, und „die Identifikation mit der Politik der Partei geht zurück; es gibt einen individuellen Rückzug von Aktiven oder eine Verlagerung von Aktivitäten aus der Partei heraus . . . Viele Genossinnen und Genossen haben, zusammengefaßt, den Eindruck, man könne weder mit noch in unserer Partei etwas bewegen.“⁵⁾

Die Hamburger DKP-Führung versuchte, diese vernichtende Bilanz dadurch zu relativieren, daß sie zur Erklärung objektive Gründe heranzog: „Die Veränderungen in Struktur und Lebensweise der Arbeiterklasse“ etwa und außerdem sei die DKP „als revolutionäre Partei weit entfernt . . . von einer revolutionären Situation. Das, was uns von allen anderen politischen Strömungen grundlegend unterscheidet – unser sozialistisches Ziel –, ist

heute erst für eine kleine Minderheit attraktiv, und umgekehrt: In wichtigen Fragen der Tagespolitik haben wir unsere Exklusivität verloren (früher ‚typisch kommunistische‘ Forderungen vertreten heute auch andere) und sind zum Teil neue Themen von anderen besetzt worden. Damit sind uns nicht nur neue Partner erwachsen, sondern vornehmlich in Gestalt der Grünen auch neue Konkurrenten.“⁶⁾

Noch 1978 hatte der Parteivorsitzende Herbert Mies die eigene Schwäche durch die Stellvertreterfunktion relativiert, die von der DKP wahrgenommen wurde. In den früheren Jahren stellte sie für Mies jedoch mehr dar als nur „ihre eigene unmittelbare Organisation und Anhängerschaft“. Ihr politisches Gewicht bestimmte sich vor allem dadurch, „daß sie in der Bundesrepublik den marxistischen, den revolutionären Teil der Arbeiterbewegung repräsentiert und daß sie damit zugleich auch Teil der kommunistischen Weltbewegung ist, die – mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten als Kern – die Hauptkraft unserer Epoche darstellt“⁷⁾. Mit solchen Sätzen reduzierte die DKP-Führung die Ursachenforschung für den sektenhaften Zustand der Partei auf das Akzeptanzproblem bei einer Bevölkerung, die ein vom „Antikommunismus“ deformiertes Bewußtsein habe.

Die Hamburger dagegen analysierten 1987 den Zustand der Organisation und wogen ihre Anhängerschaft. Zwischen diesen beiden Selbsteinschätzungen, der von 1978 und der ernüchternden Bestandsaufnahme der Wirklichkeit einer kleinen Partei von 1987, lagen der Machtantritt von Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU 1985 und die damit einhergehenden Veränderungen der sowjetischen Politik.

Die Zustandsbeschreibung der Lage der DKP durch die Hamburger Bezirksfunktionäre war die Voraussetzung für eine innerparteiliche Auseinandersetzung über die Fragen, wie angesichts der sowjetischen Reformpolitik in der Bundesrepublik eine moderne kommunistische Partei aussehen und agieren müsse. Voraussetzung für eine solche Poli-

4) Die folgende Darstellung der DKP-Parteikrise basiert auf dem letzten Kapitel von: Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte-Organisation-Politik, Köln 1990.

5) Diskussionsbeitrag des Bezirkssekretariats Hamburg zur Beratung mit den Gruppenvorsitzenden am 6. September 1987, Überlegungen zum krisenhaften Zustand der Partei, in: JW-Informationsdienst, Nr. 6/87, Mainz-Gustavsburg, 19. 10. 1987, S. 2f.

6) Ebd.

7) Herbert Mies, Zur Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders., Zur Politik der DKP, Frankfurt 1969, S. 21f.

tik war nach Ansicht des Kölner Kreisvorsitzenden Steffen Lehdorff die „völlige Eigenständigkeit und Unabhängigkeit unserer Partei auch von solch großen Schwesterparteien wie der KPdSU, der SED, der FKP und der IKP“, und zwar mit allen Konsequenzen: „Diese Eigenständigkeit schließt die öffentliche Kontroverse um alle für uns wichtigen Fragen ein, in denen es Meinungsverschiedenheiten mit diesen Parteien gibt.“⁸⁾ Gegen ein solches Ansinnen der Partei-Erneuerer unterstrich das Präsidium der DKP 1989 demonstrativ die „prinzipielle kommunistische Solidarität mit der SED“⁹⁾. Die DKP-Funktionäre und Aktivisten fraktionierten sich seit 1987 in „Erneuerer“ und „Orthodoxe“ („Betonfraktion“).

Die „Erneuerer“ in der DKP, die seit 1987 versuchten, ihre Partei zu verändern, waren jüngere Funktionäre, die durch die Politik der Perestrojka und vielleicht mehr noch durch die sowjetische Geschichtsdebatte eine weltanschauliche Orientierungskrise erlebten. Eine neue Generation kommunistischer Funktionäre wurde wieder gezwungen, ihre Utopien und Hoffnungen an den sozialen Fakten des realen Sozialismus zu überprüfen, zumal der Generalsekretär der KPdSU selbst es war, der diese bitteren Wahrheiten aussprach. Der seit Gründung der DKP in ihren Reihen agierende Schriftsteller Peter Schütt formulierte unumwunden das Ziel der opponierenden Parteiaktivisten aus der 68er-Generation: „Ein Wechsel ist fällig, ein Generations- und Personenwechsel in der Führung, in unserer Partei, ein unübersehbares Signal zur Erneuerung unserer eigenen Perestrojka.“¹⁰⁾ Der Generationskonflikt

war ein zentraler Faktor in der Krise der DKP, gehörten doch die Kontrahenten wie der Parteivorsitzende Mies und seine Stellvertreterin Ellen Weber zu den Funktionären der 1951 in der Bundesrepublik verbotenen Freien Deutschen Jugend (FDJ), die auch biographisch aufs engste mit der damaligen SED-Führung verbunden waren. Erich Honecker war Chef der FDJ in der DDR, als Mies Ende 1949 im Zentralbüro der FDJ Westdeutschlands arbeitete, das er von 1953 bis 1956 leitete.

Folgt man der DKP-Sprachregelung über den Gebrauch des Begriffs Krise in einer kommunistischen Partei, so lassen sich Anfang und Abschluß genau bestimmen: Sie begann mit der „Hamburger Erklärung“, die der Parteidebatte nach dem Wahldebakel der „Friedensliste“ 1987 folgte¹¹⁾, gipfelte im September 1988 in einer eigenen Plattform der Opposition und wurde vorläufig beendet im August 1989.

Damals verweigerte der Parteivorstand die Anerkennung des innerparteilichen Meinungspluralismus, woraufhin 16 Mitglieder zurücktraten und als Opposition ankündigten, über eine Alternative zur DKP nachzudenken¹²⁾. Diese Lösung der Parteikrise wurde für beide Fraktionen belanglos, als im Oktober 1989 die Existenzkrise der SED begann.

Namentlich die Politik Gorbatschows hat die Parteikrise der DKP ausgelöst. Die Kontroverse um die Politik der „Perestrojka“ zwischen SED/DKP und der KPdSU ist der Schlüssel für das Verständnis der DKP-Parteikrise.

III. Gorbatschows Vorgaben

Die Tagung des Zentralkomitees der KPdSU am 27. und 28. Januar 1987 „bildete eine Zäsur in der Entwicklung der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow“¹³⁾. Der Generalsekretär verknüpfte die Politik der Wirtschaftsreform mit dem Kurs einer umfassenden gesellschaftlichen Erneuerung der So-

wjetunion. Boris Meissner schreibt dazu: „Gorbatschow sprach mit Recht von einer ‚neuen Etappe‘ der Perestrojka. In seinem Bericht am 27. Januar 1987 lag der Schwerpunkt erstmals ganz auf der gesellschaftlichen Erneuerung. Gorbatschow scheute sich nicht, in seiner Rede den Begriff ‚Reform‘ häufiger zu gebrauchen, wobei er weiterhin den revolutionären Charakter der Perestrojka betonte. Mit einer bisher nicht dagewesenen Schärfe setzte er sich mit der Innenpolitik Breschnews, die zu wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stagnation geführt hätte, auseinander. Er machte dabei auch den Führungsorganen und führenden Kadern der Partei den Vorwurf, versagt zu haben.“¹⁴⁾

Forderte er im Januar die Demokratisierung der Sowjetunion, so war die Festansprache zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution im November 1987 für Gorbatschow der würdige Anlaß, um das Verhältnis der KPdSU zu den „Bruderparteien“

⁸⁾ UZ vom 4.2.1989.

⁹⁾ Erster Entwurf und überarbeiteter Entwurf: Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP, in: Information DKP, 9. Parteitag, o. O., o. J. (1989), S. 16.

¹⁰⁾ Peter Schütt, in: DKP-Informationen, Nr. 13, S. 35.

¹¹⁾ Mit der „Friedensliste“ versuchte von 1984 bis 1987 die DKP als einem von ihr organisierten „Personenbündnis“ in Konkurrenz zu den Grünen ihren Status als parlamentarische Sekte zu überwinden. Vgl. das Kapitel „Friedensliste“, in: M. Wilke/H.-P. Müller/M. Brabant (Anm. 4).

¹²⁾ Erklärung von Mitgliedern des DKP-Parteivorstands zur 7. Parteivorstandstagung, Düsseldorf, 26.8.1989, in: 7. Tagung des Parteivorstandes der DKP, Düsseldorf, 26./27.8.1989, abgedruckt in: UZ-Eigenbeilage vom 30. 8. 1989, S. 36 f.

¹³⁾ Boris Meissner, Die Sowjetunion im Umbruch. Historische Hintergründe, Ziele und Grenzen der Reformpolitik Gorbatschows, Stuttgart 1988, S. 164.

¹⁴⁾ Ebd.

neu festzulegen. Er begann mit den Verdiensten der internationalen kommunistischen Bewegung um die Sowjetunion in der Vergangenheit, um dann klarzustellen: alle „Bruderparteien“ seien selbständig und müßten eine eigenverantwortliche Politik betreiben. Gemünzt auf die sozialistischen Staaten stellte Gorbatschow fest: „Wir haben uns überzeugt, daß Einheit keineswegs mit Identität und Uniformität gleich ist. Wir haben uns auch überzeugt, daß der Sozialismus kein ‚Modell‘ hat, nach dem sich alle richten würden, und auch keines haben kann.“¹⁵⁾

Den Verzicht auf die These vom Modellcharakter der sowjetischen Entwicklung und die Betonung der Eigenverantwortlichkeit der „Bruderparteien“ unterstrich er mit der apodiktischen Feststellung: „Die Zeiten der Komintern, des Informbüros und selbst die Zeiten der bindenden internationalen Beratungen sind vorbei . . . Alle Parteien sind restlos und unumkehrbar selbständig. Wir sagten das schon auf dem XX. Parteitag. Freilich konnten wir die alten Gewohnheiten nicht sofort ablegen. Jetzt ist das eine unwiderrufliche Gegebenheit.“¹⁶⁾

Um dem Nachdruck zu verleihen, nahm die KPdSU wieder einmal eine Neubewertung der sozialdemokratischen Parteien und der Sozialistischen Internationale vor; mit ihnen wollte man die verstärkte Zusammenarbeit suchen¹⁷⁾. Demonstrativ kam es aus Anlaß des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution in Moskau nicht mehr nur zu einem Treffen mit Vertretern kommunistischer Parteien, sondern die KPdSU konnte neben den bundesdeutschen Grünen viele Vertreter sozialdemokratischer Parteien begrüßen. In seiner Rede vor diesem Treffen verzichtete Gorbatschow öffentlich auf den ideolo-

gisch-politischen Führungsanspruch seiner Partei¹⁸⁾.

Gorbatschows Absage an eine am sowjetischen Modell ausgerichtete einheitliche kommunistische Weltbewegung entsprach der Anerkennung der Pluralität, die sich zwischen den Parteien herausgebildet hatte. Sein Bekenntnis zur Vielfalt der Wege zum Sozialismus und zur Reduktion der Ideologie auf ein gemeinsames Wertemuster muß naturgemäß besonders diejenigen Parteien in ihre Selbstverständnisse treffen, die wie die DKP programmatisch darauf beharrten, mit allen Mitteln die „Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung“ zu festigen¹⁹⁾.

Die nächste Zäsur in Gorbatschows Politik war die vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 in Moskau tagende XIX. Unionsparteikonferenz der KPdSU. Nach einer sehr kontroversen Debatte faßte die Konferenz äußerst weitreichende Beschlüsse. Sie betrafen die Trennung der Funktionen der KPdSU von denen des Staates und die Festlegung allgemeiner Wahlen im April 1989 zu einem Kongreß der Volksdeputierten, aus dem heraus dann der Oberste Sowjet gewählt werden sollte. Zutreffend stellte Gorbatschow in seinem Schlußwort fest, daß der Kongreßpalast im Kreml noch nie ein solch „offenes Parteigespräch“ erlebt und „daß es bei uns seit fast 6 Jahrzehnten nichts Ähnliches gegeben hat“²⁰⁾. Erst durch die Politik der Perestrojka sei die KPdSU nach Inhalt und Methode wieder „eine Partei leninschen Typs“. Die Zäsur zwischen einer stalinistischen und einer leninschen Partei lag für Gorbatschow in der Methode „des Kommandierens und Befehlens“, von der sich die Partei „unwiderruflich“ trennen müsse²¹⁾.

V. SED und DKP-Führung gegen Perestrojka

Nach dem Sturz Honeckers im Oktober 1989 erklärte das kurzzeitige Mitglied des SED-Politbüros,

¹⁵⁾ Michail Gorbatschow, Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, Köln 1987, S. 94.

¹⁶⁾ Ebd., S. 91.

¹⁷⁾ Vgl. Heinz Timmermann, Die KPdSU und die internationale Sozialdemokratie. Akzentänderungen im Zeichen des „Neuen Denkens“, in: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1988) 12, S. 1157 ff.

¹⁸⁾ Vgl. Treffen der Vertreter von Parteien und Bewegungen zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, Moskau, 4. und 5. November 1987, Reden und Beiträge, Berlin (Ost) 1988.

¹⁹⁾ Programm der DKP (Anm. 1), S. 89.

²⁰⁾ Michail Gorbatschow, Schlußwort auf der 19. Unionsparteikonferenz, in: Die Zukunft der Sowjetunion. Die Debatte auf der Parteikonferenz der KPdSU, Köln 1988, S. 401.

²¹⁾ Ebd., S. 3.

Jochen Willerding²²⁾, daß den sowjetischen Kommunisten von seiten der SED seit 1985 „unterschwellig das Etikett des Revisionismus bzw. Reformismus angehängt wurde“²³⁾. Diese Haltung der SED zur Perestrojka läßt sich in ihren theoretischen Auseinandersetzungen mit der Politik der KPdSU in diesen Jahren nachweisen. Das Problem bestand aber für die SED darin, daß sie die Politik der „Bruderpartei“ nicht frontal attackieren konnte, sondern sie mußte selektiv verfahren gegenüber der

²²⁾ Willerding wurde auf dem außerordentlichen SED-Parteitag im Dezember 1989 in das Präsidium des Parteivorstandes der SED-PDS gewählt. Vgl. Führungsgremien der SED-PDS, in: Deutschland Archiv, (1990) 2, S. 316.

²³⁾ Jochen Willerding, Schriftlicher Diskussionsbeitrag, in: Schritte zur Erneuerung. 10. Tagung des ZK der SED, 8.–10. 11. 1989, Berlin (Ost) 1989, S. 313.

Umgestaltung im Bereich der Ökonomie einerseits und der Demokratisierung von Partei und Staat andererseits. Dies erlaubte der SED und der ihr folgenden DKP-Spitze nach der zutreffenden Feststellung des zur Parteiopposition zählenden DKP-Funktionärs Wolfgang Gehrcke, die „dogmatische Distanz zum revolutionären Wesen der Perestrojka“ dahin gehend zu äußern, daß sie eine „scheinbar undogmatische Warnung aussprach, ‚nichts schematisch zu übertragen‘, während eben diese schematische Kopie über Jahrzehnte der kommunistischen Weltbewegung Realitätsnähe, Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit raubte“²⁴⁾.

1987 sahen SED und DKP noch keinen Handlungsbedarf, ihre Haltung drückte sich in einem Bonmot aus: SED-Politbüromitglied Kurt Hager, als Sekretär des Zentralkomitees zuständig für Ideologie und Kultur, beschrieb die Haltung der SED zur Reformdiskussion in der KPdSU gegenüber dem „Stern“ mit einer Frage: „Würden Sie, nebenbei gesagt, . . . wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“²⁵⁾

Aber die Beschlüsse der XIX. Parteikonferenz der KPdSU zwangen die SED zur politischen Reaktion; sie tat dies im Dezember 1988. Entsprechend der selektiven Bewertung der Perestrojka betonte Generalsekretär Erich Honecker, der „Prozeß der Umgestaltung in der Sowjetunion (sei) . . . von großer Bedeutung für die Stärkung des Weltsozialismus und die Sicherung des Friedens“²⁶⁾. Aber für seine Partei wäre es nicht neu, „daß es kein für alle sozialistischen Länder geltendes Modell gibt“, und deshalb verfolge die SED ihren eigenen Kurs. Ironisch grenzte er sich von den guten Ratschlägen der „neuen ‚Freundchen‘ der Sowjetunion“ aus dem Westen ab, die der SED empfahlen, Gorbatschows Reformkurs zu kopieren. Der konterrevolutionäre

Hintersinn all dieser Ratschläge läge darin, daß der SED geraten würde, „in die Anarchie zu marschieren“²⁷⁾. Otto Reinhold, Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, hob drei Besonderheiten der Lage der DDR hervor, die von der SED berücksichtigt werden müßten: 1) das erreichte Entwicklungsniveau von Gesellschaft und Wirtschaft, 2) die historischen Traditionen des Landes und 3) „die nationale Spezifik durch die Lage der DDR an der Trennlinie zwischen den beiden Gesellschaftssystemen und Militärbündnissen, an der sensibelsten Grenze der Welt“²⁸⁾.

Mit dieser Form von ideologischer Sprachregelung zur Perestrojka glaubte die SED, sich dem Demokratisierungsdruck entziehen zu können. Die nächsten Monate sollten sie eines besseren belehren. Es begann mit der massenhaften Flucht aus der DDR über Ungarn. Reinhold erklärte im August 1989, warum sich die SED mit einer Politik der Demokratisierung in der DDR so schwer tue: dies sei die nationale Besonderheit der DDR. Polen oder Ungarn waren bereits Nationalstaaten vor „ihrer sozialistischen Umgestaltung . . . ihre Staatlichkeit war daher nicht in erster Linie von der gesellschaftlichen Ordnung abhängig. Anders die DDR. Sie ist nur als antifaschistischer, als sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar. Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben? Natürlich keine . . . Für ein leichtfertiges Spiel mit dem Sozialismus, mit der sozialistischen Staatsmacht ist da kein Platz.“²⁹⁾ Die SED-Führung war somit aus Gründen der eigenen Machtsicherung gegen die Politik der Perestrojka und nicht einfach aus „dogmatischem Altersstarrsinn“ und aus dieser Interessenlage widersetzte sie sich auch einer DKP-Reform.

V. Die Fraktion der „Erneuerer“ in der DKP und ihr Programm

Knapp drei Monate nach der XIX. Unionspartei-konferenz der KPdSU im September 1988 kam es auf der 13. Parteivorstandstagung der DKP zum Eklat. Sechs „Parteiarbeiter“ aus der Arbeits-

gruppe, die einen Entschließungsvorschlag „zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP“ für den 9. Parteitag der DKP im Januar 1989 vorbereiteten, legten eine „Minderheitenstellungnahme“ vor.

²⁴⁾ Wolfgang Gehrcke, Wir brauchen ein tieferes Verständnis der Perestrojka für uns selbst — eine Absage an das kommunistische Wahrheitsmonopol, in: Detlev Albers/Frank Deppe/Michael Stamm (Hrsg.), Fernaufklärung, Köln 1989, S. 113f.

²⁵⁾ Kurt Hager beantwortet Fragen der Illustrierten „Stern“, in: Neues Deutschland vom 10. 4. 1987, S. 3.

²⁶⁾ Aus dem Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des Zentralkomitees der SED, Berichterstatter: Erich Honecker, Mit Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Ge-

genwart lösen, in: UZ-Dokumentation vom 6. 12. 1988, S. 9.

²⁷⁾ Ebd., S. 10.

²⁸⁾ Otto Reinhold, Das Programm unserer Partei hat sich im Leben bewährt, in: Dokumentation zur 7. Tagung des Zentralkomitees der SED, in: Deutschland Archiv, (1989), S. 230f.

²⁹⁾ Otto Reinhold, Keine Existenzberechtigung für eine kapitalistische DDR, in: Radio DDR vom 19. 8. 1989, 19 Uhr; „Wir, unsere Zeit“, zit. in: taz vom 28. 8. 1989, S. 8.

Unterzeichnet war das Papier u. a. vom Bezirksvorsitzenden von Bremen, Dieter Gautier, und dem Kreisvorsitzenden von Köln, Steffen Lehndorff. Die Autoren bezogen sich in ihrer Schrift ausdrücklich auf den Anstoß durch „die sowjetische Perestrojka“.

Herbert Mies mußte öffentlich die Existenz von zwei Strömungen in der DKP konstatieren, grenzte aber sofort die „Strömung“ aus, die sich selbst als „Erneuerer“ bezeichnete. Sie stelle — so Mies — „Grundsätze der Organisation, des Aufbaus und der Struktur einer revolutionären Arbeiterpartei“ in Frage³⁰⁾.

Die Parteiführung und die „Erneuerer“ waren sich einig, daß sich die Partei in einer Krise befinde und stagniere. Aber eine „Wende“ dieses Zustandes mußte nach Ansicht der „Erneuerer“ auf „qualitativen Änderungen beruhen, mit denen frühere Fehler und Versäumnisse korrigiert und grundlegend neue Möglichkeiten für Theorie und Praxis der Partei erschlossen werden“³¹⁾. Die Ursachen für die Stagnation der DKP suchten sie in der „Last der Vergangenheit“. Sie bezogen sich auf die sowjetische Geschichtsdiskussion, in der „eine radikale Kritik der Stalinschen Ära und ihrer Folgen begonnen (hat). Sie ist schmerzhaft, aber notwendig, um der Glaubwürdigkeit der KommunistInnen willen. Sie ist notwendig, weil sie neue Voraussetzungen für die Entwicklung des Marxismus schafft, sie ist notwendig, weil sie die Wurzeln freilegen kann für zählbare Denk- und Verhaltensweisen in der kommunistischen Bewegung.“ Der eigenen Partei hielten sie vor, daß die KPD in den fünfziger Jahren den „Prozeß der Selbstreinigung“ nur unzureichend durchgeführt habe. Entlastend merkten sie an, daß die Entstalinisierungsdiskussion in der KPD durch deren Verbot „gerade in der Bundesrepublik besonders erschwert war“. Das Verdikt von Walter Ulbricht: „keine Fehlerdiskussion“ von 1956, mit der die Entstalinisierung in der DDR begrenzt wurde, ignorieren die Autoren der Minderheitsstellungnahme. Die Folge dieser Geschichtsverdrängung war für die DKP gravierend: „So kann selbst heute noch in unserer Partei, obwohl sie nicht stalinistisch ist, der ‚Stalinismus‘ nachwirken.“ Dazu gehöre der innerparteiliche Kult um die „Geschlossenheit im Denken“. „Meinungsverschiedenheiten und Differenzen in politischen Einschätzungen“ würden bestenfalls nur „als eine Art notwendiges Übel“ angesehen. Aufgelistet wurden dann all die Fragen, denen sich die Partei theoretisch nicht ge-

³⁰⁾ Herbert Mies, Zu Fragen unserer aktuellen Politik. Zum 9. Parteitag. Zum Meinungsstreit in der DKP, Referat auf der 13. Tagung des Parteivorstands der DKP, Düsseldorf 3./4. September 1988, in: UZ-Eigenbeilage vom 7. 9. 1988, S. 19.

³¹⁾ Minderheitsstellungnahme aus der Arbeitsgruppe, in: DKP-Informationen Nr. 13, September 1988, S. 109. Alle folgenden Zitate sind dieser Stellungnahme entnommen.

stellt hatte, z. B. den politischen Ideen der „Grün Alternativen“ — die „allzulange primär als gegen uns gerichtete Bedrohung und nicht als Bereicherung des demokratischen Spektrums gesehen“ wurden. Erinnert wurde auch an das Verhalten der DKP zum „Eurokommunismus“, der ideologisch bekämpft wurde, „anstatt uns selber den aufgeworfenen revolutionstheoretischen Fragen im vollen Umfang zu stellen“³²⁾.

Gorbatschows Parteikritik an der KPdSU wurde nun auf die DKP übertragen: „Zu unserer nie hinterfragten Organisationspraxis gehört das starke Gewicht des zentralen Apparates gegenüber der Basis. Er erscheint immer wieder als eine ‚Partei in der Partei‘. Wichtige Entscheidungen fallen immer noch häufig hinter verschlossenen Türen. Es gibt immer noch Grundsatzdebatten, von denen ‚normale Mitglieder‘ so gut wie nichts erfahren. Die Sekretariate, eigentlich Ausschüsse der Vorstände, haben sich in der Praxis als jeweils oberstes Organ eingebürgert. Der zentrale Apparat agiert noch zu oft als Zentrum, das den Meinungsbildungsprozeß von oben nach unten zu bewerkstelligen versucht. Dies soll der Einheit der Partei dienen.“³³⁾ Und unter der Überschrift „Zurück zu Lenin — Zur Demokratisierung der DKP“ forderten die „Erneuerer“ die Reform der Partei. Dazu gehöre unverzichtbar die „Änderung des ‚Klimas‘, der ‚Psychologie‘ in der Partei“. Gefordert wird: „Die DKP muß eine öffentliche Partei werden.“ Eine grundlegende Änderung des Parteiorgans „Unsere Zeit (UZ)“ sollte diese Änderung des Klimas ausdrücken. Nicht mehr vordringlich die vorgegebene Linie sollte propagiert, „sondern zum eigenständigen, kritischen Denken angeregt (werden)“. Revisionsbedürftig war für die Gruppe auch der innerparteiliche Entscheidungsprozeß bei Wahlen und Beschlüssen. Für sie war der Weg durch die Gremien vom Parteimitglied zum Parteitag „zu lang. Und er ist im Regelfall mit Beschluß- und Wahlvorschlägen ‚von oben nach unten‘ — also genau anders herum — gepflastert“. Ausdrücklich wurde das satzungsmäßige Recht „jedes Mitglieds und jeder Körperschaft der Partei“ eingefordert, „sich zu allen die Partei betreffenden Fragen zu äußern“. Ein Dorn im Auge waren den Autoren „alle möglichen ‚ungeschriebenen Gesetze‘, die mit der Leninschen Parteitheorie und -praxis nicht das geringste zu tun haben. Eine ‚Körperschaftsdisziplin‘, z. B. von Sekretariaten gegenüber den Vorständen, aus deren Mitte sie gewählt wurden, ist dem demokratischen Zentralismus fremd.“³⁴⁾ Offensiv verlangten die Autoren die Autonomie der Organisationseinheiten der Partei und ihrer Leitungen, „bezogen auf ihren Wirkungsbereich“, und „dies gilt politisch, organisatorisch, personell“. Ebenso wie die sowje-

³²⁾ Ebd., S. 106.

³³⁾ Ebd., S. 107.

³⁴⁾ Ebd., S. 110f.

tische Partei eine Befristung von Wahlfunktionen diskutierte, wurde in der Minderheitenstellungnahme „eine zeitliche Befristung in der Ausübung von Wahlfunktionen“ verlangt. Solange die DKP eine kleine Partei wäre, sollten die Parteitagsdelegierten auch wieder von der Kreisdelegiertenkonferenz „gewählt werden“. Das Programm der Demokratisierung endete mit der Forderung nach der Quotierung der zu besetzenden Funktionen, um „den Weg für mehr Genossinnen in leitende Funktionen“ zu öffnen³⁵). Unverkennbar trug das Parteimodell der „Minderheit“ basisdemokratische Züge und richtete sich im Kern gegen die diktatorische Verfügung des hauptamtlichen Sekretariatsapparats über die politische Linienfestlegung und die innerparteiliche Kaderpolitik.

Der Versuch, eine „moderne“ kommunistische Partei aus der DKP heraus zu formieren, war nicht nur ein Reflex auf die Linienänderung der KPdSU. Er war auch eine direkte Folge der Etablierung der Grünen als Protestpartei in den Parlamenten der Bundesrepublik. Besonders gravierend war für die DKP, daß „Glasnost“ und die von der KPdSU ausgehenden Reformen in der Sowjetunion jahrzehntelang wider besseres Wissen geglaubte Sozialismuspropaganda von KPD und DKP in Makulatur verwandelten. Das sozialistische Vorbild für das eigene Ziel erwies sich als Land ökonomischer Rückständigkeit, diktatorischer Strukturen und mit buchstäblichem Massenelend. Das Ziel Sozialismus – wollte man es retten – mußte vom sowjetischen Entwicklungsweg abgekoppelt werden. Damit begann das Programm der „Erneuerer“, das sich in vier Punkten zusammenfassen läßt:

1. Die Sozialismuskonzeption der DKP muß wieder auf einer Utopie basieren, die es erlaubt, ökologische und andere globale Fragestellungen in sie zu integrieren und die Praxis regierender kommunistischer Parteien zu kritisieren.

2. Der kommunistische Internationalismus sollte sich der gleichberechtigten Kooperation mit anderen „fortschrittlichen Kräften“ in Europa und der Dritten Welt öffnen.

3. Die Voraussetzung für die Chance eines kommunistischen Neuanfangs war der glaubhafte Bruch mit dem Stalinismus und die überfällige eigene Vergangenheitbewältigung.

4. Die stalinistischen Apparatstrukturen sollten überwunden und die Partei demokratisiert werden.

Die DKP sollte nach dem Willen der Parteioption endlich eine „hiesige“ Partei werden. Die „Erneuerer“ drängten auf eine rasche Demokratisierung, gab es doch nach ihrer Einschätzung 1988/89 eine doppelte Chance für die Rekonstruktion einer sozialistischen Perspektive für die Bundesrepublik:

1. Die Bewunderung, die Gorbatschow auch in der Bundesrepublik genoß, und 2. schien sich innenpolitisch eine reale Chance für eine rot-grüne Koalition in Bonn zu eröffnen. In einem solchen politischen und kulturellen Klima der Reform könnte es wieder „ein breiteres Interesse an grundlegenden sozialistischen Alternativen“ geben. „Heute schon weckt die Perestrojka in ersten Ansätzen neue Hoffnungen in die sozialistische Idee.“³⁶)

VI. Die Niederlage der „Erneuerer“

Die Parteiwahlen der DKP im Herbst 1988 waren eindeutig Linienwahlen: Es ging um die Besetzung der Bezirksvorstände und die Bestimmung der „richtigen“ Delegierten für den 9. Parteitag der DKP. Die Fraktion der „Erneuerer“ hat die Delegiertenwahlen zum Parteitag verloren, ihre bezirklichen Bastionen aber behaupten können. Damit hatten Präsidium und Sekretariat ihr strategisches Ziel erreicht: Sie verfügten über die Mehrheit der Delegierten des Parteitages und konnten dadurch die Kontinuität der kommunistischen Partei auf ihre Weise sichern. Seit der Stalinisierung der KPD in den zwanziger Jahren sahen die Sekretariate des Zentralkomitees bzw. bei der DKP des Parteivorstandes darin ihre Aufgabe, gleichgültig wieviele Mitglieder oder gar Wähler der Partei wirklich angingen.

Die Ausgrenzung der Parteioption erfolgte durch die Parteiführung im Spätsommer 1989. Die Vorentscheidung fiel bereits bei den Vorstandswahlen auf dem 9. Parteitag in Frankfurt. Der Verlauf dieses Parteitages unterschied sich qualitativ von seinen Vorgängern. Es gab mehr Kandidaten für den Vorstand als zu vergebende Vorstandsposten; der vom Parteivorstand vorgelegte Personalvorschlag wurde durch spontane Kandidaturen ergänzt, und es kam zu einer harten Personaldebatte. Für die höchsten Leitungsgremien beschloß der Parteitag entsprechend dem Mitgliederanteil der Frauen eine 43,4 prozentige Quotierung.

Bei den Vorstandswahlen nutzte die SED-orientierte Mehrheit ihre Stärke. Aber nur mit Blick auf die Parteioption fragte Mies nach dem Parteitag, ob es bei den Wahlen „einigen Genossinnen und Genossen um einen reinen ‚Machtkampf‘ ging? Und ob der Linienstreit durch Wahlen ausgetragen

³⁵) Ebd., S. 111.

³⁶) Ebd.

werden sollte?“³⁷⁾ Herbert Mies und die stellvertretende Vorsitzende Ellen Weber wurden wiedergewählt, bekamen aber erstmals in der DKP-Geschichte eine hohe Zahl von Gegenstimmen. Im Gegenzug wurden Wortführer der „Erneuerer“ abgewählt, so Vera Achenbach, seit 1981 Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes, Steffen Lehn-dorff und der Bremer Bezirksvorsitzende Dieter Gautier³⁸⁾. Die Unterlegenen nahmen ihre Niederlage nicht widerspruchslos hin. Dieter Gautier wertete die Wahl als „Zeichen“ der „Ausgrenzung“. Er teilte in einer persönlichen Erklärung vor dem Parteitag mit, die „Bremer Delegation“ habe beschlossen, noch auf dem Parteitag eine „Beratung“ durchzuführen. Lehn-dorff kündigte an, daß die Kölner Delegierten sich „der Bremer Beratung anschließen“³⁹⁾.

Die Parteiopposition unternahm diesen demonstrativen Schritt, obwohl die Parteitagsmehrheit ihr entgegenkam. Durch Beschluß wurde der Parteivorstand beauftragt, bei der Wahl von Präsidium und Sekretariat „Vertreter der wesentlichen Positionen der Parteidiskussion in einer der politischen Realität der Partei entsprechenden Weise in dem Führungsgremium“⁴⁰⁾ zu berücksichtigen. Der neugewählte Vorstand hielt sich formal an diese Entschließung. Das Präsidium wurde um einen Sitz vergrößert, seine Frauenquote erhöht, und die „Erneuerer“ waren in dem 20köpfigen Gremium mit Werner Stürmann, Birgit Radow und Heinz Jung vertreten. Anders verfuhr der Parteivorstand bei der Wahl des Sekretariats. Es wurde drastisch von 14 auf neun Sitze verkleinert. Gemäß dem Parteitagsbeschluß wurde zwar der Frauenanteil erhöht, aber ein „Erneuerer“ kam nicht in diesen Führungsstab. Dem Sekretariat gehörten daraufhin die folgenden Funktionäre mit den angegebenen Geschäftsbereichen an: Der Vorsitzende Mies, seine Stellvertreterin Ellen Weber (Demokratische Bündnispolitik), Beate Landefeld (Marxistische Theorie und Bildung), Ingeborg Nödinger (Frauenpolitik), Fritz Noll (Öffentlichkeitsarbeit und Medien), Rolf Priemer (Organisations- und Personalpolitik), Helga Rosenberg (Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik), Karlheinz Schröder (Internationale Beziehungen), Heinz Stehr (Wirtschafts-, Sozial- und Technologiepolitik, Betriebe und Gewerkschaften)⁴¹⁾.

³⁷⁾ Herbert Mies, Eine Lehre des Parteitages, in: UZ vom 12. 1. 1989, S. 2.

³⁸⁾ Ergebnis der Wahl des Parteivorstandes, in: UZ vom 10. 1. 1989, S. 5.

³⁹⁾ Persönliche Erklärungen zu den Wahlen auf dem 9. Parteitag der DKP in Frankfurt, in: UZ vom 11. 1. 1989, S. 5.

⁴⁰⁾ UZ vom 11. 1. 1989, S. 3.

⁴¹⁾ Vgl. DKP-Pressedienst 2/89, Düsseldorf vom 22. 1. 1989.

Die Kontinuität des Apparats war frappierend: Das Sekretariat der DKP von 1989 wurde immer noch zu zwei Dritteln von früheren Funktionären und Mitgliedern der KPD beherrscht. Vier (Mies, Noll, Schröder, Weber) traten vor dem Verbot von 1956 in die Partei ein, zwei (Priemer und Stehr) 1960 bzw. 1962. Mies, Weber und Schröder waren hauptamtliche FDJ-Funktionäre, Noll arbeitete als Redakteur der Hamburger Parteizeitung, und alle kamen aus dem Apparat der illegalen KPD. Nu Landefeld, Nödinger und Rosenberg traten nach 1968 der DKP bei. Die erfolgreiche Verteidigung der apparativen Bastionen durch die Parteiführung zeigte sich auch in der Funktion von Kurt Fritsch im Präsidium, er wurde zuständig für die „Finanzpolitik der Partei“⁴²⁾. Fritsch gehört zu der Alterskohorte von Mies und Weber, war wie sie FDJ-Funktionär und Mitglied des Sekretariats des ZK der verbotenen KPD gewesen. Schließlich wurde erneut Otto Hans zum Vorsitzenden der Zentralen Schiedskommission der Partei gewählt. Auch er gehört zu den FDJ-Funktionären. Werner Stürmann konnte nach der Wahl dem Parteivorstand vorwerfen, daß der Beschluß des Parteitags besonders hinsichtlich der Besetzung des Sekretariats „nicht umgesetzt wurde“⁴³⁾. Die Besetzung des Sekretariats zeigte auch, wie die Parteiführung das Prinzip der „Kontinuität“ in der Führung mit dem der Kooptation von Führungsnachwuchs verband. Landefeld, Nödinger und Rosenberg hatten zuvor jahrelang im zentralen und bezirklichen Apparat der DKP gearbeitet.

Vordergründig war der Parteitag für die „Erneuerer“ keine Niederlage. Vor allem programmatisch und konzeptionell erzielten sie Erfolge: Die Frauenquote wurde durchgesetzt, die Verabschiedung der beiden programmatischen Dokumente „Zur Lage der Partei“ und „Bundesrepublik 2 000“ auf einen Sonderparteitag 1990 verschoben. Der Parteitag erkannte an, durch die Entwicklung in der Sowjetunion sei „eine Grundsatzdiskussion über unser Verhältnis zum realen Sozialismus und die Geschichte der kommunistischen Bewegung“ ausgelöst worden. Und die Partei erwartete, „wie die kommunistische Weltbewegung insgesamt“, eine längere „Phase des Suchens nach neuen Antworten“: Dazu gehörten die Fragen nach der „Strategie der revolutionären Partei der Arbeiterklasse heute, zur Anwendung der Grundprinzipien des demokratischen Zentralismus, zum Verhältnis von Reform und Revolution, zu den Sozialismusvorstellungen“. Aber bei der prinzipiellen Bejahung von der „Öffentlichkeit aller Diskussionsprozesse“ wurde doch allen „Tendenzen von Lager- und Fraktionsbildung

⁴²⁾ UZ vom 10.3.1989.

⁴³⁾ Werner Stürmann, Zur Wahl des Präsidiums und des Sekretariats, in: UZ vom 28. 1. 1989, S. 14.

und der Etablierung politischer Plattformen“ eine klare Absage erteilt. An dieser Stelle befestigte die Parteiführung ihre Grundsatzposition. In der Frage der Aufarbeitung der eigenen Parteigeschichte folgt der Parteitag wiederum den „Erneuerern“. Allerdings ging es nicht so sehr um die 20jährige Existenz der DKP, sondern um die „70jährige Geschichte unserer Partei“, wie es Mies in seinem Schlußwort auf dem Parteitag formulierte⁴⁴⁾.

Nach dem Parteitag hat Gehrcke die „verschiedenen Optionen“ beschrieben, die die Parteivorstands-Mehrheit als Reaktion auf die innerparteiliche Opposition besaß. Ihr taktischer Ausgangspunkt war das innerparteiliche Kräfteverhältnis. „Volle Konfrontation“ hätten die „Erneuerer“ zu

erwarten, wo sie „isoliert“ oder vorsichtig vorgehen, „Anpassung verbal und/oder teilweise Zugeständnisse“, wenn die Positionen der Opposition auf Zustimmung stießen, und „Unsicherheit/Abwarten bei unklaren Mehrheitsverhältnissen . . . oder bei umgekehrten Mehrheitsverhältnissen in Bezirken und Kreisen. Klassische Machtpolitik, wo immer das möglich ist (Personalpolitik, bei entsprechenden Mehrheiten).“ Schließlich erwähnte er noch das „schlichte Aussitzen, um den gegen Erneuerung wirkenden Zeitfaktor auszunutzen“⁴⁵⁾. Der Zeitfaktor arbeitete tatsächlich gegen die Strömung. Die Konflikte, die mit der Ausgrenzung der Opposition verbunden waren, beschäftigten die DKP bis zum Herbst 1989 und endeten mit dem Austritt der „Erneuerer“⁴⁶⁾.

VII. Die Perspektive eines „linken Blocks in der Bundesrepublik“

Nach dem Parteitag bekamen immer mehr Anhänger der Parteiopposition Zweifel über die realistischen Chancen des Konzepts „Erneuerung“ der DKP. Zum Wortführer der Zweifler machte sich der Marburger Politologieprofessor Georg Fülberth⁴⁷⁾. Er erklärte das Konzept der „Erneuerung“ der DKP für unrealistisch und plädierte für eine „Umgründung“. Die DKP sollte nach seinen Vorstellungen aktiv mitwirken an der „Herstellung eines linken Blocks“. Er erwartete, so wurde er zitiert, „daß es in den neunziger Jahren zu Umgruppierungen innerhalb der Linken kommen werde. Insbesondere bei Teilen der Grünen, nämlich undogmatischen Linken, Ökosozialisten und Fundis

sah Fülberth diejenigen Kräfte, mit denen es zusammen gelingen könne, einen linken Block zu formieren.“⁴⁸⁾ Für ihn waren folgerichtig nunmehr die Strömungen und innerparteilichen Gruppen in der DKP nur noch „ein produktiver Faktor im Prozeß der Umgründung der Partei“⁴⁹⁾, zumal ein linker Block nur mit pluraler Binnenstruktur vorstellbar wäre. Fülberth hat die Krise der DKP an anderer Stelle mit der Entwicklung in der Sowjetunion seit 1985 begründet: „Die DKP war von Anfang an eine Partei, die ihr Selbstverständnis von der Systemauseinandersetzung ableitete und den nachkapitalistischen Ländern eine zentrale Funktion bei der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse hierzulande zumaß. Nachdem die UdSSR seit 1985 diese Funktionen selbst in Frage stellt, läßt sich die bisherige Konzeption der DKP nicht mehr erhalten.“⁵⁰⁾

Zu dieser für die DKP dramatischen Veränderung der internationalen Konstellation ihrer Politik kamen dann noch „Defizite auf Politikfeldern, die in der Periode eines in erster Linie auf die Staaten des realen Sozialismus bezogenen Internationalismus weitgehend vernachlässigt worden waren“⁵¹⁾. Jetzt rächten sich nach seiner Ansicht die Fehler der DKP in den siebziger Jahren: „Auf die Offensive des Eurokommunismus Mitte der siebziger Jahre reagierte sie hilflos verworren. Die Reaktion auf die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 entwickelte sich vollends zum Debakel der Partei in der

44) Herbert Mies, Ansprache zum Abschluß der Beratungen des 9. Parteitags der DKP, in: UZ vom 11. 1. 1989, S. 3.

45) Wolfgang Gehrcke, Die DKP ist der Gegenstand der Erneuerung, in: Dokumente-Stellungnahmen-Papiere zur Lage der Partei (Teil 2). S. 5f. Gehrcke hat in seinem Beitrag auf der 5. Parteivorstandstagung 1989 klargestellt, daß die auch von Mies zitierte „Rede“ von ihm nicht gehalten wurde. „Was hier abgedruckt wurde, ist ein Manuskript einer nicht gehaltenen Rede. Dieses Manuskript wird zitiert, aber ich stehe natürlich zu dem, was in dem Manuskript steht.“ Wolfgang Gehrcke, Beitrag auf der 5. Tagung des DKP-Parteivorstandes, in: DKP-Informationen Nr. 24, Juni 1989, S. 43f.

46) Vgl. zum Verlauf: M. Wilke, H.-P. Müller, M. Brabant (Anm. 4).

47) Georg Fülberth sorgte als Mitautor der 1977 im Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag (PRV) erschienenen „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ für Schlagzeilen, als Manfred Scharrer den Autoren des Werkes in einer Rezension vorwarf, daß die „Geschichte“ als „der bisher geschickteste Versuch“ zu werten sei, „die parteikommunistische Geschichtskonstruktion an den bundesrepublikanischen Leser zu bringen“. Manfred Scharrer, „Kurzer Lehrgang“ der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Neuer Langer Marsch Nr. 38, Berlin, November 1978. Vgl. hierzu Manfred Wilke, Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis, Melle 1985, S. 161ff.

48) Thomas Dinter; Parteitagsauswertung der Marburger DKP, in: UZ vom 25. 1. 1989, S. 9.

49) Ebd.

50) Georg Fülberth, Notizen zur Geschichte der DKP, in: Streitschrift zur Erneuerung der Politik, Hamburg, Oktober 1989, S. 26.

51) Ebd.

Intelligenz. Sie hat sich sowohl in der Umweltfrage als auch in der Demokratief Frage so isoliert, daß sie von der Vorbereitung einer neuen Oppositionsgruppierung — DIE GRÜNEN — ausgeschlossen ist.“⁵²⁾ Die von Fülberth prognostizierte Umgruppierung von Teilen der Linken in der Bundesrepublik in den neunziger Jahren wurde vom Präsidium der DKP als mögliche Entwicklung ernstgenommen⁵³⁾.

Man kam jedoch zu dem Ergebnis, zunächst einmal die Relationen zurechtzurücken. Die „Umgruppierung im linken Spektrum“, „vor allem auch weltpolitisch gesehen“, sah man zunächst und vor allem in der stärkeren „Annäherung von Kommunisten und Sozialdemokraten“. Die DKP bezog sich auf das gemeinsame SED-SPD-Ideologiepapier und sah

die Debatte „gelegentlich“ schon in der Nähe der Frage, „ob nicht gar eine ‚Wiedervereinigung‘ von kommunistischer und sozialdemokratischer Strömung“ ins „Blickfeld rücke“. Gemessen an dieser Perspektive könnte es bei den Grünen nur um einen „Teilprozeß in einem relativ kleinen politischen Spektrum“ gehen⁵⁴⁾. Freilich konzidierte die DKP-Führung, daß eine solche „Umgruppierung“ die eigene Mitgliedschaft erheblich tangiere würde. Diese Spekulationen über die Neuformierung der radikalen Linken in der Bundesrepublik waren der Hintergrund für die Ausgrenzung der „Erneuerer“, die der DKP-Parteiapparat 1989 ins Werk setzte. Erst nach dem November 1989 wurden all diese Überlegungen aktuell, die Kommunisten mußten sich in Deutschland neu formieren.

VIII. Die DKP-Finanzkrise 1989

Die Darstellung der DKP-Parteikrise wäre unvollständig, ohne auf die Finanzkrise einzugehen, in die sie der Zerfall der SED-Herrschaft Ende 1989 stürzte. Offenbarte sie doch, was ihre Kritiker schon längst wußten: Die DKP war nicht primär eine „hiesige“ Partei, sondern der Interventionsapparat der SED in der Bundesrepublik. Am 6. Dezember meldete die UZ: „Das DKP-Präsidium sah sich . . . gezwungen, alle beim Parteivorstand bestehenden Beschäftigungsverhältnisse zu beenden“⁵⁵⁾ — es betraf 500 Hauptamtliche. Auch die Funktionäre in den Bezirksgeschäftsstellen mußten gehen. Am selben Tag gab in Berlin die SEW bekannt: „Gesichert sei die Auszahlung der Gehälter der Parteigestellten ‚bis 13. 12.‘. Erforderlich werde die Kündigung der 86 Betroffenen und die Suche von Nachmietern für von der SEW bisher genutzte Räume.“⁵⁶⁾ Die SED-Krise traf auch die der DKP verbundenen Verlage und Organisationen. Der Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag mußte Konkurs anmelden, die SED-eigene Anzeigenagentur „Interwerbung“ stornierte Anzeigenaufträge in Höhe von „über 1,5 Millionen DM“⁵⁷⁾. Der FDGB-Gewerkschaftsverlag „Tribüne“ kündigte seine Verträge mit dem Frankfurter Nachrich-

ten-Verlag. Die seit 1961 erscheinende Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, zentrales Instrument der DKP-Gewerkschaftspolitik, wurde zum Jahresende 1989 eingestellt. Die DKP-eigene Presseagentur „Progress Presseagentur“ (PPA) mußte aufgelöst werden, als die DDR-Nachrichtenagentur ADN und der Sender „Stimme der DDR“ ihre Abonnements stornierten⁵⁸⁾. Auch die seit 1961 existierende „Deutsche Friedens-Union“ stellte ihr Wirken ein. Ihre Bundesgeschäftsstelle sowie alle Landesgeschäftsstellen wurden geschlossen. „Das Aus ist ‚wesentlich verursacht durch die schlagartige Einstellung fast aller Dauerspender‘, hieß es“⁵⁹⁾. Das Schicksal der DFU teilte auch die „traditionsreichste und mitgliederstärkste antifaschistische Organisation in der Bundesrepublik“ (taz), der VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten). Auf der VVN-Bundesvorstandssitzung im November 1989 antwortete Generalsekretär Kurt Erlebach, Mitglied des DKP-Parteivorstands, auf Fragen nach der Finanzlage der 15 000 Mitglieder starken Organisation noch kurz und lapidar: „Es gibt keine Fremdfinanzierung.“⁶⁰⁾ Anfang Dezember erfuhren die Mitarbeiter der Frankfurter Bundesgeschäftsstelle, daß ihnen zum 31. Dezember 1989 gekündigt wurde. Mittelbar waren davon auch die Landesorganisationen betroffen.

Die nicht der DKP angehörenden Mitglieder des Bundesvorstands setzten eine von Sozialdemokra-

⁵²⁾ Ebd.

⁵³⁾ Vgl. Präsidium des Parteivorstandes, Informationen für den Parteivorstand, die Bezirkssekretariate, interessierte Mitglieder: Zur möglichen Umgruppierung von Teilen der Grünen, maschinenschriftliches Manuskript, 15. April 1989, S. 1.

⁵⁴⁾ Ebd.

⁵⁵⁾ Die DKP muß entlassen, in: UZ vom 6. 12. 1989, S. 1.

⁵⁶⁾ Neue Zeitung, Berlin (West) vom 7. 12. 1989, S. 1.

⁵⁷⁾ Jan C. Schwartz, Für die DKP-Firmen war der politische Traum schnell aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.12.1989.

⁵⁸⁾ Vgl. ebd.

⁵⁹⁾ Ebd.

⁶⁰⁾ Karl Kropotnik, Deutsche Kommunisten stoßen VVN in die Pleite, in: die tageszeitung vom 7. 12. 1989.

ten dominierte Kommission ein, um die politische und finanzielle Abhängigkeit der VVN-BdA von der DKP zu untersuchen. Der bisherige Organisationssekretär Jörg Ehret (DKP) enthüllte nun, daß vor Einstellung von hauptamtlichen Mitarbeitern bei der VVN-BdA die Bewerbungsunterlagen „zunächst zum Parteivorstand der DKP, Abteilung Personalpolitik (gingen) . . . in aller Regel war nur mit Zustimmung der DKP eine Einstellung bei der VVN-BdA möglich. Dies galt sowohl für Einstellungen auf der Bundes- wie auch auf der Landesebene“⁶¹). Weiter wurden die DKP-Mitglieder im Sekretariat der VVN-BdA regelmäßig von „einem Vertreter des Präsidiums der DKP“ angeleitet. Die Annahme von Spenden aus der DDR rechtfertigt der ehemalige Organisationssekretär mit dem Argument: „Ich bin der Meinung, daß es weder ein Verbrechen war noch ist, aus der DDR Geld anzunehmen. Im Gegenteil. Lange Jahre wäre in unserem Land antifaschistische Arbeit, eine konsequente Friedensarbeit unmöglich gewesen, wenn es diese Gelder nicht gegeben hätte.“ Als Fehler räumte er ein, über diese DDR-Spenden nicht geredet zu haben. Dadurch wäre die Chance verpaßt worden, „alternative Finanzierungskonzepte zu entwickeln, als die politisch möglich wurden“⁶²). Der schlagartige Zusammenbruch des hauptamtlichen Apparats der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen als Folge der Partei- und Herrschaftskrise der SED beantwortet die Frage, warum die DKP trotz aller parlamentarischen Mißerfolge über 20 Jahre hinweg als Partei in der Bundesrepublik existieren konnte. Die Fremdfinanzierung machte die Partei unabhängig von Wählerstimmen und vom Mitgliederwillen.

⁶¹) Diskussionsbeitrag des bisherigen Organisationssekretärs Jörg Ehret, in: VVN-BdA, Ende der Vorfeldorganisation, JW-Informationsdienst, Mainz-Gustavsburg, Nr. XXXI/3-4/22, 1. 1990, S. 1.

⁶²) Ebd.

Anfang Januar 1990 gab es die sensationellste Enthüllung über die DKP: „Der Spiegel“ veröffentlichte einen Bericht über „eine geheime, illegale ‚militärische Organisation‘ (MO)“, die vom SED-Militärapparat in der Bundesrepublik aufgebaut worden sei. Für die insgesamt „bis zu 300 Mann“ starke Kampfgruppe seien nach Angaben eines Mitglieds „vertrauenswürdige Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) verpflichtet worden“⁶³). Erwartungsgemäß dementierte die DKP-Führung diese Berichte heftig und bestritt jeden Zusammenhang zur Partei⁶⁴). Nach Recherchen und einem Bericht der DDR-Zeitung „Neuer Tag“ am 27. Februar sah sich das DDR-Verteidigungsministerium gezwungen, offiziell das militärische Geheimtraining von Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit zuzugeben⁶⁵). Ob es sich bei diesen Sabotage-Kommandos um DKP-Mitglieder gehandelt hat, wollte man jedoch weiterhin nicht verraten, „da es keine Namenslisten gebe“⁶⁶). Sollte die „Militärorganisation“ tatsächlich existiert haben, worauf nach der ersten Verblüffung inzwischen vieles hindeutet, dann wäre dies ein letzter Beweis für die jahrzehntelangen, von der SED finanzierten Untergrund – und Interventionsanstrengungen der DKP gewesen.

Anfang Mai 1990, als der deutsche Vereinigungsprozeß eine Realität war, bewertete Rolf Priemer, neugewählter Sprecher der DKP, konsequenterweise das absehbare Ende der DDR für die deutschen Kommunisten als „eine Niederlage historischen Ausmaßes“⁶⁷).

⁶³) Schüsse am Scharmützelsee, in: Der Spiegel, (1990) 1, S. 65 ff. Mit Volldampf, in: Der Spiegel, (1990) 2, S. 61 ff.

⁶⁴) Vgl. UZ vom 5. 1. 1990, S. 1 u. 3.

⁶⁵) Vgl. Der Tagesspiegel vom 28. 2. 1990, S. 10; Stasi trainierte DKP-Partisanen, in: Frankfurter Rundschau vom 28. 2. 1990, S. 1.

⁶⁶) Der Tagesspiegel, ebd.

⁶⁷) Rolf Priemer, Referat der 2. Tagung des Parteivorstands der DKP, in: Eigenbeilage zu UZ vom 11. 5. 1990, S. 5.

Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR

Die geopolitischen Umwälzungen, die sich in der letzten Zeit in Osteuropa vollzogen haben, haben die Struktur der Internationalen Kommunistischen Bewegung tiefgreifend verändert und sich auf die Treue- oder Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den einzelnen nationalen Kommunistischen Parteien ausgewirkt, wie sie sich seit 1917 und insbesondere seit 1945 herausgebildet hatten. Trotz des Niedergangs der SED in der DDR und der vielgestaltigen Krise der kommunistischen Organisationen in der Bundesrepublik erscheinen die (Wieder-) Geburt der PDS und die Wiederaufbauversuche der Erneuerer innerhalb der DKP uns als beispielhaft für den Willen und die Fähigkeit des Kommunismus zur Anpassung und zum Überleben in einem höchst feindselig eingestellten sozialen, politischen und intellektuellen Umfeld.

Um diese neueren Erscheinungen zu verstehen, müssen wir kurz auf die jüngste Vergangenheit zurückgreifen. Die Internationale Kommunistische Bewegung (orthodox, weil moskautreu) hatte bis zum Aufstieg Gorbatschows eine monozentrisch-hierarchische Kommandostruktur feudalistischer und stalinistischer Art. Die KPdSU und ihre internationalen Ableger bestimmten die Strategien der kommunistischen Parteien, auch wenn sie gleichzeitig versuchten, den nationalen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Die engagierte, aber zugleich propagandistisch motivierte Teilnahme an Aktionen der Friedensbewegung kennzeichneten die Höhepunkte dieser Einheitsstrategie. Ab 1987 entwickelte sich dieses System zu einer bipolaren Struktur: zum einen die SED, die – gemäß ihrem Anspruch – kommunistische Legitimität und Orthodoxie repräsentierte, im Gegensatz zu einem „Gorbatschowismus“ andererseits, der offen als revisio-

nistisch bezeichnet wurde¹⁾. Die unterschiedlichen Führungsprinzipien orientierten sich an der SED und dem althergebrachten Apparat der DKP einerseits sowie an den Erneuerern und der KPdSU andererseits²⁾.

Als sich ab Oktober und stärker noch ab Dezember 1989 der Wandel der SED zur SED-PD vollzog, veränderte sich dieses Beziehungsnetz aufs neue und führte zur Ausbildung eines multipolaren und von Konkurrenz und Wettbewerb bestimmten Systems von Parteiströmungen in der Bundesrepublik und in der DDR sowie zur Enkopplung der Entwicklungen im Osten und im Westen³⁾.

Der letzte Abschnitt in dieser Abfolge der Veränderungen war, seit den Wahlen in der DDR im März 1990, die Suche der kommunistischen Parteien und Gruppierungen in Ost und West nach neuen Wegen der Zusammenarbeit, die es ihnen noch vor der Wiedervereinigung erlauben sollten, aktiv in die Ereignisse einzugreifen und als anerkannte politische Akteure auf dem Gebiet des neuen Deutschlands zu agieren. Diese Ausdehnungsstrategie von Ost nach West und von West nach Ost verlangte von den jeweils in der Bewegung engagierten Gruppierungen ein intensives und vielschichtiges Nachdenken über das Wesen der kommunistischen Organisationen und des Leninismus sowie über die Etappen einer notwendigen Modernisierung der gemeinsamen theoretischen Grundlagen. Unser Ansatz versteht sich daher als vergleichende Analyse und beschäftigt sich insbesondere mit diesem neuen ideologischen und organisatorischen Gefüge in den zwei deutschen Staaten auf dem Weg zur Vereinigung.

¹⁾ Im Oktober 1988 hielten das Präsidium der DKP und das SED-Politbüro eine Sitzung in Berlin ab. Erich Honecker analysierte damals die Lage des Kommunismus und erklärte, daß die KPdSU den Revisionismus in die kommunistische Weltbewegung trage. Dagegen verstehe sich die SED als Schutzwall im sozialistischen Lager, und die DKP müsse diese Funktion in Westeuropa einnehmen. Deswegen sei mit der innerparteilichen Opposition der DKP sofort Schluß zu machen.

²⁾ Es handelte sich übrigens mehr um eine intellektuelle als eine echte Art von Beziehung, da man in Moskau auf Honeckers Sturz setzte.

³⁾ Die hier vorliegende Zusammenfassung gibt im wesentlichen den Stand der Entwicklung bis zum Sommer 1990 wieder und stützt sich auf meinen Forschungsbericht: Patrick Moreau, Der Westdeutsche Kommunismus in der Krise. Ideologische Auseinandersetzungen und Etappen des organisatorischen Verfalls, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, September 1990.

I. Die Oststrategien

Wie die Ergebnisse der Wahlen in der DDR zeigen⁴⁾, ist der Hauptakteur der kommunistischen „Wiedergeburt“ die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS), angeführt von der charismatischen Führungspersönlichkeit Gregor Gysi, der es verstand, sich auf den althergebrachten, von der SED ererbten Parteiapparat zu stützen und gleichzeitig eine neue intellektuelle Elite für sein Projekt der Erneuerung zu gewinnen. Die Komplexität des Entstehungsprozesses der SED-PDS und in der Folge der PDS erlaubt es nicht, auf Einzelaspekte der Parteienentwicklung einzugehen, sondern zwingt dazu, sich auf bestimmte organisatorische Fragen zu beschränken⁵⁾.

1. Die PDS und die kommunistische Plattform

Die PDS bezeichnet sich selbst als eine marxistische Massenpartei, deren Satzung die Bildung von Diskussionszirkeln erlaubt, die aber die Entstehung von eigenständigen Fraktionen nicht zuläßt. Innerhalb der SED-PDS (als einer Art Übergangsorganisation zwischen der SED unter Honecker und der PDS) entwickelten sich drei Hauptströmungen: der „sozialdemokratische“ Flügel, der dann als Folge der Gründung der Ost-SPD verschwand, die mit Abstand einflußreichste Strömung des „Demokratischen Sozialismus“ mit Gregor Gysi und dessen Führungsmannschaft an der Spitze und schließlich die kommunistische Plattform. Angesichts vielfältiger organisatorischer Verwerfungen und unter dem Druck der anstehenden Wahltermine einigten sich ab März 1990 alle mehrheitsfähigen und minoritären Tendenzen auf folgendes Selbstverständnis: „Die Partei schöpft ihr politisches Selbstverständnis aus den Strömungen der deutschen und internationalen Arbeitsbewegung, aus den revolutionären und demokratischen Traditionen des deutschen Volkes und aus dem Antifaschismus. Die PDS ist sich vieler Berührungen zu pazifistischen und religiös begründeten humanistischen Standpunkten bewußt und nimmt sie in sich auf. Wir schöpfen aus der Geschichte des humanistischen Denkens, insbesondere aus den dialektischen und materialistischen Auffassungen von Karl Marx und Friedrich Engels,

⁴⁾ Die wichtigsten Ergebnisse der marxistischen Gruppierungen beliefen sich auf: Aktionsbündnis Vereinigte Linke, Die Nelken: 20 342 Stimmen (0,18 Prozent, 1 Abgeordneter); Alternative Jugendliste, DJP-GJ-MJV-FDJ: 14 616 Stimmen (0,13 Prozent); Kommunistische Partei Deutschlands: 8 819 Stimmen (0,08 Prozent); Partei des Demokratischen Sozialismus: 1 892 381 Stimmen (16,32 Prozent, 66 Abgeordnete).

⁵⁾ Diese Analyse gründet sich auf die Beschreibung der innerparteilichen Struktur der PDS und eine Reihe von Gesprächen mit den Parteiverantwortlichen, insbesondere mit Frieder Bubl, der vor der Vereinigung für die Aktivitäten der PDS in der Bundesrepublik zuständig gewesen ist.

Wilhelm Liebknecht und August Bebel, Eduard Bernstein und Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, W. I. Lenin und Antonio Gramsci und ihrer nachfolgenden vielfältigen Weiterentwicklung. Die Partei nimmt all diese Ideen kritisch auf.“⁶⁾

Je nach Strömung orientiert sich die ideologische Identifizierung mehr oder weniger ausgeprägt an den einzelnen „Vorfahren“ und Wegbereitern, wobei die Kommunisten⁷⁾ Luxemburg und Lenin eine herausragende Stellung einnehmen.

Die Soziologie der Anhängerschaft ist ebenfalls sehr schwer zu erfassen: 60–70 Prozent der 325 000 Mitglieder der PDS⁸⁾ sind ehemalige SED-Mitglieder (vor allem Angestellte des Staatsapparats und Arbeiter), 30–40 Prozent sind neu eingetretene Mitglieder (hauptsächlich Jugendliche, Arbeiter aus vom Untergang bedrohten Industriezweigen sowie Frauen, die den Verlust sozialer Errungenschaften der DDR befürchten). In beiden Blöcken finden sich insgesamt ca. 20 Prozent Intellektuelle und Vertreter der pädagogischen und literarischen Elite der DDR, die als die tragenden Kräfte der Wiedergeburt der PDS angesehen werden können⁹⁾. Diese Gruppe besteht hauptsächlich aus ehemaligen Mitgliedern der SED; ihre Anhänger stammen entweder aus dem politisch-wissenschaftlichen Apparat oder sie gehörten unter Honecker zur Masse der regionalen SED-Funktionäre auf mittlerer Ebene¹⁰⁾. Die beiden innerhalb der PDS weiter bestehenden Strömungen agieren selbstverständlich mit der Unterstützung aller drei Gruppen von Anhängern: die „Kommunisten“ vor allem in der Gefolgschaft des SED-Erbes und die

⁶⁾ Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus; angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS am 25. Februar 1990, in: Wahlparteitag, Berlin 1990, S. 90. Professor Herbert Neubert, Gramsci-Experte der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die inzwischen aufgelöst wurde, hat die Dimension der „Kulturrevolution“ in das Programm der PDS eingebracht.

⁷⁾ Die „Kommunisten“ entdeckten die antistalinistischen Tugenden Bucharins, der in die Liste der „großen Vorfahren“ aufgenommen wurde.

⁸⁾ Die angegebene Zahl stammt aus einem im Juli 1990 geführten Gespräch mit H. Erxleben, dem Verantwortlichen für Wahlfragen.

⁹⁾ Die befragten Gesprächspartner gaben an (und dies wird von westlichen Untersuchungen, z. B. von INFAS, bestätigt), daß die technische und wirtschaftliche Intelligenz zu den Konservativen oder Liberalen abgewandert ist, aber die Geisteswissenschaftler sich, nach einigen Wochen vorsichtigen Abwartens, massiv der PDS angeschlossen haben, offensichtlich aus Angst vor den gesellschaftlichen und beruflichen Eingliederungsschwierigkeiten, die sie mit der Wiedervereinigung zu erwarten haben.

¹⁰⁾ Unter den Intellektuellen dieser Gruppierungen sollten die Professoren Rolf Reissig und Lothar Bisky oder die „grauen Eminenzen“ wie André Brie und Jochen Willerding hervorgehoben werden.

anderen eher unter den Intellektuellen und den neuen Mitgliedern, wobei sie natürlich ebenfalls über erheblichen Rückhalt bei den ehemaligen SED-Mitgliedern verfügen.

Vor diesem Hintergrund stellt Gregor Gysi für die überragende Mehrheit der Anhänger die große Integrationsfigur dar und braucht deswegen heute nicht mehr die explizite Unterstützung einer Plattform oder Initiativegruppe, um die PDS zu führen. Nachdem es ihm gelungen ist, alle störenden „Kommunisten“ nachhaltig auszuschalten, kann er sich wahrscheinlich auf einen Apparat aus zuverlässigen Anhängern und Mitarbeitern auf allen Ebenen stützen.

„Kommunisten“ und „Erneuerer“ sahen sich einer dreifachen strategischen Notwendigkeit gegenüber: den Prozeß der politischen und verfassungsmäßigen Wiedervereinigung zu verlangsamen, indem man alle vorhandenen Spannungen zwischen den demokratischen Kräften auszuspielen suchte; das soziale und politische Gewicht der PDS zu verstärken, indem man mit allen politischen, sozialen und kulturellen Kräften zusammenarbeitete oder alle die Vereinnahmung, die der Wiedervereinigung ablehnend gegenüberstehen bzw. durch sie möglicherweise enttäuscht werden; und schließlich bis zur Wiedervereinigung auch im Westen eine politische Struktur aufzubauen, die es der PDS ermöglicht, sich landesweit als „linke Kraft“ zu etablieren, die ideologisch gesehen genau zwischen dem linken SPD-Flügel und den Fundamentalisten der GRÜNEN angesiedelt ist.

Um diese strategischen Überlegungen und Mechanismen anschaulich zu belegen, analysieren wir den Aufbau und die Arbeitsweise der „Kommunistischen Plattform“ der PDS¹¹⁾, zuerst innerhalb der eigenen Partei, dann bei der Zusammenarbeit mit anderen K-Gruppen und schließlich in den Beziehungen zum Westen¹²⁾.

Der „Kommunistischen Plattform“ (KPF) ist es in den wenigen Monaten ihres Bestehens¹³⁾ gelungen, in der PDS nicht nur auf regionaler Ebene, sondern auch DDR-weit und auf Länderebene Fuß zu fassen¹⁴⁾.

¹¹⁾ Einige theoretische Hinweise zu dieser Frage sind in folgenden Beiträgen zu finden: Diskussionsangebot: Thesen zur Konstituierung der marxistisch-leninistischen Plattform der Kommunisten in der SED/PDS vom 30. November 1989; Thesen zum inhaltlichen Selbstverständnis der Kommunistischen Plattform der SED/PDS vom 30. Dezember 1989.

¹²⁾ Die Angaben stammen aus dem Gespräch des Verfassers mit Fred Beuchel, dem Sprecher der Kommunistischen Plattform.

¹³⁾ Am 30. Dezember 1989: Konstituierung als „Kommunistische Plattform der SED-PDS“ in Buckow bei Berlin; 3. Januar 1990: erste Veröffentlichung des politischen Anliegens der Plattform im „Neuen Deutschland“.

sen¹⁴⁾. Sie behauptet, über mehr als 25 000 Mitglieder zu verfügen, insbesondere im Norden und Osten der DDR, mit Schwerpunkt in Berlin. Die Unterlagen, die wir einsehen konnten, sowie die geführten Interviews zeigen, daß diese kommunistische Strömung nichts von ihren traditionellen organisatorischen Praktiken eingebüßt hat. Die Kommunisten machte sich zum Grundprinzip, jede wichtige Kommission der PDS durch eine autonome Struktur zu doppelten, und die Führungskräfte der KPF über, wenn möglich, eine Doppelfunktion auf der Ebene der organisatorischen Einheiten aus. In den fünf wichtigsten Kommissionen der PDS (Partei- und Wirtschafts-, Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik, Internationale Politik, Politisches System, Umwelt), sind kommunistische Zellen eingesetzt um „das sozial-demokratische Wesen der PDS abzumildern“¹⁵⁾ und um zu versuchen, bei den ständigen Verhandlungen zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen eine zumindest traditionelle Haltung durchzusetzen. Diese Fraktion strebt ganz offen einem Bruch mit der PDS entgegen und bereitet sich darauf auch organisatorisch vor. Sie versucht, sich eine unabhängige Finanzierung zu sichern, eigene Führungskräfte auszubilden, die FDGB wieder Fuß zu fassen, und unterstützt die im Umkreis der FDJ-Überreste entstanden marxistisch-leninistischen Jugendorganisationen. Seit der Ankündigung, in der DDR wieder Länderebene zu gründen, und der damit verbundenen Bildung von regionalen Niederlassungen der PDS zog die KPF am 14. Juli mit der Gründung der ersten regionalen kommunistischen Vertretung in Dresden nach.

Außerhalb der PDS unterstützt die „Kommunistische Plattform“ auf dem Gebiet der DDR die „Neuen“, eine kommunistische Splittergruppe, finanziell¹⁶⁾ und arbeitet, nach anfänglichen Spannungen, mit der noch viel kleineren KPD zusammen. Diese zwar unauffällige, aber wirkungsvolle Zusammenarbeit mit den (oder Bevormundung der) K-Gruppen hat sich nach deren Wahlniederlage im März fast zwangsläufig verstärkt. Ziel der KPF ist es, diese Mini-Gruppierungen am Leben zu erhalten, ja sie regional zu unterstützen, um sie im Falle

¹⁴⁾ Die wichtigsten Vertreter der kommunistischen Tendenz sind: Fred Beuchel (Sprecher); Andre Kokoschko (Organisation); Karsten Wildanger (Jugendarbeit). Die Kommunistische Plattform verfügt über acht Kommissionen, die den der PDS entsprechen und diese ergänzen: politisches System und Parteileben; Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik; Internationale Politik; Kultur; Bildung und Wissenschaft; Umweltpolitik; Frauen; Medien und Bildung, Europäische Linke. Die Plattform hat auch einen „Wissenschaftlichen Rat“ gebildet. Auf Landesebene hat sich die Plattform Anfang August von der Grundstruktur auf Bezirksebene Landesverbänden weiterentwickelt.

¹⁵⁾ Gespräche mit Fred Beuchel im März und Juli 1990.

¹⁶⁾ Dies wird aber energisch von Michael Czollek, dem Sprecher der „Neuen“, bestritten.

eines Bruchs mit der PDS für die Gründung einer klassischen kommunistischen Partei auf deutschem Boden zu benützen.

Im deutsch-deutschen Rahmen machten die Verantwortlichen der KPF keinen Hehl aus ihren Sympathien für eine von ihren Erneuerern „gereinigte“ DKP, aber auch für ex-maoistische Gruppierungen, die im Westen aktiv sind.

Bestimmt man abschließend die politischen Prioritäten der PDS als Ganzes und die des kommunistischen Flügels im besonderen, so scheint der Konflikt sowohl für die Wochen der Vorbereitung auf gesamtdeutsche Wahlen als auch für die Zeit danach unabwendbar. Die PDS mußte sich, um zu überleben, organisatorisch und wahlstrategisch auf Westdeutschland ausdehnen. Auf der Grundlage marxistischen und antikapitalistischen Gedankenguts, das stark durchsetzt ist von berechneter Spontaneität und ökologisch orientierter Politik, versucht sie nun, ihr modernistisches und antistalinistisches Image zu popularisieren. Die PDS kann die gesamtdeutsche Wahlentscheidung nur überleben (d. h. die Fünf-Prozent-Schranke überwinden), wenn sie zum Motor einer äußerst heterogenen linken Sammlungsbewegung wird, die von den Trotzlisten in der SPD (Gruppe „Vorwärts“) über die Reste linker Splittergruppen und „grünen“ Fundamentalisten bis hin zu den Erneuerern aus den Reihen der DKP reicht. Der Preis, den die PDS dafür bezahlen muß, ist ein verstärkter ideologischer Pragmatismus, eine weitere Umwandlung ihrer Parteistruktur und die Ausschaltung persönlicher oder ideologischer Überreste aus der SED-Epoche.

Der „Kommunistischen Plattform“, die sich zum Ziel gesetzt hat, die „noch gültigen proletarischen Organisationsprinzipien“ trotz der stalinistischen Pervertierung „zu erneuern und zu neuem Leben zu erwecken“¹⁷⁾, wird es vermutlich nicht gelingen, sich der neuen Lage anzupassen. Im Falle eines Scheiterns der PDS bei den Dezemberwahlen wird dieser Flügel sich vermutlich mit den fundamentalistischen und der PDS skeptisch gegenüberstehenden Strömungen in der DKP und sicherlich auch mit bestimmten Maoisten zusammenschließen, um eine eigenständige Partei zu gründen oder besser gesagt eine ultraorthodoxe Sekte, die auf „die ruhmvolle Vergangenheit der internationalen kommunistischen Bewegung“¹⁸⁾ eingeschworen sein wird.

2. Die K-Gruppen in der DDR

Die detaillierte Analyse der Beziehungen zwischen PDS und kommunistischer Plattform erlaubt es,

¹⁷⁾ Siehe Anm. 16.

¹⁸⁾ Vgl. ebd.

sich bei der Beschreibung der K-Gruppen auf das Wesentliche zu konzentrieren. Die wichtigste dieser Gruppen, die von Michael Czollek angeführten „Nelken“¹⁹⁾, sind nicht mehr als eine Splittergruppe, die Ende März 1990 nur noch 550 Mitglieder zählte. Der Parteiapparat ist mit drei bis vier Mitarbeitern in Berlin und mehreren Dutzend Freiwilligen in den Bezirken der DDR sehr schwach besetzt. Das Gesetz über die Wahlkampfkosten-Rückerstattung hat der Kasse der „Nelken“ zwar ca. 500 000 Ostmark beschert, die es ermöglichten, wenigstens das Nötigste an Arbeitsmitteln anzuschaffen, die aber nicht ausreichten, um eine Wahlkampagne für die am 6. Mai stattfindenden Kommunalwahlen zu finanzieren. Diese organisatorische Schwäche hatte die Nelken schon während des Wahlgangs im März 1990 gezwungen, ein Bündnis mit der Vereinigten Linken einzugehen. Der als Vertreter dieser Koalition in die neue Abgeordnetenkammer gewählte Thomas Klein ist übrigens ein klassischer Marxist, der den „Nelken“ ideologisch sehr nahe steht und sich in mehreren Stellungnahmen für eine kommunistische Plattform ausgesprochen hat, nicht aber für die KPF, die er mit Nachdruck als stalinistisch bezeichnet²⁰⁾.

Die Vereinigte Linke²¹⁾ ist ihrerseits eine Vereinigung aus etwa einem halben Dutzend von Gruppen und Strömungen, die von den Anarcho-Syndikalist bis zu den „kritischen Marxisten“²²⁾ reicht. Die ausgeprägte Heterogenität der in dieser „radikalen und sozialistischen Koalition“ zusammengefaßten Kräfte ist zugleich die Ursache für deren Lähmung. Nichtsdestoweniger gelingt es den traditionsgebundenen Marxisten um Klein (der von den „Nelken“ und einem von PDS-nahen Mitgliedern angeregten antifaschistischen Bund unterstützt wird) sogar nach der Enttäuschung der Wahlniederlage im Mai noch immer, die Anhängerschaft mehr oder weniger fest „im Griff“ zu haben.

¹⁹⁾ Die Aussagen stammen aus einem Gespräch, das der Verfasser Ende März mit Michael Czollek geführt hat. Der wichtigste Text dazu ist: Die Nelken, Grundsätze und Ziele, Berlin 1990, S. 1–10; Satzung, Bochum, S. 1–5.

²⁰⁾ Aus dem Gespräch des Verfassers, das Ende März mit Thomas Klein geführt wurde. Klein war immer ein überzeugter Kommunist, aber seine kritische Einstellung machte ihn zum Stasi-Opfer (Berufsverbot und Gefängnis). Unter diesen Umständen hat er Gregor Gysi kennengelernt, der zu seinem Pflichtverteidiger berufen wurde. Klein bezeichnet Gysi als brillanten und systematischen, aber eiskalten Analytiker, als ehrlichen und wahren antistalinistischen Kommunisten. Alle Gesprächspartner waren sich übrigens in diesen Punkten einig. Klein scheint eine persönliche Antipathie gegen Beuchel zu haben, was die Zusammenarbeit der Kommunisten untereinander besonders erschwert.

²¹⁾ Siehe u. a. Vereinigte Linke, Statut der Vereinigten Linken. Was will die Vereinigte Linke, Heft Nr. 2 vom Februar 1990.

²²⁾ Nur die Trotzlisten gehören nicht dazu und haben bereits vier Parteien oder Bewegungen in der DDR gegründet.

Die KPD, die weniger als 200 Mitglieder zählt und über keinen Parteiapparat mehr verfügt, überlebt am äußersten Rand der kommunistischen Splittergruppen nur dank des massiven Einsatzes der verbleibenden Anhänger und dank der sporadischen Unterstützung durch die kommunistische Plattform.

Alle diese Gruppierungen sind, insbesondere seit Gysis persönlichem Sieg und ihrer eigenen Wahlniederlage, einerseits von dieser neuen Führungspersönlichkeit fasziniert, wehren sich aber andererseits immer energischer gegen die überragende Rolle, die die PDS unter den Linken der DDR (und nun auch der gesamten Bundesrepublik) spielen will. Taktisch gesehen blieb diesen Gruppierungen keine andere Wahl, als jedem Slogan und allen politischen Offensiven der PDS zu folgen, die darauf abzielten, den Prozeß der Wiedervereinigung zu verzögern.

Nach der vorläufigen Einführung der Fünf-Prozent-Sperrklausel und der Zulassung von Listenverbin-

dungen im mittlerweile revidierten Wahlgesetz sahen die K-Gruppen keine andere Möglichkeit, als auf den Landeslisten der PDS mit zu kandidieren, wollten sie nicht völlig von der politischen Szene verschwinden. Obwohl die endgültige Zusammensetzung der PDS-Listen in der DDR bis dato noch gar nicht bekannt war, galt schon als sicher, daß die Vereinigte Linke offiziell darauf vertreten sein würde. Zunächst zum Abwarten verurteilt, haben sich alle kommunistischen Bewegungen bereits eine Alternativ-Strategie zurechtgelegt. Im Falle eines Scheiterns der PDS könnte die „Kommunistische Plattform“ sich relativ schnell von der PDS trennen, sich mit der KPD und einem Teil der „Nelken“ zusammenschließen und sich letztendlich mit den Resten der bundesdeutschen DKP vereinen.

Diese Entwicklung ist aber für Klein nicht sehr wahrscheinlich, weil er den „Orthodoxen in der PDS“, der KPF, mißtraut und sich eher zu den Gysi gegenüber ablehnend eingestellten GRÜNEN-Fundamentalisten hingezogen fühlt.

II. Die Weststrategien

„Der Niedergang der Linken in der Bundesrepublik und ihr organisatorischer Zerfall in unzählige Kleinstgrüppchen verurteilt uns praktisch zur Handlungsunfähigkeit. Es stellt sich auf längere Sicht die Frage nach unserem Überleben, und das hängt, nach dem Sieg der Konservativen in der Bundesrepublik davon ab, ob wir es schaffen, uns im gesamtdeutschen Raum neu zu organisieren und uns dem neuen Kräftegleichgewicht, das von der PDS mit 16 Prozent der Stimmen dargestellt wird, anzupassen.“²³⁾

Diese bittere Feststellung eines Erneuerers spiegelt gleichzeitig die Gemütslage und die Hauptsorge der Betroffenen wider: erst das nackte Überleben, danach die Wiedergeburt einer linken Strömung im neuen politischen Spektrum eines wiedervereinigten Deutschlands.

Ähnlich wie schon am Beispiel der DDR untersucht, wenden wir uns nun dem „Überlebenskampf“ der drei Hauptrichtungen der kommunistischen Bewegung im Westen (der DKP, den Erneuerern und der SEW) zu und werden versuchen, auf die Verbindungslinien der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der DDR einzugehen.

²³⁾ Meinungs austausch mit Dieter Dörflinger am 1. April 1990, der zu den führenden Persönlichkeiten der Erneuererbewegung zählt.

1. Die DKP

Ellen Weber, Vize-Vorsitzende der DKP (und früher Honeckers treuergebene Aufpasserin in ihrer Partei), hat in ihrer Eröffnungsrede²⁴⁾ des 10. Parteitages ihr Ohnmachtsgefühl folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: „Genossinnen und Genossen, wer das letzte Jahr vor Augen hat, weiß, daß wir alle von raschen, sich stürmisch entwickelnden Ereignissen mehrfach überholt – oder besser überrollt – worden sind. . . Ein Zeitalter geht zu Ende, ohne daß die Konturen des zukünftigen Weges der linken und Fortschrittskräfte schon deutlich sichtbar sind. . . Die Erschütterungen über unsere Fehler sind groß.“²⁵⁾ Die Führung der Partei äußerte sich ebenfalls in diesem Sinne und erklärte: „Zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte befand sich die DKP in einer so tiefen Identitäts- und Existenzkrise wie gegenwärtig. Es handelt sich um eine politische, ideologisch-theoretische und organisatorische Krise, die zugleich Teil und Ausdruck tiefer Krisenprozesse in der internationalen kommunistischen Bewegung ist. Große Mitgliederverluste, ein fast völliger Verlust der politischen Handlungsfähigkeit, Zerfall und Auflösung ganzer Parteiorganisationen und Vorstände, Rück- und Austritte von Vorstandsmitgliedern und Mandatsträgern, Verlust

²⁴⁾ Der Parteitag wurde am 24. und 25. April 1990 in Dortmund abgehalten.

²⁵⁾ Ellen Weber, Eröffnung des 10. Parteitages der DKP, Manuskript S. 1.

des Vertrauens vieler Mitglieder in die Fähigkeit und Glaubwürdigkeit von Vorständen, insbesondere des Parteivorstandes und seines Präsidiums und Sekretariats sowie ein verbreitetes Gefühl der politischen und theoretischen Orientierungslosigkeit und starke Zweifel am Sinn des Kampfes kennzeichnen die innerparteiliche Lage. Die Finanzkrise der Partei erzwang die abrupte Auflösung des bisherigen hauptamtlichen Apparats. Die UZ mußte als Tageszeitung eingestellt werden, ihre Weiterführung als Wochenzeitung ist noch zu erkämpfen. Die Existenzkrise des Sozialismus, seine in Massenaktionen unzufriedener Menschen sichtbar werdende politische Instabilität, die Deformationen der sozialistischen Demokratie sowie die im Zusammenhang damit aufgedeckten moralischen Verfallserscheinungen haben zu einer tiefen Erschütterung, Verunsicherung und Verbitterung vieler Parteimitglieder geführt.²⁶⁾ Diese Hellsichtigkeit, die mit einem Aufruf zu „einer tiefgreifenden Erneuerung“ der DKP einherging, könnte den Eindruck vermitteln, die Partei habe aus der erlebten Erneuerungskrise und den Ereignissen in der DDR gelernt.

In Wirklichkeit aber war dieser Parteitag nur ein Unternehmen, um die übriggebliebenen Mitglieder abzuschotten und auf die Linie des traditionalistischen Parteiapparats einzuschwören. Die 311 anwesenden Delegierten²⁷⁾ repräsentierten, nach Angaben der alten Parteiführung, mehr als 20 000 Mitglieder²⁸⁾. Die wenigen noch unter den Delegierten verbliebenen Oppositionellen²⁹⁾ dagegen erwähnten viel niedrigere Zahlen; sie sprachen von ca. 10 000 Mitgliedern, davon nicht mehr als 7 000 Beitragszahlenden³⁰⁾.

Der Parteitag befaßte sich mit fünf Hauptthemen, die für die Analyse der wechselseitigen Beziehungen mehr oder weniger wichtig sind: die Deutsche

²⁶⁾ Geschäftsbericht des abgewählten Parteivorstandes, in: Rechenschaftsbericht an den 10. Parteitag, UZ-Eigenbeilage Nr. 11 vom 16. März 1990, S. 2.

²⁷⁾ Über die Zusammensetzung der Delegierten siehe: Bericht der Mandatsprüfungskommission.

²⁸⁾ Die DKP gab damit offiziell zu, innerhalb eines Jahres 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren zu haben.

²⁹⁾ Unter den Delegierten waren nur noch zehn bekannte Vertreter der Erneuerer. Die Richtung, die bis November 1989 als „Tendenz Mitte“ bezeichnet und von Rudi Maurer, dem Bezirksvorsitzenden von Hessen, angeführt wurde, bildete mit dreißig Sympathisanten die letzte kritische Bastion, die sich der Gleichschaltung der DKP durch die Traditionalisten widersetzte. Seit der Gründung einer PDS im Westen arbeitet die „Tendenz Mitte“ am Organisationsvorhaben mit.

³⁰⁾ Zum Beispiel zählte der Bezirk Rheinland-Pfalz im März 1990 nur noch 190 Mitglieder (davon 90 Aktive), der größte davon, der Kreis Westerwald, hatte 23 Mitglieder. In Hamburg (Quelle: Gehrke) hatte die DKP nur noch 500 bis 600 erfaßte Anhänger, darunter 200 bis 300 Aktive, ohne eine einzige DKP-Betriebsgruppe.

Frage³¹⁾; die Finanzkrise der Partei³²⁾; die neue Parteisatzung³³⁾; Personalfragen³⁴⁾; das weitere Vorgehen, insbesondere im Falle einer Auflösung der DKP und ihrer Umwandlung zur PDS³⁵⁾.

Die Wahl der neuen DKP-Führung verlief ohne sonderliche Überraschungen, da die Namen der zukünftigen Gewählten bereits seit Februar in der Partei im Umlauf waren. Der kranke Herbert Mies verschwand ebenso von der politischen Bühne wie, dem Anschein nach, alle anderen früheren Parteiverantwortlichen (mit Ausnahme von Ellen Weber). Letztere wurden zwar, auf dem Papier, von Mitgliedern des innersten Kreises ersetzt, sie behielten aber, als graue Eminenzen im Hintergrund, all ihre früheren Machtbefugnisse. Die einzige Neuerung war die Wahl von vier Parteisprechern anstelle eines einzigen Vorsitzenden: Heinz Stehr, Anne Frohnweiler (eine Verlegenheits- oder Alibilösung, da Ellen Weber dieses Amt nicht bekleiden konnte und keine andere Frau sich dieser Aufgabe stellte), Helga Rosenberg und Rolf Priemer – ihre Lebensläufe lassen keinen Zweifel über ihre Treue zum Fundamentalistischen Parteiflügel zu³⁶⁾.

Die Parteiführung wurde auf 46 Mitglieder, darunter 50 Prozent Frauen, reduziert und besteht wie die Revisionskommission und die Schiedskommission aus altgedienten Parteifunktionären, die sich in den vergangenen Jahren im „gegenreformatorischen“ Kampf bewährt hatten. Um eine sofortige Abspaltung der „gemäßigten“ Richtung zu verhindern, wurden zwar zwei Vertreter aus deren Reihen gewählt, sie sind aber in einer streng orthodoxen Führungsmannschaft zur Ohnmacht verurteilt. Das Ausmaß der sich zunehmend versteifenden Haltung

³¹⁾ Über die Deutsche Frage vgl. den unveröffentlichten Einführungsvortrag von Helga Rosenberg, Positionen. Arbeiten aus der AG Deutschlandpolitik I vom 24. März 1990; vgl. Zur Deutschlandpolitik der DKP, den Initiativantrag und die politische Entschliebung.

³²⁾ Rechenschaftsbericht an den 10. Parteitag, UZ-Eigenbeilage Nr. 11 vom 16. März 1990, sowie der Bericht der Zentralen Revisionskommission.

³³⁾ Rolf Priemer, Reorganisation und Statut; Anträge zu den Entwürfen der Neufassung des Statuts, der Schiedsordnung sowie der Beitrags- und Finanzordnung der DKP.

³⁴⁾ Rechenschaftsbericht an den 10. Parteitag (Anm. 32); Stellungnahme des Parteivorsitzenden Herbert Mies. An die Delegierten des 10. Parteitages der DKP, in: UZ vom 16. März 1990.

³⁵⁾ Thesenpapiere des Parteitags, Dortmund 1990. Zum Neubeginn und zur Neuformierung der DKP. Überarbeiteter Entwurf; Peter Oberhaus, Initiative für die Partei des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik, ders., Plädoyer für einen demokratischen Sozialismus; Stellungnahme von Gregor Gysi.

³⁶⁾ Die Macht ist in den Händen von Priemer und Stehr; sie stützen sich auf eine Schattenmannschaft, die die Parteigeländer, die Kadersektion, die Marx-Engels-Stiftung usw. kontrollieren (Kurt Fritsch, Fritz Noll, Uwe Eichholz, Horst Krämer, Wilhelm Sprenger und natürlich Ellen Weber).

verraten einzelne Passagen der neuen DKP-Satzung³⁷⁾. Um ihren angeblich „erneuerten“ Ansprüchen gerecht zu werden, erlaubt die DKP ihren Mitgliedern, in den Basisgruppen (Stadtteil-, Betriebs-, Hochschulgruppen) die Entscheidungen der Partei oder der Verantwortlichen intern zu kritisieren.

Jede „öffentlich“ geäußerte Kritik ist laut Satzung ausdrücklich verboten. Im Falle von abweichenden Meinungen zu den auf einzelnen Parteebenen getroffenen Entscheidungen haben die Anhänger der jeweiligen Meinung das Recht, sich zur Beratung zu treffen — aber nur unter der Bedingung, daß sie dabei keine Fraktion bilden, d. h. keine Gruppe mit eigenen Ordnungsprinzipien, eigenen Strukturen und politischen Diskussionsplattformen. Somit behielt sich die DKP alle Möglichkeiten offen, um im Falle des Entstehens einer neuen parteiinternen Opposition die Abweichler bequem und rechtlich einwandfrei auszuschalten. Das Fehlen einer derartigen in der Satzung verankerten Möglichkeit, die bisher nicht zu den Organisationsgrundsätzen der Partei gehört hatte, hatte sich während des Kampfes gegen die Erneuerer als schwerwiegender Mangel erwiesen.

Diese Verschärfung in der Satzung stand in logischer Verbindung zu der von der neuen Führung beschlossenen orthodoxen Strategie. Diese sah sich mit dem Vorschlag eines Fundamentalisten konfrontiert, der nicht mehr an die Stabilisierung der eigenen Mitgliederzahlen glaubte (Peter Oberhaus, ehemaliger Organisationssekretär des Bezirkes Westfalen-Ruhr), und daher die Delegierten dazu aufrief, die DKP aufzulösen und sie in eine West-PDS umzuwandeln. Da eine solche Entscheidung aber kurz- wie mittelfristig für die PDS äußerst gefährlich hätte werden können, versuchte diese, mit der alten und der neuen Führung der DKP eine Vereinbarung zu erzielen, um eine derartige Option abzublocken. Daraufhin wurde eine Art von Rahmenabkommen getroffen, das zweifellos den endgültigen Bruch der organisatorischen Beziehungen zwischen der PDS und der DKP darstellt. Gregor Gysi verfaßte eine an die Delegierten gerichtete Botschaft, in der er sich für die „vergangenen Fehler der SED“ entschuldigte, die zum Niedergang der DKP führten. Was die Delegierten aber nicht wissen konnten, war, daß bereits im Februar die PDS an die DKP „Schadensersatz“ gezahlt hatte. Ost-Berlin hatte in der Tat einen Betrag von 6 Mio. DM überwiesen, um die „sozialen Kosten“

³⁷⁾ Der Absatz 2 der Parteistatuten von 1969 (Rechte und Pflichten) wurde abgeändert, ein neuer Absatz (Entscheidungsprozesse und Beschlüsse) eingefügt.

der im Dezember entlassenen hauptamtlichen Mitarbeiter zu decken³⁸⁾.

Unter dem wachsamen Auge einer starken PDS-Delegation³⁹⁾ schaffte Heinz Stehr eine beachtliche Koordinationsleistung aller im Saal Anwesenden. Er zeigte auf, daß die PDS keine kommunistische Partei sei, sondern eine Ansammlung von sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Strömungen und Traditionen. Aus diesem Grunde sei die PDS als Partei keine Avantgarde der Arbeiterklasse und könne so mit dem Zwangsprinzip des Marxismus-Leninismus brechen. Er beschrieb die PDS als einen politischen Verband, dessen Wesensart und Zweckbestimmtheit typisch ostdeutsch sei. Die DKP dagegen bleibe eine „orthodoxe kommunistische Partei marxistisch-leninistischer Prägung“ mit einer gesamtdeutschen Berufung. Da sie die Interessen der Arbeiterklasse vertrete, könne ihr Wirkungsbereich selbstverständlich nicht auf Westdeutschland beschränkt bleiben. Die DKP unterstrich damit indirekt ihren Willen, gegebenenfalls als Konkurrenzpartei zur PDS aufzutreten. Aus organisatorischen Gründen verkündete die DKP ihre Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit den ehemaligen maoistischen Gruppierungen.

Die Deutschlandpolitik von DKP und SED wurde bei dieser Gelegenheit in einer Art Neubewertet, die eine beträchtliche Anzahl von Delegierten sichtlich entrüstete. Helga Rosenberg eröffnete den Anwesenden, daß die Kommunisten „seit jeher, geschichtlich betrachtet, Befürworter der deutschen Einheit“ gewesen seien und daß gerade Stalin als ein großer Verfechter dieses Gedankens gelte. Nach ihrer Einschätzung sei die Einheit Deutschlands längst beschlossen, und selbst wenn es gelänge, den Prozeß der Vereinigung zu verlangsamen

³⁸⁾ So Dörflinger (Anm. 23) und ein an die PDS gerichteter Protestbrief. Die Erneuerer waren empört, da sie bereits von der DKP abgefunden worden waren. Die Gelder wurden also nicht so verwendet, wie die PDS es sich gewünscht hatte, sondern wurden in den Wiederaufbau des hauptamtlichen Parteiapparats der DKP gesteckt. Die meisten neuen Mitarbeiter der Partei leben offiziell von der Arbeitslosenunterstützung. Die Erneuerer behaupten, daß jene monatlich zusätzlich ein Bargeldkuvert bekommen. Die DKP, so meint die gleiche Quelle, verfüge seit April 1990 über eine Gruppe von 50 hauptamtlichen bezahlten Mitarbeitern, die in drei Bereiche aufgeteilt sind: die technische Hauptstelle (Sekretärinnen, EDV-Fachkräfte sowie Ordnungs- und Bewachungsdienst), die ca. zehn Angestellte zählt; die Führungskader (der Sicherheitsapparat, das Sekretariat) mit ca. zwölf Mitarbeitern; letztendlich pro Bezirk wenigstens ein hauptamtlicher Mitarbeiter und einen einzigen hauptamtlichen SDAJ-Funktionär für die ganze Bundesrepublik. Diese Gruppe wird von einer Struktur von älteren, wiederingesetzten Anhängern abgesichert (hauptsächlich Rentner, die bereits in der KPD oder DKP Ämter innehatten).

³⁹⁾ Davon ist einer der Leiter der Westabteilung (Frieder Bubl). In dem Gespräch, das mit ihm auf dem Parteitag der DKP geführt wurde, hat er sehr klar zu verstehen gegeben, daß die PDS sich unbedingt vollkommen von der DKP abheben wolle.

men, um einzelne soziale Errungenschaften des Ostblocks zu retten, würde die DDR als Bezugs- und Vergleichspunkt nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Deutsche Kommunistische Partei stehe daher einer neuen Herausforderung und einer neuen geschichtlichen Aufgabe gegenüber: den Sozialismus vom Rhein bis zur polnischen Grenze aufzubauen!

Diese Erklärungen kamen der PDS sehr entgegen, weil sie die Gefahr eines als lästig empfundenen Anschlusses der „Berufsrevolutionäre“ der DKP bannten. Natürlich wissen Gysi und seine Berater, daß die DKP immer offener ihren „Reformismus“ kritisieren wird, aber für sie überwiegen die Vorteile. Einerseits kann die PDS zu gegebener Zeit die Enttäuschten der „erneuerten DKP“ aufnehmen, ohne die besonders unangenehmen Stalinisten alter Schule ebenfalls eingliedern zu müssen. Schließlich kann sie, wahlstrategisch gesehen, immer auf ihren demokratischen Charakter (im Sinne des deutschen Grundgesetzes) pochen, wenn sie distanzierend auf die Existenz eines orthodox-stalinistischen Klüngels hinweisen kann. Wie Ellen Weber zutreffend formulierte, endet damit die Epoche der Abhängigkeit des westdeutschen Kommunismus von Ost-Berlin.

Von März bis August 1990 versuchte die DKP die auf dem Parteitag festgelegte Linie fortzuführen, und gleichzeitig die Ungeduld und Unruhe an der Basis zu beschwichtigen. Die Beschleunigung des Wiedervereinigungsprozesses und die Öffnungsstrategie der PDS zur Linken brachte die DKP in eine sehr schwierige Lage⁴⁰).

Die von Stehr verkörperte, streng orthodoxe Richtung intensivierte ihre Annäherungsversuche an die Maoisten und an andere in der Bundesrepublik noch aktive K-Gruppen sowie an die „Kommunisten“ der DDR. Höhepunkt dieser Bemühungen war ein Treffen, das am 23./24. Juni in Leverkusen stattfand und am 4. und 5. August fortgeführt wurde. Die K-Gruppen und die DKP waren sich über die Notwendigkeit der zukünftigen Existenz einer „revolutionären Partei“ auf gesamtdeutschem Boden einig. In dieser Situation wurde das Wahlbündnis mit der PDS als taktische Notwendigkeit befürwortet. Die DKP und die K-Gruppen verlangten eine deutlichere Betonung des antikapitalistischen und antiimperialistischen Wesens dieser Linksvereinigung. Die mehr als reservierte Haltung der PDS unter Gysi bestätigte sich bei vier Kontakt-

treffen in Bochum, Münster, Essen und Düsseldorf, an denen Heinz Stehr und Bernd Meyer (Präsidiumsmitglied und Geschäftsführer der Volkskammerfraktion der PDS) teilnahmen. Meyer erteilte erneut jeder Perspektive eines möglichen Aufgehens der DKP in der PDS eine deutliche Absage und bestätigte die vorhandenen grundsätzlichen ideologischen Differenzen zwischen den beiden Parteien.

Nachdem auf dem Ende Juli in Köln-Kalk veranstalteten Parteitag eine Wahlpartei mit dem Namen „Linke Liste – PDS“ ins Leben gerufen wurde, ohne daß dabei die Kommunisten der DKP eine organisatorische Rolle spielen durften, schlug die DKP eine Strategie des Abwartens ein. Im Rahmen des Linksbündnisses forderte sie von der PDS die Möglichkeit, auf den regionalen Wahllisten der PDS Kandidaten unter dem Namen der DKP aufstellen zu können. Im Falle einer Absage der PDS wollte die DKP ihren Mitgliedern allerdings erlauben, sich in die Wahlstrukturen der PDS im Westen einzufügen, um eine neue Spaltung der Partei zum jetzigen Zeitpunkt zu verhindern.

Am 11. August dieses Jahres fand in Essen eine außerordentliche Sitzung des Parteivorstandes statt, bei der der stellvertretende Leiter der zentralen Wahlkommission beim Parteivorstand der PDS, Erxleben, anwesend war. Dabei zeichneten sich drei Richtungen ab: Die Mehrheit (darunter Helga Rosenberg und Friedhelm Kröll) willigte ein, die PDS in ihrem Wahlkampf im Westen praktisch ohne Gegenleistung zu unterstützen und somit die Bildung einer gesamtdeutschen PDS zu begünstigen; der traditionalistische Flügel (mit Fritz Noll und Ellen Weber), der dem ehemaligen DKP-Parteiparat entstammte, unterstützte das Unternehmen PDS widerwillig, nur um ein frühzeitiges Auseinanderbrechen der DKP zu verhindern; der „antirevisionistische“ Flügel mit Rainer Eckert wollte sich sofort auf das Gebiet der jetzigen DDR ausbreiten und die PDS bekämpfen.

Dieses Doppelspiel mit einer beträchtlichen Zahl ehemaliger DKP-Funktionäre aus der SED-Zeit erschien den Verantwortlichen gerechtfertigt, da diese Gruppe nicht an einen Erfolg der PDS glaubt und auf ihren Niedergang spekuliert. Die „Orthodoxen“ erwarten das Scheitern der „Reformer“, um dann mit dem Wiederaufbau einer revolutionären Partei zu beginnen⁴¹), deren Entwicklungsmöglichkeiten aber – selbst im Falle einer Fusion mit den K-Gruppen des Ostens und Westens – gleich Null zu sein scheinen.

⁴¹) Bericht der 3. Sitzung des Parteivorstandes und Antwort der PDS, in: UZ vom 3. August 1990, S. 6.

⁴⁰) DKP, Tagung des Parteivorstandes der DKP in Essen vom 5./6. Mai 1990, Referat und Beschlüsse, in: UZ-Eigenbeilage vom 11. Mai 1990, vgl. insbesondere die Rede von Rolf Priemer, S. 4–14. Siehe auch Heinz Stehr, Thesen zum Konzept einer kommunistischen Partei, in: UZ vom 25. Mai 1990, S. 11.

2. Die Reformströmung

Die Geschichte der Erneuerungsbewegung in der DKP zwischen 1987 und 1990 ist die Geschichte eines Mißerfolgs — ähnlich all jenen vergleichbaren Versuchen, die innerhalb der stalinistischen kommunistischen Parteien, z. B. Frankreichs oder Portugals, stattfanden.

Um die Ursachen dieses Scheiterns zu verstehen, muß man zwischen drei zeitlichen Abschnitten unterscheiden. In der *ersten Phase*, von 1987 bis November 1989, bildete sich in der DKP eine Opposition, die praktisch alle Parteiintellektuellen erfaßte und zudem ein Drittel der Parteiführung auf Bundesebene, ein Viertel der hauptamtlichen Mitarbeiter in den Bezirken, ein Sechstel der Mitglieder, die Jugendorganisation SDAJ und die Studentenorganisation MSB Spartakus. Das Problem dieser Opposition bestand darin, daß sie sich nicht geschlossen mobilisieren ließ. Je mehr die Krise der Partei zu Tage trat, um so stärker kam ihre ideologische und organisatorische Misere auf allen Ebenen des Parteiapparats und der Mitgliedschaft zum Vorschein. Zwar vermehrte sich die Reform-„Fraktion“ von Tag zu Tag, aber gleichzeitig verließen bedeutende Oppositionelle der ersten Stunde — der zähen innerparteilichen Machtkämpfe überdrüssig — die Partei. Gewiß, die „Erneuerer“ verfügten über gewichtige Bastionen (die drei Bezirke Rheinland-Pfalz, Hamburg und Bremen, die großen Kreise der DKP in Köln, Duisburg, Marburg und — zu einem geringeren Grad — München, sowie die SDAJ, der MSB und das IMSF); der Großteil der Parteifunktionäre und die Zentrale in Düsseldorf (und damit die Verfügungsgewalt über die finanziellen Mittel, die technische Infrastruktur, die Abteilungen für besondere Aufgaben, die Verlagshäuser, der Ordnerdienst, die Tageszeitung UZ) standen jedoch — aus finanziellen Gründen und aufgrund der Identifizierung mit der SED — loyal zu beharrenden Kräften und zur Achse Honecker-Mies-Weber.

Das Machtverhältnis zwischen Erneuerern und Traditionalisten hätte sich zugunsten der erstgenannten verändern können, hätte der Masse der DKP-Mitglieder glaubhaft vermittelt werden können, es gehe um die Wiederherstellung kommunistischer Identität. Statt dessen waren die geistigen Köpfe der Reformströmung (Werner Stürmann, Leiter der Abteilung Wissenschaft, Technik und Ökologie der DKP; die Vorsitzenden der DKP-Bezirke Rheinland-Pfalz, Bremen und Hamburg, Dieter Dörflinger, Dieter Gauthier und Wolfgang Gehrcke; Brigit Radow, Vorsitzende der SDAJ; Thomas Riecke, Vorsitzender des MSB Spartakus; Stephen Lehndorff, Vorsitzender des Kölner Kreises) in der Zeit von 1987 bis Mitte 1989 nicht in der

Lage, ihrer Vergangenheit völlig zu entfliehen. Bonahe alle in der DDR oder der Sowjetunion über lange Jahre geschult, fügten sie sich den Spielregeln des Apparats. Wie die Mitglieder eines Ordens beachteten sie die Statuten mit einer im Hinblick auf ihr Bildungsniveau und ihre Erfahrung mit kommunistischen Praktiken erstaunlichen Gutgläubigkeit. In ihrer Unfähigkeit, sich im Laufe von zwei Jahren auf eine gemeinsame Taktik zu verständigen, erlitten die Reformgruppen sowohl in den Bezirken als auch in den Nebenorganisationen Niederlage auf Niederlage, zumal sich der konservative Apparat der rückhaltlosen Unterstützung durch die SED erfreute.

Die mangelhafte Organisation wuchs sich zu einer Identitätskrise der Erneuerer aus. Schließlich war die Strömung in den Jahren 1987/88 wesentlich aus der Ablehnung gegenüber den Führungsmethoden der seit den fünfziger Jahren dominierenden KPJ-FDJ-Generation entstanden. Dahinter stand der Wunsch, der gut funktionierende, technisch und finanziell hervorragend ausgestattete Parteiapparat möge einer neuen Generation (derjenigen von 1968) übergeben werden. Die Revolte der sogenannten „Jungtürken“ hätte ohne die engen Bindungen zwischen dem Duo Mies-Weber und Honecker Erfolg haben können. Honecker fürchtete aber, ihm werde eines Tages Gleiches widerfahren und war daher darauf bedacht, zum einen die Gruppe seiner Getreuen (in der DDR wie in der Bundesrepublik) zu stärken sowie zum anderen jenen der oppositionellen Bewegung entgegenzutreten.

In dieser ersten Phase war die Popularität der Erneuerer an der Parteibasis relativ schwach, teils weil sich zunächst vieles hinter den Kulissen abspielte, teils weil die mittleren Kader und andere hauptamtlichen Mitarbeiter erst den Ausgang der Auseinandersetzung abwarten wollten. Die Reformer begannen nun, sich mit neuen ideologischen Attributen (z. B. antistalinistisch) zu schmücken. Den Prozedere theoretischer Umorientierung rechtfertigten sie in der mehr und mehr sichtbar werdenden politischen Ohnmacht der DKP, die sich wahltaktisch und organisatorisch unfähig gezeigt hatte, vom beträchtlichen Schwung der „Friedensbewegung“ zu profitieren. Mangels dauerhaften Kontaktes mit den „Massen“ hatte sich die Partei dazu drängen lassen, ihren Funktionsstamm immer stärker auszuweiten, und durch technische Perfektion, Publikationen und weitere Millionen dem immer offenkundigeren Bedeutungsverlust mehr schlecht als recht entgegenzuwirken. Das angebliche Wundermittel — tatsächlich aber eine organisatorische und dialektisch

⁴²⁾ Den besten Beitrag über die Gemütslage und die Einstellung der oppositionellen Parteikader lieferte bis jetzt Stephen Lehndorff, Aus dem Inneren der Festung, in: Korrespondenz — Erneuerung Extra, Köln 1990, S. 1–7.

Falle — nahte in der Gestalt Gorbatschows und dessen „Glasnost“. Ohne wirklich zu verstehen, was in der UdSSR geschah, wählten die Erneuerer das „Licht“ und appellierten an die Parteibasis, auf allen Ebenen mehr Transparenz zu fordern und zu praktizieren. Als Feinde wurden der demokratische Zentralismus und das ideologische Primat der SED „erkoren“. Die Erneuerer setzten sich darüber hinaus für eine strategische Öffnung gegenüber der ökologischen Linken ein. Da sie sich von einer Wahlteilnahme der DKP auf Bundes- oder Landesebene nichts mehr erwarten, richteten sich ihre Hoffnungen auf eine rot-grüne Allianz. Den Mißerfolg des DKP-Engagements in der Friedensbewegung vor Augen (die 5 000 neugewonnenen Mitglieder verließen die Partei nach weniger als zwei Jahren wieder), beunruhigt durch die Abschwächung der Kadermoral an der Parteibasis, verunsichert auch durch die Gleichgültigkeit der Jugend, trat man für eine Rolle innerparteilicher, organisatorischer und ideologischer Reformen ein, u. a. für eine Einengung des demokratischen Zentralismus, für eine Verjüngung der Kader, für das Recht auf Bildung innerparteilicher Zirkel, für eine Besetzung der Vorstände mit 50 Prozent weiblichen Mitgliedern sowie für die Öffnung nach „links“ und die Aufgabe des von der DDR auferlegten Opponierens gegen die Politik Gorbatschows.

Honecker wußte, daß Gorbatschow seinen Sturz wünschte, und mußte daher handeln. Er gab der Führungsgruppe um Mies den Befehl, die innerparteiliche Opposition um jeden Preis zu unterdrücken. 1989 riegelten die Traditionalisten den zentralen Parteiapparat ab und schürten, um Zeit zu gewinnen, mit Hilfe einer Gruppe von SED-Spezialisten Rivalitäten zwischen den Reformgruppen. Wie inzwischen bekannt geworden, zielte das Kalkül Ostberlins auf die Nachgiebigkeit der Parteibasis und auf eine Austrittswelle der Unzufriedenen. Im Verlaufe dieses Prozesses sollte die „Fraktion“ der Erneuerer isoliert, von finanziellen Quellen abgeschnitten und nach und nach mit sanftem Druck aus der Partei gedrängt werden.

Die Reformer begingen einen weiteren schweren Fehler, indem sie den eigenen Rückhalt in der Partei überschätzten. Statt offen gegen die Parteiführung aufzutreten und sich eigenständig zu organisieren — wie es von der Sowjetunion, allerdings ohne finanzielle Zusagen⁴³⁾, gewünscht wurde —, setzten sie auf dem Gipfel ihres organisatorischen Einflusses auf den Verbleib in der Partei und verbanden damit eine Doppelstrategie: Als Demonstration der eigenen Stärke sollte ein oppositioneller Parteitag veranstaltet und mit dem davon ausgehenden Elan ein außerordentlicher Kongreß der DKP

⁴³⁾ Die Unterlagen sind im Besitz des Verfassers.

einberufen werden, um dort den „neuen Kurs“ auf allen Ebenen der Partei durchzusetzen.

Der Frankfurter Erneuerer-Kongreß vom 20. bis 22. Oktober 1989⁴⁴⁾ war nur scheinbar ein Erfolg. Zwar versammelten sich dort mehr als 2 000 Kommunisten, deren politisches Spektrum von den grünen Fundamentalisten um Thomas Ebermann über Trotzisten aller Schattierungen und Angehörigen von K-Gruppen bis hin zu Sozialdemokraten des linken SPD-Flügels reichte, und auch in der programmatischen Arbeit wurden mit Ausführungen über die Krise des Marxismus, den Stalinismus und seine Verbrechen und über die Ökologiepolitik Fortschritte erzielt. Andererseits bot der Parteitag keine organisatorische Alternative zur DKP. Er zeigte im Gegenteil die Instabilität der Reformströmung, indem er Abspaltungsgefahren innerhalb der Erneuerungsbewegung offenlegte: nach rechts durch die Anhänger einer Linksentwicklung in der Sozialdemokratie und nach links (Gruppe „Stürmann“) durch den Übertritt von Kadern und Intellektuellen der DKP zu den GRÜNEN.

Ende Oktober 1989 schien alles durch das Warten auf den für Februar 1990 vorgesehenen Parteitag der DKP blockiert zu sein. In dieser Situation ereignete sich der für Reformer wie Traditionalisten völlig überraschende Zusammenbruch des SED-Regimes. Die Monate November und Dezember 1989 bildeten die *zweite Phase* in der Geschichte der DKP-Erneuerer, die mit dem Ende ihrer Existenz innerhalb der DKP ihren Abschluß finden sollte. Zwei eng miteinander verflochtene Mechanismen können als Ursache hierfür genannt werden: einerseits eine in vielerlei Formen zum Ausdruck gekommene Identitätskrise bei den einfachen Mitgliedern der DKP, die nun entdeckten, was vielen in der Parteiführung schon bekannt war, nämlich die Degeneration, Korruption und die Verbrechen des SED-Staates; andererseits der Zusammenbruch des DKP-Apparats aufgrund des Versiegens der bis dahin unablässig fließenden DDR-Finanzquellen.

Es mag als eine Ironie der Geschichte erscheinen, daß die Erneuerer viel härter vom Zusammenbruch des Apparats getroffen wurden als die Traditionalisten, in deren Hand sich die Parteizentrale, Immo-

⁴⁴⁾ Viele Beiträge wurden für den Parteitag in Frankfurt veröffentlicht, die interessantesten davon sind: Jan Priece. Thesen für ein neues Sozialismusverständnis, in: Streitschrift, (1989), S. 5–9; Werner von Haren/Bernd Hartmann. Ist eine moderne kommunistische Partei möglich, in: Streitschrift, (1989), S. 27–30; Thomas Riecke/Werner Stürmann. Rot in Grün? Zu organisationspolitischen Perspektiven revolutionärer Politik, in: Bibliothek Parteitag Erneuerung, S. 14–20.

bilien und die Druckerei befanden, die über Kontakte zu ostdeutschen Firmen und vor allem über die 15 Mio. DM in der Parteikasse verfügten⁴⁵). Die Erneuerer hingegen verloren alles: ihren Arbeitsplatz als Funktionäre, ihre Arbeitsräume, ihre finanziellen Ressourcen und damit die materielle Absicherung, um sich ganz dem politischen Kampf zu widmen. Am 31. Dezember 1989 hatten 95 Prozent der Erneuerer die Partei verlassen; sie kehrten in ihrer Mehrzahl der aktiven Politik den Rücken⁴⁶).

Von Januar bis April 1990, der *dritten Etappe* in der Geschichte der Erneuererbewegung, versuchten die ehemaligen DKP-Oppositionellen ihre im ganzen Bundesgebiet in vielen kleinen Zirkeln zerstreute Anhängerschaft in einer föderativen Struktur zu organisieren⁴⁷). Ausgehend von einem Büro in Köln um die Gruppen Lehndorff, Dörflinger und Gehrke⁴⁸), konnte ein lockeres Beziehungs- und Austauschgeflecht zwischen den ca. 1 500 politisch noch mobilisierbaren Ehemaligen der DKP aufgebaut werden.

Die Verbindungen zu Gysis PDS entwickelten sich in dieser Zeit immer besser, da es um deren Beziehungen zur DKP-Zentrale ebenfalls nicht mehr zum Besten stand. Nach einer Reihe von geheimen Treffen in Berlin⁴⁹) entschied sich die PDS für die Erneuerer. Ihnen wurde eine doppelte Aufgabe zugewiesen: Einerseits sollte in Westdeutschland eine offene Auffangstruktur gebildet werden, die als Keimzelle einer sich auf das Bundesgebiet ausdehnenden PDS genutzt werden könnte, andererseits sollte die Gründung von „wildem PDS-Nie-

⁴⁵) Dieser Betrag entspricht dem Beitrag der SED während des Zwischenspiels von Egon Krenz; ein Teil dieser Mittel wurde für die Wiedereingliederung der hauptamtlichen Mitarbeiter benutzt. Das Unternehmen kostete 7 Mio. DM (Quelle: Dörflinger).

⁴⁶) Ca. fünf Prozent davon haben sich den GRÜNEN angeschlossen (so die Gruppe um Stürmann).

⁴⁷) Mindestens sieben dieser neuen Gruppierungen sind schon vorhanden; in München das „Forum Demokratische Linke“; in Oldenburg das „Linke Forum“; in Mannheim die „Marxistische Initiative“; in Wiesbaden das „Forum Marxistische Initiative“. Die Erneuerer verfügen über eine Verbindungspublikation, die „Korrespondenz Erneuerung“, von der bis jetzt vier Nummern erschienen sind. Diese Zeitschrift hatte im März 1300 Abonnenten. Ein theoretisches Organ existiert seit März, „Z. – Zeitschrift Marxistische Erneuerung“, das vom „Forum Marxistische Erneuerung“ in Wiesbaden herausgegeben wird.

⁴⁸) Man kann von Gruppen sprechen, weil jede dieser Persönlichkeiten um sich eine Schar von Anhängern gesammelt hat (zu 80 Prozent sind es ehemalige Verantwortliche aus deren Bezirk oder Kreis).

⁴⁹) Der Verantwortliche und die graue Eminenz der PDS-Kontakte zu den Erneuerern ist André Brie (siehe auch eine Zusammenfassung seiner Ansichten: André Brie, Neuland vor dem Pflug, in: Volkszeitung vom 18. August 1990).

derlassungen“ im Westen unterbunden werden⁵⁰).

Vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung veranstalteten die Erneuerer vom 30. März bis 1. April 1990 ein Treffen in Köln⁵¹). Anwesend waren ca. 500 Teilnehmer aus der DDR, die alle Schattierungen der ostdeutschen Linken vertraten („Neue Linke“, KPD, Vereinigte Linke, Neues Forum, GRÜNEN etc.), vor allem aber auch zwei Mitglieder des Präsidiums der PDS, der Leiter ihrer Westabteilung und mindestens zehn ihrer Führungskräfte, die extra wegen dieses Treffens aus Berlin und Ostdeutschland angereist waren. Den Erneuerern gelang es, wenn auch unter bedenklichen Schwierigkeiten, die gesteckten Ziele durchzusetzen⁵²).

Im Glauben, daß dieser „Strategie-Kongreß“ der Beginn einer gesamtdeutschen Zusammenarbeit der Linken markiere, waren deren Anhänger zahlreich in Köln erschienen und erwarteten Beschlüsse über konkrete Strategien und Maßnahmen, die doch weder von der PDS noch von den Erneuerern beabsichtigt waren. Mit den altbewährten Methoden der Einflußnahme auf die Arbeitsgruppen gelang es den Erneuerern, ihre organisatorischen und ideologischen Vorstellungen in einer eiskalten Stimmungslage und einer Situation wachsender Unverständnisses zwischen den Anhängern aus der DDR und den anderen Teilnehmern durchzusetzen.

In einer „Übergangs“-Phase schufen die Erneuerer eine neue Struktur, die sie „Sozialistisches Forum“ nannten und die von einem 22köpfigen Kollektiv geleitet wurde. Die großen Persönlichkeiten der Vergangenheit (Lehndorff und Gehrke) waren nicht vertreten, weil das Übergewicht der ehemaligen DKP-Anhänger nicht zu augenscheinlich werden sollte und diese als erfahrene Taktiker für die Hand für die Zusammenarbeit mit der PDS behalten sollten⁵³). Die Erneuererbasis, die am Anfang mehrheitlich für eine sofortige Gründung der Partei eintrat, konnte dazu überredet werden, sich vore-

⁵⁰) Die Gefahr war sehr groß. In Hamburg und in München hatten jeweils 13 und neun alte Mitglieder der DKP und GRÜNEN die Schwelle unter dem wachsamen Auge der ganzen deutschen Presse überschritten. Aus Überraschung beging die DDR-PDS daraufhin einen Fehler, da Modrow (damals noch amtierender Ministerpräsident) sich für die Initiative aussprach, ohne sich mit Gysi zu beraten.

⁵¹) Einige theoretische Beiträge: Steffen Lehndorff, Linke sein nach der Niederlage des realen Sozialismus, Theoretische Diskussion in Köln am 3. April 1990, in: Thomas Metscher, Krise des Marxismus – Gedanken zur Diagnose und Überwindung, in: Korrespondenz Erneuerung Extra, Köln 1990, S. 1–11.

⁵²) Der wichtigste Einstiegsbeitrag stammt von Wolfgang Gehrke, Links neu, in: AK, Nr. 319 vom 28. Mai 1990, S. 22.

⁵³) Die Veröffentlichung der Erneuerer „Korrespondenz Erneuerung“ wird in „Sozialistisches Forum“ umbenannt.

dem „Sozialistischen Forum“ anzuschließen und die kommende Entstehung einer West-PDS abzuwarten.

Von Anfang April bis Ende Juli vollzog sich im Kreis der Erneuerer eine Art Klärungs- und Reinigungsprozeß. Die sehr heterogene Gruppe brach endgültig Ende Juni am Ende eines Geheimseminars auseinander, das in Ostberlin in Anwesenheit von André Brie stattfand. Mehrere führende Persönlichkeiten (Steffen Lehndorff, Bernd Hartmann u. a.) erklärten der PDS, daß sie nicht an die Chancen einer Ausbreitung im Westen glaubten⁵⁴). Wolfgang Gehrke dagegen brachte eine entgegengesetzte, organisatorisch und geopolitisch ausgerichtete Analyse vor: Da die PDS noch über beträchtliche finanzielle Mittel verfüge, sich im Osten feste regionale Stützpunkte bewahrt habe und die charismatische Ausstrahlung Gysis für sie spreche, sei die Möglichkeit gegeben, innerhalb des westdeutschen linken Spektrums in Abgrenzung zur SPD und stärker noch gegenüber den GRÜNEN an Profil zu gewinnen. Die Abspaltung der sogenannten „Radikalen Linken“ sei nur eine Zwischenstation im Zerfall der Ökologiebewegung und im Entstehungsprozeß einer neuen, breiten antikapitalistischen Front. Diese neue Bewegung habe keine Mittel zur Verfügung, stehe durch ihre politische Unfähigkeit dem Prozeß der Wiedervereinigung hilflos gegenüber und würde deswegen den Loreley-Klängen der PDS folgen, wenn diese im Hinblick auf ihre westdeutschen Wähler nur ihre sozialen, ökologischen und humanistischen Ansätze deutlich genug herausstellen würde.

Diese unterschiedliche Lageeinschätzung durch die als zuverlässig geltenden westlichen Führungskräfte ließ die PDS etwa zwei Wochen lang zögern. Die Beschleunigung der Wiedervereinigung, die drohende Beschlagnahmung des ehemaligen SED-Vermögens sowie die Entschiedenheit von Brie und Gysi gaben den endgültigen Ausschlag. Ab der ersten Juli-Woche begann die PDS, im Westen Fuß zu fassen und eröffnete vier Regionalbüros mit festangestellten Kräften und modernen EDV- und Kommunikationsmitteln⁵⁵). Der Verantwortliche dieser Logistik war und bleibt Wolfgang Gehrke, der von einem praktisch nur aus Erneuerern zusammengesetzten Team unterstützt wird. Für die Presse veranstaltete die West-PDS einen Gründungs-Parteitag am 28./29. Juli 1990 in Köln. Einige bekannte Neumitglieder wie Ulla Jelpke, ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete der GAL, und Michael Stamm,

Theoretiker der Öko-Linken, gaben der PDS den dringend benötigten Anschein einer ökologischen Sammlungs- bzw. Einigungsbewegung⁵⁶). Als weiterer Trumpf galt die Unterstützung durch Ibrahim Böhme, den ehemaligen Parteivorsitzenden der Ost-SPD, der seine Vorbehalte gegenüber Gysi abgebaut hatte.

Um sich schließlich bei den Wählern nicht dem Vorwurf aussetzen zu müssen, es würden nur ehemalige DKP-Anhänger aufgestellt werden, beschloß die PDS, diese nicht auf den vorderen Plätzen der Landeslisten zu plazieren⁵⁷).

Die Ereignisse dieser Wochen zeigen also ganz deutlich, daß es einem Teil der Erneuerer gelungen ist, ihr politisches Überleben durch die Anbindung an die PDS zu sichern — der Niedergang der DDR hat damit sein organisatorisches Erbe gefunden.

Die PDS mußte sich angesichts beschränkter taktischer Möglichkeiten in Westdeutschland zwischen der DKP und den Erneuerern entscheiden. Letztere scheinen im Hinblick auf eine Öffnung zur politischen Linken tatsächlich nützlicher zu sein als die Fundamentalisten der DKP. Für die Strategen der PDS scheint es in der Kürze der Zeit sinnvoller, sich auf die Strukturen und die Anhängerschaft der Erneuerer zu stützen und zugleich deren wirkliche Rolle im Parteiapparat der West-PDS hinter Mittelsmännern zu verbergen.

Die Zusammenstellung der Linken Liste/PDS war bereits abgeschlossen, als das Wahlgesetz, das bloße Listenbündnisse erlaubte, als verfassungswidrigerklärt wurde. Damit wurde wieder einmal die Strategie der PDS durcheinandergebracht. Die PDS beschloß daraufhin die Gründung von Landesverbänden im Westteil Deutschlands, deren Führung aus ehemaligen Mitgliedern der GRÜNEN und DKP-Erneuerern bestehen. Diese Entscheidung besiegelte den endgültigen Bruch zwischen der PDS und der DKP, die keine andere Wahl hat, als ihre verbliebene Anhängerschaft gegen die „Revisionisten der PDS“ in den Kampf zu schicken.

⁵⁶) Die Gründungsmitglieder waren Joachim Bischoff, Hamburg, Redaktion der Zeitschrift „Sozialismus“; Manfred Coppik, Offenbach, die Grünen; Prof. Frank Deppe, Marburg; Axel Eggebrecht, Hamburg, Publizist; Helga Genrich, Königswinter; Heinrich Hannover, Bremen, Rechtsanwalt; Bernd Henn, Salzgitter, Gewerkschaftssekretär; Ulla Jelpke, Hamburg, ehem. Bürgerschaftsabgeordnete GAL; Ingrid Kurz, Hamburg; Andrea Lederer, Hamburg, Redaktion „Arbeiterkampf KB“; Christiane Reymann, Hamburg, Journalistin „Sozialistisches Forum“; Prof. Herbert Schui, Hamburg; Michael Stamm, Hamburg; Inge Stolten, Hamburg, Autorin; Prof. Erich Wulff, Hannover. Stamm wurde Gysis Berater für Westangelegenheiten.

⁵⁷) Sie behalten aber trotzdem ein außerordentliches Gewicht im Westapparat der PDS.

⁵⁴) Nach Informationen von Bernd Hartmann.

⁵⁵) Das gesamte Wahlkampfmaterial soll aus der ehemaligen DDR kommen, inklusive Fernsehspots, die von der EMG, der Elektronischen Medium Forschungsgesellschaft mbH, dem neuen Spitzentechnologiezentrum der PDS, hergestellt werden.

3. Die Sozialistische Einheitspartei West-Berlins (SEW)

Der Zusammenbruch der feudalistisch-stalinistischen Kommandostruktur der SED traf die SEW mit voller Wucht. Geographisch und organisatorisch⁵⁸⁾ umschlossen vom Gebiet und dem System des „real existierenden Sozialismus“, war diese Partei der ständigen und direkten Kontrolle des SED-Apparats unterworfen. Die Führungskräfte der SEW gingen deswegen praktisch jeden Tag über die Grenze und stimmten jegliche Parteiaktivität in West-Berlin mit den taktischen und ideologischen Vorgaben der SED ab. Diese Koordinationspflicht belastete auf die Dauer die SEW so stark, daß sie – im Gegensatz zur DKP – am Ende der siebziger Jahre die Entstehung einer eurokommunistisch ausgerichteten Strömung in den eigenen Reihen erlebte und in den Jahren 1979/80 das Aufbegehren einer (allerdings rasch ausgeschalteten) Fraktion im Umfeld der Zeitschrift „Klarheit“ bewältigen mußte⁵⁹⁾. Trotz eines ständigen Mitgliederchwunds gelang es der SEW in den Jahren 1980 bis 1987, die bestehenden Strukturen zu stabilisieren und den vorhandenen Apparat mit Unterstützung der SED weiter auszubauen⁶⁰⁾.

Analog zur Entwicklung innerhalb der DKP, aber ohne dauerhafte Verbindungen zu den Erneuerern im Bundesgebiet, formierte sich in den Jahren 1987 bis 1988 eine kritische Strömung. Das Sekretariat des Parteivorstandes als Sprachrohr der Kritiker der SEW⁶¹⁾ veröffentlichte im Jahre 1987 und insbesondere im Jahre 1988 eine Reihe von programmatischen Texten, die belegen sollten, daß die SEW ihren Berlin-Status als politische Partei – die zwar im politischen Leben der Stadt eine marginale Rolle spielte, aber nichtsdestotrotz eine klare kommunistische Alternative auf kommunaler Ebene darstellte – dazu hergegeben hatte, lediglich als lokale Interessengruppe auf den Berliner Senat einzuwirken mit dem Ziel, durch gezielten Druck auf die westliche Stadtverwaltung eine Finanzierung

⁵⁸⁾ Der Aufbau der SEW bis 1989: 12 Kreise, 170 Wohn- oder Betriebsgruppen; Mitgliederzahlen 1986: 4 500; 1987: 4 500; 1988: 4 100; Ende 1989: 3 200; im März 1990: 2 700; im April 1990: 1 600; im Juli 1990: 1 000.

⁵⁹⁾ Die Zeitschrift „Klarheit“, deren Auflage 1 000 Hefte erreichte (die erste bekannte Nummer stammt vom Monat November 1979) verstand sich als euro-kommunistisch und wollte eine Brücke zwischen dem Marxismus und der Umweltschutzbewegung schlagen.

⁶⁰⁾ Es ist schwer, die genaue Größenordnung einzuschätzen. Die einzige Angabe, die im Umlauf ist, benennt 100 hauptamtliche Mitarbeiter im Westen und einen SED-Haushaltsmittelzuschuß von 13 Mio. DM.

⁶¹⁾ Es handelte sich um Dietmar Ahrens, Klaus Feske, Harry Flichtbeil, Margot Granowski, Klaus-Dieter Heiser, Inge Kopp, Horst Schmitt, Jörg Kuhle, Mitglied des Politbüros und des Sekretariats der SEW-Führung, der für die organisatorischen Fragen zuständig war und zu den Loyalsten der Honecker-Gruppe zählte.

kommunaler Projekte zu bewirken, die zu bezahlen die SED nicht mehr im Stande war⁶²⁾. Zudem war dem Führungsapparat ebenso wie der Basis bekannt, daß bei den Wahlen im Januar 1989, wie schon bei vorhergegangenen Wahlgängen eine eindeutige Niederlage bevorstand. Die Strategie der Abgrenzung gegenüber SPD und GRÜNEN, auch wenn diese Parteien – wie auf landes- und kommunaler Ebene geschehen – eine linke Mehrheit ermöglichen könnten, resultierte aus den Vorgaben der SED, die eine bürgerlich-konservative Koalition für berechenbarer hielt.

Der Sieg der Sozialdemokraten und der ökologisch ausgerichteten Alternativen Liste bewies viele SEW-Anhängern, was für Beobachter schon lang offensichtlich war: Eine ganz auf das Vorbild der SED ausgerichtete kommunistische Bewegung war nicht nur zu einem Fremdkörper in der Gesellschaft und der Parteienlandschaft West-Berlins geworden, sondern wurde von dieser offen abgelehnt. Den besten Beleg dafür lieferte die Affäre um die Führung der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), die noch in den siebziger Jahren ein Hochburg intellektueller Linker war. Im Sommer 1988 wählte eine Delegiertenkonferenz der GEW eine Vorsitzende, deren Mitgliedschaft in der SEW allgemein bekannt war. Unmittelbar nach dieser Wahl begann in der Gewerkschaft eine heftige Auseinandersetzung, die im Austritt mehrerer bekannter Mitglieder, insbesondere sozialdemokratischer Pädagogen, gipfelte. Die Organisatoren der Anti-SEW-Kampagne bei der GEW brachten ein Manifest in Umlauf, das der neuen Vorsitzenden ihr Schweigen zu den Menschenrechtsverletzungen im Osten und zu der unterdrückenden Allein herrschaft des FDGB in Ostdeutschland vorwarf.

Trotz einer öffentlichkeitswirksamen Verurteilung dieses „beispiellosen antikommunistischen Feldzugs“ gegen die Erzieher aus den Reihen der SEW schaffte es die Partei nicht, einen Umschwung der Stimmungslage zu erreichen und konnte den Rücktritt der Vorsitzenden nicht verhindern. Unter den hauptamtlichen Mitgliedern und Betriebsratsfunktionären entwickelte sich ein kritischer Ansatz, der zwar noch nicht die Grundlagen der Partei (Marxismus-Leninismus und demokratischer Zentralismus) in Frage stellte, aber für eine Aufarbeitung folgender vier Themen eintrat:

⁶²⁾ Horst Schmitt, Die politische Hauptorientierung der Partei im Wahlkampf, aus dem Referat der 5. Tagung des Parteivorstandes der SEW, 20. April 1988, unveröffentl. Manuskript; Dietmar Ahrens, Zu einigen Fragen der ideologischen Arbeit der SEW in der gegenwärtigen Situation, aus dem Referat der 8. Tagung des Parteivorstandes der SEW, 16. Dezember 1988, unveröffentl. Manuskript.

— das Fehlen einer Auseinandersetzung um den stalinistischen Einfluß auf die KPD/SED in den Jahren 1945 bis 1952,

— die fehlende kritische Analyse der Geschichte der SEW seit ihrer Gründung am 21. Mai 1966,

— das Tabu, das bezüglich der Liquidierung der Fraktion „Klarheit“ verhängt wurde,

— die Möglichkeiten der Modernisierung einer kommunistischen Partei (unter dem Einfluß des „Aufrufs zur Abhaltung eines nationalen Kongresses der Erneuerung“, der von den Oppositionellen der DKP im April/Mai 1989 veröffentlicht wurde⁶³).

Die Führung der SEW hatte, trotz tatkräftiger und gezielter Unterstützung durch die Zentrale der SED, beträchtliche Schwierigkeiten, sich in der neuen politischen Landschaft West-Berlins zurechtzufinden, die gleichermaßen geprägt wurde durch die Regierungsübernahme der rot-grünen Koalition und durch das Aufkommen einer besonders aktiven, proletarisch gefärbten rechtsradikalen Partei — den Republikanern. Ein doppeltes ideologisches und strategisches Defizit kam dabei mit all seiner Wucht zum Tragen: einerseits das Scheitern im traditionellen antifaschistischen Kampf und andererseits die Unfähigkeit der Kommunisten, die ökologische Komponente zu erfassen (die ja von der SED in ihrer Industrialisierungspolitik der DDR vollkommen ignoriert wurde). Die Reaktion des Führungsapparates der SEW auf diese Entwicklung war traditionell-hausbacken: Es galt, Zeit zu gewinnen, um die kritischen Elemente zu isolieren und neue Gelder für die Partei zu beschaffen, die dazu dienen sollten, neue hauptamtliche Mitarbeiter einzustellen (und ein neues Netz von Abhängigkeiten aufzubauen) sowie das öffentliche Erscheinungsbild der SEW neu zu gestalten.

Die Parteizeitung, die Tageszeitung „Die Wahrheit“, verjüngte in dieser Zeit ihre Redaktionsbelegschaft und modernisierte ihr Layout. Auf ideologischem Gebiet rief die Führungsspitze die Partei zu einer Auseinandersetzung auf allen Ebenen auf. Um die Kontrolle über die Mitglieder zu behalten, richtete sie eine Anlaufstelle unter dem Namen „Kommission BERLIN und das Jahr 2000“ ein, deren erklärtes Ziel es war, das „Gesamtwissen der Partei“ in sich zu vereinen. Dieses Vorgehen sollte aber nach den Vorstellungen des Sekretariats der SEW⁶⁴ keinesfalls neue ideologische Richtungen

in die Welt setzen, sondern nur Überlegungen anregen, die dann von der zum 9. Parteitag eingesetzten Programmkommission „verarbeitet“ werden sollten. Die Themen, die den Mitgliedern als Denkanstöße dienen sollten, bezogen sich alle auf traditionelle Grundbegriffe und Wesensmerkmale kommunistischer Parteien: Klassenstrukturen, alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik, real existierender Sozialismus und Wesen der Partei, Konzeption für eine „anti-bürgerliche“ Geschichte der SEW. Der einzige Punkt, bei dem die Partei über ihren ideologischen Schatten sprang, war die Frauenfrage und die Einstellung zur entsprechenden Quotierung.

Die Diskussionen in den Arbeitsgruppen dieser Kommission wichen aber, trotz des Eingreifens der Traditionalisten, von der vorprogrammierten Linie ab und konzentrierten sich auf das Problem des demokratischen Charakters des real existierenden Sozialismus, der offensichtlich von einem immer größeren Teil der DDR-Bevölkerung in Frage gestellt wurde, aber auch auf die Fluchtbewegung ostdeutscher Bürger in die Bundesrepublik. Die bedingungslose Unterstützung der chinesischen Führung durch die SED während des Pekingener Aufstandes und die berühmt-berüchtigte Rede von Egon Krenz über die Notwendigkeit der Niederschlagung der Konterrevolutionäre⁶⁵) bewog die Mehrheit der SEW-Anhänger, sich dem Lager der Erneuerer anzuschließen, ohne jedoch in der Parteiführung die Macht übernehmen zu können.

Die SEW-Führung bereitete sich gerade auf eine Säuberung in ihren eigenen Reihen vor, als sie vom Zusammenbruch der SED im Oktober/November 1989 überrascht wurde. Die Berliner Partei und ihre Nebenorganisationen verloren dabei ca. 3 000 Mitglieder, d. h. ungefähr 40 Prozent ihres Bestandes. Die drastische Kürzung der finanziellen Unterstützung des SEW-Apparats führte zum Verschwinden aller an die Partei gebundenen oder unter ihrem Einfluß stehenden Gruppierungen. Im November 1989 beschloß die SED, die SEW aufzulösen⁶⁶), um deren Umschwenken in das Lager der Erneuerer zu verhindern. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, da die Auseinandersetzung zwischen den Traditionalisten um Egon Krenz und den Reformisten um Gregor Gysi noch heftig tobte. Nach dem Sieg der letzteren im Dezember beschloß die SED-PDS, die Reste der SEW, die die stalinistische Garde zum Großteil bereits verlassen hatte, zu stabilisieren.

⁶⁵) Egon Krenz verharmloste das Blutbad, das die chinesische Armee unter den Studenten anrichtete und sprach hauptsächlich von den Armeecopfern. Diese Rede ist einer der Gründe, die zu seinem Sturz und zum Erfolg des Reformgespanns Gysi-Modrow führten.

⁶⁶) Dies war nicht nur ein Bruch der Satzung der SEW, sondern auch ein Verstoß gegen das Parteien-Gesetz.

⁶³) Die Unterzeichnerliste dieses Aufrufes im Westen weist ca. 40 Führungsmitglieder der SEW auf (hauptsächlich Intellektuelle).

⁶⁴) Materialien der 13. Tagung des Parteivorstandes der SEW, in: Die Wahrheit, Dokumentation vom 4. August 1989.

Unter dem doppelten Druck Ostberlins und der Erneuererbasis traten die übrig gebliebenen Führungsmitglieder der SEW zurück⁶⁷⁾ und wurden durch eine sogenannte „Führungskommission“ aus 24 Mitgliedern ersetzt, deren Aufgabe darin bestand, einen außerordentlichen Parteitag zu organisieren, der über eine legale Auflösung oder ein Fortbestehen der Partei entscheiden sollte. Zu diesem Parteitag kamen am 17./18. Februar mehr als 800 Delegierte, die die noch vorhandenen 2 700 Mitglieder repräsentierten. Diese waren sich in der Beurteilung der Parteikrise weitgehend einig: Die Handlungsunfähigkeit der SEW resultierte aus ihrer totalen politischen und finanziellen Abhängigkeit von der SED⁶⁸⁾. Die totale Fixierung auf das System der „Staatspartei“ als einzigem Machtzentrum und als Richtschnur für den Aufbau des realen Sozialismus führte zu einer ideologischen Passivität, die dem Berliner Umfeld vollkommen unangemessen war. Letztendlich hatte der demokratische Sozialismus jegliche Regung eines kritischen Bewußtseins in der Partei erstickt und sie damit von den Massen und der restlichen Linken abgeschnitten. Über diese illusionslosen Feststellungen hinaus gingen die Meinungen über die Wege aus der Krise (Auflösung oder Fortbestehen) jedoch auseinander.

Unter dem Einfluß der PDS, die eine teilweise Wiederaufnahme der finanziellen Zahlungen andeutete, schlugen die Erneuerer vor, eine kritische Analyse der Geschichte der SEW zu schreiben und dabei die spezifische Rolle der „kommunistischen Politik“ zu beleuchten. Diese Überlegungen sollten zwar im Namen der Partei angestellt werden, die Mitwirkung sollte aber allen marxistischen, antiimperialistischen und antipatriarchalen Kräften offenstehen. Ein Fortbestehen der SEW wurde als unerläßlich erachtet, um ein Auseinanderbrechen der marxistischen Bewegung und eine endgültige Zersplitterung der Anhänger zu verhindern. Allerdings verfügten die Reformatoren über kein praktikables Organisationskonzept, um ihren Thesen Nachdruck zu verleihen, da sich die PDS angesichts des Kräftemessens der unterschiedlichen Tendenzen noch abwartend verhielt. Diejenigen, die – weil sie überzeugte Traditionalisten waren oder einfach mit

⁶⁷⁾ Dietmar Ahrens und Inga Kopp, die nach dem Tod des Vorsitzenden Horst Schmitt die Kontrolle über die SEW übernahmen, waren die Hauptverantwortlichen des „von oben eingeleiteten“ organisatorischen Zusammenbruchs der Partei. Die 60 in den Vorstand gewählten Mitglieder traten gemeinsam mit ihnen zurück.

⁶⁸⁾ Die Delegierten fanden heraus, daß die sogenannten SEW-Firmen, das Druckhaus Norden GmbH, der Zeitungsdruckdienst Berlin, die Verlags- und Druckerei GmbH, die Gründel Grundstücksgesellschaft und die Treuhand-Verwaltungs- und Organisations-GmbH TVO der schweizerischen Aktiengesellschaft ORVAG AG gehörten. Über die finanziellen Fragen sowie die Abhängigkeitsproblematik siehe: Zur Sache, in: DN-Dokumentation vom 18. März 1990.

ihrer Vergangenheit brechen wollten – für eine Parteiauflösung eintraten, sahen keine Zukunft für eine erneuerte kommunistische Partei auf theoretischen Grundlagen, die bereits seit zehn Jahren von der Ökologiebewegung vereinnahmt waren.

In einer überaus gereizten Stimmung bekam ein Antrag „Der Parteitag der SEW soll sich für die Auflösung der gesamten Partei aussprechen“ 365 Stimmen der 697 Delegierten, d. h. umgerechnet 52 Prozent. Eine erste Gruppe von 70 Delegierten verließ daraufhin den Saal. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag bereitete eine kleine Gruppe von Erneuerern einen neuen Antrag vor, der die Mitglieder der SEW dazu aufrief, die Einrichtung einer Übergangsorganisation zu unterstützen, die die Verbindung mit anderen Linksgruppierungen und Möglichkeiten zur Gründung einer neuen marxistischen Gruppierung prüfen sollte. Dieser Vorschlag blieb, obwohl er 393 Stimmen (62,7 Prozent) erhielt, genauso wirkungslos wie der erste Antrag, eine Änderung der Parteisatzung und, wichtig noch, eine Parteiauflösung nur durch eine Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden konnte. In dieser Patt-Situation verließen 50 Prozent der Delegierten den Tagungssaal. Formell bestand also die SEW fort. Ein Kern von 250 Delegierten wählte schließlich unter ziemlich chaotischen Umständen ein 11-köpfiges Führungsgremium (bestehend aus sechs Frauen und elf Männern), das gleichzeitig die laufenden Geschäfte der Partei erledigen und die Einberufung eines neuen außerordentlichen Parteitages vorbereiten sollte.

Dieser zweite Parteitag wurde am 28./29. April abgehalten und besiegelte das Ende der Geschichte der SEW. Unter der Führung von Ernst Welter, der aus seiner Sympathie für Gregor Gysi keine Hehl machte, aber auch unter dem Druck der PDS, die unbedingt die voreilige Gründung eines Abkommens in West-Berlin verhindern wollte, beschloßen die ca. 250 gewählten oder selbsternannten Delegierten – als Vertreter von theoretisch verbliebenen 1 600 Mitgliedern, davon weniger als 1 000 Beitragszahler – die Umwandlung der Partei in eine „Sozialistische Initiative“ (SI). In deren theoretischem Manifest fand sich, Wort für Wort, die ideologische Grundsatzerklärung der PDS mit der Aufzählung der „großen Vorfahren“ wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Antonio Gramsci wieder. Im Juni und Juli 1990 bemühte sich die SI intensiv um Kontaktaufnahme mit der Alternativen Liste. Ziel dabei war nicht, ein Abkommen mit der „Realos“ der AL zu erreichen, sondern diejenige Randgruppe ihrer Anhängerschaft anzusprechen, die den mit den Sozialdemokraten geschlossenen Kompromissen ablehnend gegenübersteht. Die PDS wartete die Änderung des Status quo in Berlin und die Gründung von „Unterstützungsi-

sten der PDS“ ab, um die SI vorsichtig abzuschaffen und danach offiziell in Westberlin Fuß zu fassen.

Im Juli verbuchte die SI einen ersten Erfolg, als eine aktive Gruppe die AL verließ und sich, unabhängig vom Appell Klaus Croissants⁶⁹⁾, für eine Zusammenarbeit mit der SI und für eine möglichen West-PDS aussprach. Die PDS wartete die Änderung des Status von Berlin und die Gründung von „Unterstützungslisten der PDS“ ab, um die SI vorsichtig abzuschaffen und danach offiziell in Westberlin Fuß zu fassen. Aber in Berlin veränderte sich die Lage nach dem gleichen Muster wie in der Bundesrepublik. Ende September bildeten sich Bündnisvereinigungen SI/LINKE LISTE/PDS, die sich aber wieder bereits Mitte Oktober auflösten. Die PDS nahm ab diesem Zeitpunkt den beschleunigten Aufbau ihrer Strukturen im ehemaligen Westteil Berlins in Angriff, um damit über eine wirkungsvolle Basisorganisation für die Bundestagswahlen zu verfügen, die nicht zu Unrecht von Gregor Gysi als entscheidend für die Zukunft seiner Partei bezeichnet wurde.

Das durch vielfältigen (Verdrängungs-)Wettbewerb geprägte System kommunistischer Gruppierungen im vereinigten Deutschland ist durchaus in-

⁶⁹⁾ Übrundet die PDS die Berliner AL?, in: die tageszeitung vom 3. Juli 1990. Der medienwirksame Alleingang von Claus Croissant, der zur Gründung einer West-PDS aufrief, hat den Strategen der PDS zu schaffen gemacht, da sie vor den „zur Eigenständigkeit neigenden“ deutschen Linken, die sie schlecht verstehen, Angst haben.

stabil und kann sich unter dem Druck der Ereignisse rasch verändern. Die kommunistischen Fundamentalisten der DKP und die kommunistische Plattform werden wahrscheinlich zu aktiven Trägern einer traditionalistischen Abspaltung werden. Längerfristig erscheinen die Chancen der PDS im Westen eher gering, auch wenn sie bis zur Besserung der wirtschaftlichen Lage auf dem Gebiet der DDR das Sprachrohr der Bürger bleiben wird, die den Anschluß an das zukünftige gesamtdeutsche Wirtschaftswunder verpaßt haben.

Im Westen hat die PDS nur sehr wenig Chancen, eine Verbindung mit der Ökologiebewegung oder mit sozialdemokratischen Kreisen einzugehen. Da sie gezwungen ist, ihre Organisation auf der Grundlage von reformistischen Kreisen und teilweise gegen die Fundamentalisten der DKP aufzubauen, wird die PDS, unter dem Banner des Antistalinismus und des sozialistischen Humanismus sowie dank der Persönlichkeit ihres Vorsitzenden Gysi, zeitweilige Prestigeerfolge für sich verbuchen können, die sich aber nicht in Wahlerfolgen niederschlagen werden. Einzige Unbekannte in dieser Gleichung ist die zukünftige Haltung der KPdSU und Michail Gorbatschows, die — im Dienste der Beziehungen zwischen der UdSSR und dem wiedervereinigten Deutschland sowie im Rahmen ihrer Strategie der Öffnung gegenüber den sozialdemokratischen Parteien Europas — Interesse an einer nicht allzu schwachen und bedeutungslosen, sondern wirkungsvoll im politischen System Deutschlands agierenden PDS haben könnten.

Der Verfall der Roten Armee Fraktion

I. Die RAF in der ehemaligen DDR

Zwischen dem 6. und dem 18. Juni 1990 wurden neun ehemalige Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) in der DDR verhaftet. Sie hatten seit Jahren, zum Teil sogar schon seit 1980, in Ostberlin, Frankfurt/Oder, Magdeburg und an anderen Orten des ehemaligen kommunistischen Machtbereichs unter falschem Namen gelebt. Einige hatten geheiratet und Kinder bekommen. Alle gingen geregelter Arbeit nach.

Die Hauptabteilung XXII des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) hatte die Betreuung der früheren Terroristen übernommen, ihnen eine neue Identität verschafft und Arbeitsplätze besorgt. Das führte zu Spekulationen, daß das MfS mit Wissen oder auf Weisung der DDR-Regierung die Aktionen der RAF genutzt haben könnte, die Bundesrepublik Deutschland zu destabilisieren.

Die Haftbefehle gegen zwei RAF-Mitglieder (Ekkehard Freiherr von Seckendorf und Sigrid Sternebeck) waren u. a. damit begründet, daß sie bei Aktionen der RAF in den Jahren 1984 und 1985 mitgewirkt hätten. Zeugen hatten erklärt, daß sie in einem der Räuber bei einem Banküberfall am 26. März 1984 in Würzburg Ekkehard von Seckendorf erkannt hätten. Andere Zeugen glaubten, in Sigrid Sternebeck die Frau wiedererkannt zu haben, die den Pkw beschafft hatte, der bei dem Anschlag auf die US-Airbase in Frankfurt/Main am 8. August 1985 als Autobombe benutzt worden war.

Eifrige Rechercheure hatten außerdem herausgefunden, daß Henning Beer sich Urlaub genommen hatte, als deutsche Terroristen einen Anschlag auf den amerikanischen Stützpunkt in Rota bei Cadix/ Spanien vorbereiteten. Die Schießerei zwischen den Terroristen und der spanischen Polizei, bei der die Vorbereitungen entdeckt wurden, fand am 18. Juni 1988 statt. Henning Beer war laut Arbeitsbuch vom 17. bis zum 20. Juni seinem Arbeitsplatz ferngeblieben. Als der Wagen des Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Hans Tiedtmeyer, am 19. September 1988 von RAF-Leuten beschossen wurde, hatte Henning Beer wieder frei. Vom 17. September bis zur Spätschicht am 20. September war er nicht an seinem Arbeitsplatz. Auch als Alfred Herrhausen am 30. November 1989 umgebracht wurde, erschien Beer nach journalistischen

Beobachtungen drei Tage lang nicht zur Schicht¹⁾.

Ekkehard von Seckendorf und Sigrid Sternebeck haben für die Zeit, in der Zeugen sie angeblich als Mittäter von Aktionen der RAF gesehen haben wollen, ein Alibi. Nach den Erfahrungen von Fahndungsbeamten ist auf die Aussagen von Zeugen bei kurzfristigen Gewaltaktionen nur wenig Verlaß.

Henning Beer wird vermutlich ebenfalls entlastende Tatsachen für die Zeit vorbringen können, für die ihn Journalisten einer Mittäterschaft verdächtigen. Abgesehen davon mutet es geradezu abenteuerlich an davon auszugehen, daß Henning Beer von Neubrandenburg, wo er verhaftet wurde, für einen Tag nach Spanien geflogen sein könnte, um sich dort an den Vorbereitungen zu einem Sprengstoffanschlag zu beteiligen. Nach den bisherigen Erfahrungen hat die RAF ihre Aktionen immer sehr sorgfältig und damit langfristig vorbereitet. Der Anschlag gegen Karlheinz Beckurts am 9. Juli 1986 z. B. ist nach den Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes von dem dafür verantwortlichen Kommando „Mara Cargol“ mindestens drei Monate lang vorbereitet worden. Die Phase zur Planung und Vorbereitung des Mordes an Alfred Herrhausen hat mit Sicherheit noch länger gedauert. Die Vorbereitungen für alle bisherigen Anschläge der RAF sind von dem jeweiligen Kommando kollektiv getroffen worden. Die Pläne wurden gemeinsam besprochen und beschlossen. Die einzelnen Aufgaben wurden auf die jeweils sachkundigen Mitglieder des Kommandos verteilt. Die Tat war bei allen Aktionen eine Gemeinschaftstat; den Erfolg konnte sich jeder zurechnen, den Mißerfolg mußte jedes Mitglied des Kommandos tragen.

Es ist völlig ausgeschlossen, daß Henning Beer als Mitglied des Kommandos während der ganzen Vorbereitungsphase in der ehemaligen DDR seiner Arbeit nachgegangen sein könnte, um dann am Tage des Attentats in die Bundesrepublik einzureisen und hier gewissermaßen nur den Auslösungsmechanismus für die Bombe zu betätigen.

Die im Juni in der ehemaligen DDR festgenommenen RAF-Mitglieder sind aus dem Terrorismus ausgestiegen. Sie haben der Gewalt abgeschworen. Die Bekundungen des früheren Leiters der Hauptabtei-

¹⁾ Vgl. die tageszeitung (taz) vom 22. 6. 1990.

lung XXII, Generalleutnant Gerhard Neiber, den ehemaligen Terroristen sei die Staatsbürgerschaft der DDR und die neue Lebenslegende nur nach ihrer ausdrücklichen Zusicherung gegeben worden, in Zukunft von terroristischen Anschlägen abzusehen und die Beziehungen zur RAF abzuberechnen²⁾, sind glaubhaft.

Das Risiko, der RAF zu erlauben, das Hoheitsgebiet der ehemaligen DDR als Ruheraum oder gar als Operationsbasis zu nutzen, wäre zu groß gewesen. Bei einer derartigen Operation hätte der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, mit Sicherheit Erich Honecker, wahrscheinlich sogar das gesamte Politbüro, unterrichten und um entsprechende Genehmigung nachsuchen müssen. Die ehemalige DDR war auf dem Wege, in der Völkergemeinschaft weitere internationale Reputation zu gewinnen. Bei Bekanntwerden von Unterstützungshandlungen für deutsche Terroristen wäre dieser Prozeß abgebrochen worden. Darüber hinaus hätte die DDR-Regierung mit der Streichung sämtlicher westdeutscher Kredite und Zuwendungen aus Swing, Transitgebühren und den Präferenzen des mittelbaren Zugangs zur Europäischen Gemeinschaft rechnen müssen.

Umgekehrt ist es nicht vorstellbar, daß sich die RAF in Abhängigkeit zum MfS begeben hätte. Die RAF hat aufgrund ihres Selbstverständnisses „immer abgelehnt, für eine andere Organisation tätig zu werden, auch nicht als Kompensationsgeschäft für geleistete Hilfsmaßnahmen“³⁾. Der 1984 eingeleitete Versuch der RAF, eine „westeuropäische Guerilla“ aufzubauen, wurde von ihr nur unternommen und weiterbetrieben, weil sie gegenüber ihren Bündnispartnern hoffte, den maßgebenden Einfluß zu behalten. Die Zusammenarbeit mit den italienischen „Roten Brigaden“ erschwerte sich, weil gerade dieser Punkt von den Italienern immer wieder in Frage gestellt wurde.

Was wollte die Stasi von den ehemaligen RAF-Leuten? Zunächst einmal ist jeder Geheimdienst – und das MfS war einer der besten Dienste – an Informationen über Systeme interessiert, die in die Politik hineinarbeiten oder hineinwirken könnten. Selbst späte Erkenntnisse über die Struktur, die Operationen und die Ziele der RAF aus den siebziger Jahren mußten für das MfS interessant sein. Die Befragungen der ehemaligen RAF-Mitglieder zu Beginn der achtziger Jahre wiederum ließen Rückschlüsse zu auf mögliche Veränderungen des Operationsbildes. Inge Vielt etwa mußte noch aus der Zeit ihres Aufenthaltes in Paris über Zugänge verfügen, aus denen man vielleicht Informationen über die Aussichten einer „westeuropäischen

Guerilla“ gewinnen konnte. Andere ehemalige Terroristen – vor allem Susanne Albrecht – hatten Verbindungen in den Nahen Osten. Über sie konnten Fäden geknüpft werden, die vor allem für die „Hauptverwaltung Aufklärung“ von Generalleutnant Markus Wolf von Interesse sein mußten. Dem Geheimdienst der DDR ging es im Nahen Osten nicht nur um die Gewinnung von Informationen, sondern auch um die Mehrung des Einflusses der DDR⁴⁾.

Ähnlich muß man auch die übergeordneten Interessen der UdSSR sehen, die das MfS in den achtziger Jahren noch zu berücksichtigen hatte. Die Sowjets registrieren schon seit geraumer Zeit Entwicklungen terroristischen Charakters in ihrem eigenen Herrschaftsbereich. Sie müssen zum Beispiel fürchten, daß sich der Fanatismus schiitischer Fundamentalisten in ihren moslemischen Provinzen ausbreitet. Möglicherweise hat das MfS den ehemaligen westdeutschen Terroristen auch deshalb Zuflucht gewährt, um seinen Bündnispartnern im KGB erklären zu können, welche Gruppen nach welchen Methoden operieren und welche Verbindungen zwischen europäischen und nahöstlichen Organisationen bestehen.

Die Tatsache, daß sich mehrere der in der DDR festgenommenen Terroristen inzwischen freiwillig in die Bundesrepublik haben verlegen lassen, spricht ebenfalls dafür, daß die RAF-Leute in der DDR mit der Organisation und den Aktionen ihrer ehemaligen Genossen nichts mehr zu tun haben wollen. Sowohl Susanne Albrecht als auch Silke Maier-Witt wollen von der jetzt gültigen Kronzeugenregelung in der Bundesrepublik Gebrauch machen. Werner Lotze hat erklärt, er rechne damit, „daß das in der Bundesrepublik für Aussteiger geltende Recht und die dort für Aussteiger entwickelten Programme angewandt werden“⁵⁾. Nach den in der Bundesrepublik entwickelten Vorschriften setzt dies allerdings voraus, daß auch Werner Lotze aussagen muß.

In diesem Zusammenhang bleibt der Vorwurf zu klären, daß die deutschen Sicherheitsdienste seit 1986 über Hinweise auf den Aufenthalt von RAF-Terroristen in der ehemaligen DDR verfügt hätten. Inzwischen ist bekannt geworden, daß dem Bundeskriminalamt in drei Fällen tatsächlich derartige Informationen vorlagen. Daneben gab es aber Hunderte von weiteren Informationen über den Aufenthalt von inzwischen in der DDR verhafteten RAF-Mitgliedern im Nahen Osten. Die westdeutschen Behörden sind auch den Hinweisen, die die DDR betreffen, nachgegangen. Weder Anfragen bei den Behörden der DDR noch eigene Recherchen führten zur Klärung.

²⁾ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 23. 6. 1990.

³⁾ Peter-Jürgen Boock, in: taz vom 23. 6. 1990.

⁴⁾ Vgl. ebd.

⁵⁾ Werner Lotze, in: FAZ vom 12. 7. 1990.

Das ändert natürlich nichts an der inzwischen gewonnenen Erkenntnis, daß das MfS Hilfestellung gegeben hat für Anschläge aus dem Bereich des internationalen Terrorismus gegen westdeutsche und amerikanische Ziele. Bekannt war schon seit dem Prozeß gegen Ahmed Hasi und Farouk Salameh am 26. November 1986 vor dem Landgericht in Berlin, daß der syrische Geheimdienst mit Wissen und Billigung des MfS den Anschlag gegen die Deutsch-Arabische Gesellschaft in Westberlin am 29. März 1986 organisiert und durchgeführt hatte. Nach den jetzt entdeckten Unterlagen steht fest, daß Libyen verantwortlich war für den Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek La Belle am 5. April 1986. Diese Operation wurde vom MfS nicht nur gebilligt, sondern auch unterstützt.

Spekulation aber sind wohl die Äußerungen des SPD-Abgeordneten Wilhelm Nöbel, Mitglied des Innenausschusses des Bundestages, nach denen eine „total abgeschottete“ Gruppe von Stasi-Mitarbeitern nicht nur RAF-Pensionären eine neue Heimat besorgt, sondern auch aktive RAF-Kader logi-

stisch unterstützt und für sie Bekennerschreiben verfaßt hätte⁶⁾. Bisher hat Nöbel keine Unterlagen für seine Behauptung vorgelegt.

Für die derzeit noch operierende RAF ist sowohl die Tatsache, daß bekannte Genossen in verhältnismäßig hoher Zahl aus dem Kampf ausgeschieden sind, eine propagandistische Niederlage, als auch die Tatsache, daß diese Genossen jetzt verhaftet werden konnten. Die Bereitschaft einiger Gruppenmitglieder, jetzt als Kronzeugen aussagen zu wollen, gleicht dem Eingeständnis einer verlorenen Schlacht.

Der Rückblick auf die vergangenen Jahre des Kampfes und die inzwischen gewonnene Erkenntnis, daß die RAF-Kader eine unerwartet hohe Bereitschaft zum Ausstieg und zur Resignation gezeigt haben, weist auf Risse in der Struktur der RAF und auf Differenzen zwischen den einzelnen Organisationsringen. Die RAF hat ihre Organisation mehrmals zum Teil auch deshalb geändert, weil sie dadurch nach Niederlagen neue Energien zu gewinnen hoffte.

II. Änderungen in der Organisation

In der Erstphase der RAF-Anschläge zwischen 1970 und 1972 lagen Initiative, Befehlsgewalt und Kontrolle bei den Aktivisten aus dem Kommandobereich. Als die Führungsgruppe (Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Jan Carl Raspe) im Juni 1972 inhaftiert worden war, verlagerte sich der hierarchische Schwerpunkt auf die Gefangenen. Die sich gleichzeitig entwickelnde Fixierung der Aktionen der RAF auf die Freipressung ihrer Gefangenen begrenzte den bewaffneten Kampf.

Mit dem Scheitern der Großoperationen des Jahres 1977 (Ponto, Buback, Schleyer) veränderte sich auch das Konzept der RAF. Bis zur Ermordung von Hanns Martin Schleyer zielte die RAF-Strategie auf die Entführung von Persönlichkeiten aus Politik, Industrie und Wirtschaft, um dadurch den Staat unter Druck zu setzen und ihre Gefangenen freizupressen. Nach 1977 hat die RAF keine erpresserischen Geiselnahmen mehr durchgeführt. Alle folgenden Operationen waren nur auf die Tötung von Repräsentanten des „Militärisch Industriellen Komplexes“ (MIK-Strategie) und von Vertretern des „Repressionsapparates“ gerichtet. Mit dieser Entwicklung ging eine erneute Umschichtung der Organisationsstruktur einher.

Im Jahre 1982 versuchte die RAF erstmals, den bewaffneten Kampf auf eine breitere Basis zu stellen und ideologisch zu begründen. Im Mai 1982 tauchte eine neue strategische Schrift der RAF auf mit dem Titel „Guerilla, Widerstand und anti-imperialistische Front“. In dieser Schrift erklärte die

RAF, es sei möglich und notwendig, einen neuen Abschnitt in der revolutionären Strategie zu entfalten. Guerillas, militante und politische Kämpfer sollten als „integrale Komponenten“ zusammenkommen. Guerilla sei der bewaffnete Kampf aus der Illegalität; die Militanten hätten ihre Anschläge vorwiegend aus der Legalität auszuführen; die politischen Kämpfer sollten Widerstand praktizieren. Das gemeinsame Ziel sei der Aufbau einer anti-imperialistischen Front. In dieser Organisation sei die Trennung zwischen den verschiedenen Linien aufgehoben.

Neben der strategischen Zielsetzung wurde aus diesem Papier auch die neue Organisationsstruktur der RAF deutlich. Zentrum der Organisation schien zunächst nach wie vor der Bereich der Gefangenen zu sein. Die Operationen wurden von „Kommandos“ durchgeführt, einer Ebene, die damals (wie heute) nur 15 bis 20 Personen umfaßte. Dem Kommandobereich vorgelagert waren die „Illegalen Militanten“, die etwa 200 Mitglieder umfaßten. Der letzte Kreis der RAF, der in dem Papier als „die politischen Kämpfer“ gekennzeichnet wurde, ist das weitere Umfeld oder der „legale Arm“ der RAF. Er umfaßte Anfang der achtziger Jahre rund 400 Unterstützer und Sympathisanten.

Im Jahre 1984 allerdings zeigte sich, daß die Gefangenen nicht mehr allein und unbedingt an der Spitze der RAF-Hierarchie standen. Bei der Festnahme von sechs Kernmitgliedern im Juli 1984 in Frankfurt und Karlsruhe wurde ein „Planungs- und Diskussionspapier“ gefunden, dessen Inhalt offensichtlich mit den inhaftierten RAF-Mitgliedern besprochen

⁶⁾ Vgl. Wilhelm Nöbel, in: Quick Nr. 30 vom 19. 7. 1990.

worden war, aber nur in Nebensächlichkeiten korrigiert werden konnte. Die Federführung in den Planungen der künftigen Aktionen und die Leitung der Diskussionen um die Strategie der Zukunft lagen eindeutig nicht mehr bei den Gefangenen, sondern bei den „Kommandos“⁷⁾. Die Materialien über „Planung und Diskussion“ bildeten die theoretische Grundlage für die „Offensive 84/85“.

Am 4. Dezember 1984 begannen die Gefangenen einen Hungerstreik. Die „Illegalen Militanten“ führten währenddessen insgesamt 15 Sprengstoff- und 23 Brandanschläge durch. Die Hälfte davon richtete sich gegen militärische Objekte. Das „Kommando Patsy O'Hara“ tötete den deutschen Rüstungsmanager Ernst Zimmermann in München, nachdem ein „Kommando Elisabeth van Dyck“ der „Action Directe“ (AD) den französischen General René Audran in Paris erschossen hatte. Nach der Ermordung von Zimmermann am 1. Februar 1985 brachen die RAF-Gefangenen den Hungerstreik ab.

Die Verschiebung von Initiative und Entscheidung auf die Ebene der Kommandos dauerte zunächst an. Sie wurde zuletzt erkennbar bei der „Offensive 86“. Davor kam es zu einem deutlichen Verlust an Sympathie und Unterstützung.

Am 8. August 1985 verübte die RAF einen schweren Bombenanschlag auf den amerikanischen Luftwaffen-Stützpunkt am Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt. Sie brachte eine Autobombe zur Explosion, tötete zwei Amerikaner und verletzte elf Passanten. Am 7. August hatten zwei Mitglieder der RAF den amerikanischen Soldaten Edward Pimental mit einem Genickschuß ermordet, um seine Identifizierungskarte zu rauben. Mit ihr erschlich sich die RAF den Zugang zu der abgesperrten Air-Force-Base. In dem späteren „Bekennerbrief“ sagte die RAF, es habe sich um eine gemeinsame Aktion mit der AD gehandelt.

Schon die Ermordung von Ernst Zimmermann war bei der Neuen Linken auf Unverständnis gestoßen. Der Genickschuß-Mord an dem amerikanischen Soldaten Edward Pimental führte zu erheblichen Diskussionen auch im legalen Umfeld der RAF. Die Kommando-Ebene der RAF sah sich gezwungen, zu dem Attentat in einem besonderen Papier Stellung zu nehmen; sie erkannte an, daß der Mord ein „Fehler“ war⁸⁾.

⁷⁾ Hans Josef Horchem, Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Beiträge zur Konfliktforschung, (1986) 1, S. 12.

⁸⁾ „An die, die mit uns kämpfen“, veröffentlicht in der RAF-Zeitschrift „zusammen kämpfen“, zeitung für die antiimperialistische front in westeuropa“, Nr. 5, Januar 1986.

Der Verlust der Resonanz unter den Linken und die verzweifelten Versuche nach neuen revolutionären Subjekten führte die RAF zu einer weiteren Verwischung zwischen der politischen Wirklichkeit und ihren Vorstellungen. Die Diskussion um eine zukunftsweisende Strategie des bewaffneten Kampfes sowie über die daraus zu folgernden Methoden revolutionärer Taktik gingen weiter bis zum „Frankfurter Kongreß“, den Anhänger der RAF und die Autonome Linke am 1. und 2. Februar 1986 veranstalteten. Auf dieser Zusammenkunft kritisierten sowohl die Autonomen als auch Teile der RAF-Sympathisanten massiv die Erschießung von Edward Pimental. Sie kennzeichneten den Mord als Akt „revolutionärer Selbstjustiz“⁹⁾.

Trotz dieses Verlustes an Zustimmung hielt die RAF an ihrem strategischen Konzept fest. Sie ging weiter davon aus, daß die bewaffnete Aktion als „Propaganda der Tat“ neue Anhänger mobilisieren könne. Dementsprechend führte sie auch nach dem Höhepunkt der Kritik von seiten der Neuen Linken weitere Morde durch. Am 9. Juli 1986 startete die RAF die „Offensive 86“ und ermordete das Siemens-Vorstandsmitglied Karlheinz Beckurts. Am 10. Oktober 1986 ermordeten zwei RAF-Mitglieder den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Gerold von Braunmühl.

Kernpunkt des Selbstbeichtigungsschreibens der RAF zur Ermordung von Braunmühls war die Forderung zum Aufbau der „Revolutionären Front in Westeuropa“. Dabei wird zunächst der Eindruck erweckt, als ob diese Front schon Wirklichkeit sei. Auf der anderen Seite begründen die Verfasser immer wieder die Notwendigkeit, daß die Revolutionäre in Westeuropa zusammenrücken müßten. Der Gegner, die „Bourgeoisie“, habe sich nämlich schon formiert: Die „Europäische Politische Zusammenarbeit“ (EPZ) sei das „operative Zentrum gegen den revolutionären Kampf“ und die „europäische Säule“ der NATO. Die Europäische Gemeinschaft sei „das Instrument zur Durchschaltung der Staatsapparate“. Zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien habe sich eine „Vereinheitlichung“ herausgebildet – unter Führung von Frankreich und der Bundesrepublik.

Insgesamt vermittelt die Schrift die Erkenntnis der RAF, daß das „revolutionäre Potential“ in Westeuropa noch weit davon entfernt sei, den Aufbau einer „revolutionären Front in Westeuropa“ abgeschlossen zu haben.

⁹⁾ Hans Josef Horchem, Die verlorene Revolution, Herford 1988, S. 162.

III. Die westeuropäische Guerilla

Den ersten großangelegten Versuch, eine „westeuropäische Guerilla“ aufzubauen, startete die RAF mit ihrer „Offensive 84/85“. Zielgruppen dieser Bündnisbemühungen waren zunächst die französische „Action Directe“ (AD) und die belgischen „Cellules Communistes Combattantes“ (CCC).

Seit Anfang 1984 hatte sich aus dem Umfeld der RAF ein wachsendes Interesse an Operationen der AD gezeigt. Die linken Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland bewerteten die AD als die damals einzige funktionsfähige marxistisch-leninistische Terrororganisation in Europa. Bekennerrbriefe und andere Publikationen der AD wurden mit Interesse gelesen und intern besprochen. Aus diesem Interesse entstand schließlich die Zusammenarbeit zwischen RAF und AD, die in der Ermordung von René Audran und Ernst Zimmermann sowie in dem Attentat auf die amerikanische Airbase in Frankfurt gipfelte. Die Ermordung des Generaldirektors der französischen Renault-Werke, Georges Besse, am 17. November 1986 ist ebenfalls in die Operationen der „anti-imperialistischen Front in Westeuropa“ einzuordnen. Georges Besse war wie General Audran und Ernst Zimmermann Symbolfigur des „Militärisch-Industriellen Komplexes“.

Mit der Verhaftung der führenden Mitglieder des international orientierten Flügels der AD — Jean-Marc Rouillan, Nathalie Menigon, Joelle Aubron, Georges Cipriani — am 21. Februar 1987 in einem Bauernhaus in der Nähe von Orleans ist die „Front“ der westeuropäischen Terroristen praktisch zerschlagen worden.

Die CCC leisteten der RAF nur in einem einzigen Fall logistische Unterstützung. In dem Bauernhaus, in dem man Jean-Marc Rouillan und seine drei Freunde verhaftete, wurde Sprengstoff gefunden, den die CCC bei einem Einbruch in einem Steinbruch in Eccaussines (Belgien) im Juni 1984 erbeutet hatten. Den gleichen Sprengstoff hatte die RAF bei einem fehlgeschlagenen Attentat auf die NATO-Schule in Oberammergau im Dezember 1984 benutzt.

Schon im Jahre 1985 hatte sich die RAF bemüht, auch eine Zusammenarbeit mit den italienischen „Roten Brigaden“ zu erreichen. Das machte Schwierigkeiten, weil sich die „Brigate Rosse“ seit September 1984 in zwei sogenannte „Positionen“ gespalten hatte. Die erste Position nennt sich „Rote Brigaden — für den Aufbau der kämpfenden Kommunistischen Partei“ (B.R.-P.C.C.) und ist — ähnlich wie die RAF — stärker internationalistisch und

anti-imperialistisch orientiert. Die zweite Position heißt „Vereinigung kämpfender Kommunisten“ (U.C.C.). Sie ist mehr proletarisch und klassenkämpferisch ausgerichtet.

Die RAF veröffentlichte im Mai 1986 in ihrer Untergrundzeitung „zusammen kämpfen“ (Nr. 6) konzeptionelle Erklärungen von — zum Teil inhaftierten — Mitgliedern der „Roten Brigaden“ ohne Kommentar. Nach den RAF-Morden an Beckurts und von Braunmühl gab es solidarische Äußerungen von Inhaftierten der „Roten Brigaden“. Andere schriftliche Äußerungen deuteten Gegensätze in Ideologie und Konzeption an.

In einer Erklärung der B.R.-P.C.C. vom 17. Februar 1987 findet sich erstmals eine zusammenfassende Bewertung der „revolutionären Aktivitäten“ von RAF und AD. Zunächst wird einschränkend bemerkt, daß in einem „objektiven politischen Sinne“ die westeuropäische Front der Guerilla „Teil des Programms der Kommunisten“ sein müsse. Weiter heißt es dann, daß sich die Aktivitäten der Guerilla in Europa spezifiziert hätten.

Die B.R.-P.C.C. ging damit auf Distanz zu der von der RAF angestrebten unmittelbaren Kooperation. Die U.C.C. nutzte das aus und trat — obwohl bis dahin nicht „internationalistisch“ — in offenen Wettbewerb. Sie ermordete am 20. März 1987 General Licio Giorgieri, im Verteidigungsministerium verantwortlich für die waffentechnische Ausrüstung der italienischen Luftwaffe. Er hatte eine vergleichbare Position wie General Audran und Ernst Zimmermann inne.

Die italienischen Sicherheitsbehörden verhafteten im Laufe des Jahres 1987 rund 100 Mitglieder der U.C.C., nicht zuletzt dank der Aussagebereitschaft von Kronzeugen aufgrund der italienischen Regelung der „Pentiti“. Weitere Mitglieder der U.C.C. konnten in Frankreich und in Spanien festgenommen werden. Die Organisation hat sich von diesem Schlag bis heute nicht erholt¹⁰⁾.

Die Erklärung der B.R.-P.C.C. vom 17. Februar 1987 blieb ein Einzelfall. Zu weiteren Unterstützungshandlungen für die RAF in Agitation oder gar Aktion von seiten der „Roten Brigaden“ kam es nicht. Die RAF allerdings versuchte immer wieder, die Vision einer gemeinsamen europäischen Front der Guerilla durch die Namensgebung ihrer Mordkommandos nach internationalen „Märtyrern“ aufrechtzuerhalten.

¹⁰⁾ Vgl. Alison Jamieson, *The Heart Attacked*, London 1989, S. 216 f.

IV. Strukturprobleme und neue Strategie

Die RAF hatte ihr Anschlagskonzept gegen den „Militärisch-Industriellen-Komplex“, die sogenannte MIK-Strategie, Anfang der achtziger Jahre entwickelt. Sowohl in den Erklärungen zu ihren Morden als auch in den Artikeln ihrer Untergrundzeitung „zusammen kämpfen“ tauchte dieser Begriff immer häufiger auf, bis er mit der „Offensive 84/85“ (Mord an General Audran und Zimmermann) und der „Offensive 86“ (Mord an Beckurts und von Braumnühl) seinen publizistischen Höhepunkt erreichte und auch vom weiteren Umfeld der RAF akzeptiert war. Danach flachte diese Beschreibung des bewaffneten Kampfes wieder ab. Das wurde beschleunigt durch die Diskussion einiger RAF-Mitglieder mit Funktionären der „Roten Brigaden“ über die Frage, ob die „industrielle Umstrukturierung Westeuropas“ schon abgeschlossen sei oder nicht¹¹⁾. Bei dem Hungerstreik im Februar 1990 redete niemand mehr vom „Militärisch-Industriellen-Komplex“.

Ende der achtziger Jahre hatten die Ideologen in der RAF einen anderen Stellenwert gefunden, um die Motivationsbasis für ihre Guerilla zu beschreiben: das vereinigte Europa. Die neue Definition tauchte zunächst in der Untergrundpresse und in einigen Ausgaben des Informationsdienstes von Angehörigen der RAF-Gefangenen auf. Das ging zeitlich einher mit der Erkenntnis der RAF-Genossen, daß ihre Bemühungen, eine westeuropäische Guerilla aufzubauen, gescheitert waren.

Die französische „Action Directe“ (AD), mit der Zusammenarbeit bestand, ist für die nahe Zukunft ausgeschaltet. Die belgischen „Kämpfenden Kommunistischen Zellen“ (CCC) sind zerschlagen. Die italienischen „Roten Brigaden“ — gespalten in zwei Positionen — verkünden zwar Kooperation; zu einer Zusammenarbeit in der Aktion ist es jedoch nicht gekommen. Die Solidarität mit der spanischen GRAPO beschränkt sich bisher auf einige Hungerstreik-Aktionen.

Die Erfindung eines neuen Feindbildes, nämlich das der „europäischen Weltmacht“, soll der RAF den Versuch erleichtern, erneut eine „europäische Front der Guerilla“ zu formieren. Angetrieben durch dieses neue Theorem, verübte die RAF weitere Anschläge. Am 20. September 1988 beschoß ein „Kommando Khaled Aker“ den Dienstwagen des Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Hans Tietmeyer. Der Staatssekretär und sein Fahrer blieben unverletzt. Die RAF begründete den Mordversuch mit der Behauptung, Tietmeyer sei maßgeblich an der „Formulierung, Koordinierung

und Durchsetzung imperialistischer Wirtschaftspolitik“ beteiligt.

Am 30. November 1989 tötete ein „Kommando Wolfgang Beer“ den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen. Er war Aufsichtsratsvorsitzender von Daimler-Benz und maßgeblich beteiligt an der Fusion von Daimler-Benz mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm. Mehrfach hatte er sich schon im Vorlauf der Wiedervereinigung nachdrücklich für Investitionen aus privater Hand in der ehemaligen DDR eingesetzt. Er verkörperte für die RAF nicht nur die Verbindung von „Kapital“ und „Rüstungsindustrie“; er symbolisierte auch die Kräfte, die angeblich Westeuropa unter Führung der Bundesrepublik zu einer wirtschaftlichen Supermacht ausbauen wollen.

Europäische Wirtschaftspolitik, durch die die Dritte Welt ausgebeutet wird, findet nach Meinung der RAF auch auf dem Agrarsektor statt. Repräsentant für die „Schaffung des Molochs Europa“ auf diesem Gebiet ist nach Meinung der Kommando-Ebene der RAF Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle¹²⁾. Ein „Kommando Juliane Plambek“ erklärte am 2. März 1990, daß man „Ignaz Kiechle angegriffen“ habe. Er stehe für die „westeuropäischen Formierungsprozesse“, die über den europäischen Binnenmarkt zu einem „vereinten Europa des Kapitals“ führen würden¹³⁾.

Am 3. März verbreitete die RAF in einem Kommunique, daß „das Ziel des Angriffs gegen Kiechle nicht erreicht“ worden sei. Man habe die Aktion abbrechen müssen, um keine Unbeteiligten zu gefährden¹⁴⁾. Inzwischen wurde bekannt, daß die Gefangenen der RAF bei der Aktion Kiechle — im Gegensatz zu den Vorbereitungen zur Ermordung Alfred Herrhausens — über das Ziel der Operation orientiert und mit dem Anschlag einverstanden waren. Zu Diskussionen darüber, ob man mit Ignaz Kiechle das richtige Zielobjekt ausgewählt habe, kam es erst, nachdem der Anschlag gescheitert war.

Nach dem erfolgreichen Attentat gegen Herrhausen sahen viele Sympathisanten und Unterstützer der RAF in der Wahl Ignaz Kiechles zum nächsten Anschlagopfer einen Abfall der revolutionären Energie des RAF-Kommandos und vermindertes Leistungsvermögen.

Das Kommando ging in Deckung. Es brauchte siebeneinhalb Wochen, um die Diskussionen aufzufangen und Stellung zu nehmen. Erst am 26. April veröffentlichte die RAF ein neues Kommunique.

¹²⁾ Selbstbeziehungsschreiben vom 2. 3. 1990.

¹³⁾ Ebd.

¹⁴⁾ Vgl. Kommunique vom 3. 3. 1990.

¹¹⁾ Vgl. Informationsdienst TERRORISMUS, Nr. 2 (Februar) 1990.

Sie bestritt, einen Anschlag gegen den Bundeslandwirtschaftsminister vorbereitet und versucht zu haben und behauptete jetzt, die Kommunique vom 2. und 3. März seien Teil einer Desinformationskampagne des Verfassungsschutzes; der „Agrarwurm“ Kiechle sei kein „nachvollziehbares Angriffsziel“. Gleichzeitig kündigte sie einen „umfassenden Text“ darüber an, wie sich die RAF den „revolutionären Prozeß“ vorstelle; das sei notwendig, um „der Desorientierung und dem Chaos, das an der vs-Erklärung losgegangen ist, ein Ende zu setzen“¹⁵⁾.

Neben diesen deutlichen Dissonanzen in der Organisation war es schon vorher zu erheblichen Kommunikationsschwierigkeiten zwischen der Kommando-Ebene und den Gefangenen gekommen. Der Hungerstreik von Februar bis Mai 1989 war begonnen und durchgeführt worden ohne Unterstützung des Kommandos. Die Gefangenen – vor

allem Helmut Pohl – hatten eine Rolle übernommen, die vom Kommando nicht akzeptiert, allenfalls toleriert wurde. Das gestand Pohl ein, als er in seinem Brief vom 10. November 1989 erklärte, die Gefangenen hätten „für andere in dieser Zeit die Initiative“ an sich gezogen¹⁶⁾. Die Aktion der Gefangenen fand weder Unterstützung durch Attentate aus der Kommando-Ebene noch durch Anschläge der „Illegalen Militanten“. Die Gefangenen beendeten den Hungerstreik ohne offensichtlichen Erfolg. Eine einheitliche Erklärung zur Beendigung des Streiks kam nicht zustande. An den Plänen zur Vorbereitung der Ermordung Herrhausens waren die Gefangenen nicht mehr beteiligt.

Eine Steuerung von Anschlägen aus den Zellen, wie es sie noch in den siebziger Jahren gab, existiert ohnehin nicht mehr. Die Häftlinge sahen sich kaum in der Lage, die Situation „draußen“ noch beurteilen zu können¹⁷⁾.

V. Die RAF ohne Hoffnung?

Das neue Konzept der RAF, ihr Kampf gegen die „faschistische Bestie Westeuropa“¹⁸⁾, erscheint perspektivlos. Unter diesem Motto hatte auch der bisher letzte Mordversuch der RAF, ihr Anschlag auf Staatssekretär Neusel, gestanden. Hans Neusel sollte nicht deshalb getötet werden, weil er zum „Repressionsapparat“ gehörte; die RAF wollte ihn umbringen, weil sie ihn ihrem neuen strategischen Ziel, der „europäischen Weltmacht“, zurechnete.

Die paranoide Fixierung der RAF auf diese Zielgruppe ergibt sich sowohl aus dem kurzen Komunique am Tatort als auch aus dem seit Ende April erwarteten Grundsatzpapier, das schließlich als erweitertes Bekenntnisschreiben zum Anschlag auf Neusel am 29. Juli verbreitet wurde¹⁹⁾.

Die Erklärungen des „Kommando José Manuel Sevillano“ zu der Frage, weshalb das Attentat fehlgeschlug (zu niedrige Berechnung der Sprengstoffmenge), wirken kraftlos. Der Versuch, den Anschlag gerade gegen Staatssekretär Neusel damit zu rechtfertigen, daß das Innenministerium und damit der Verfassungsschutz gegen eine Zusammenlegung der Gefangenen sei, hat die RAF in ihrem Umfeld weiter unglaubwürdig gemacht. Denn der Verfassungsschutz war und ist für eine, wenn auch abgestufte, Zusammenlegung der Häftlinge²⁰⁾.

Das Problem der Kommando-Ebene, dem Umfeld zu vermitteln, daß der bewaffnete Kampf fortgeführt werden müsse, ergibt sich auch aus der recht beiläufigen Behandlung der Entwicklung in den Staaten des „real existierenden Sozialismus“. „die Auflösung des sozialistischen Blocks und damit auch seiner historischen Funktion für die Befreiungsprozesse im Trikont“ werden als Tatsache vermerkt; eine Untersuchung der Ursachen und der Auswirkungen für die Zukunft unterbleibt.

Das Kommando behauptet, daß eine „revolutionäre Gegenmacht“ nur in einer „langen Kampfphase gegen die neu entstandene großdeutsche/westeuropäische Weltmacht“ aufgebaut werden könne. Eingeräumt wird auch, daß sich „die anti-imperialistische Front in Westeuropa aus einer Vielfalt von Kämpfen zusammensetzt“.

Dies ist ein Aufruf an Bündnispartner, die sich bisher der Zusammenarbeit versagt haben oder deren Organisationen zerschlagen wurden. Die RAF macht hier ihre Sorge deutlich, allein zu stehen. Sie weiß, daß sie den bewaffneten Kampf verloren hat, wenn sie isoliert bleibt. Viele Genossen, die an den Anschlägen der siebziger Jahre beteiligt waren, sind inzwischen ausgestiegen. Die Gloriole der Guerilla ist verblaßt.

Helmut Pohl versuchte, diesem Eindruck des Verfalls in einer Erklärung zu begegnen, die in einem linken Hamburger Blättchen veröffentlicht wurde²¹⁾. Der Brief blieb weitgehend unbeachtet. Er fand Resonanz erst durch eine gekürzte Veröf-

¹⁵⁾ Komunique vom 26. 4. 1990. (vs = Verfassungsschutz)

¹⁶⁾ taz vom 2. 12. 1989.

¹⁷⁾ Vgl. Christian Lochte, in: taz vom 18. 8. 1990.

¹⁸⁾ Komunique zum Anschlag auf Staatssekretär Hans Neusel vom 29. 7. 1990.

¹⁹⁾ Vgl. Komunique vom 29. 7. 1990.

²⁰⁾ Vgl. Chr. Lochte (Anm. 17).

²¹⁾ Vgl. die Erklärung von Helmut Pohl in: „ak“ Nr. 322 vom 24. 8. 1990.

fentlichung in der Züricher „Wochenzeitung“ vom 5. Oktober 1990. Deutsche Blätter interpretierten die Erklärung als eine Distanzierung „vom terroristischen Grundprinzip der RAF“ und als Beginn einer „Gewaltdebatte“ unter den Häftlingen²²⁾.

Diese Sichtweise ist nicht korrekt. Der Brief beschwört zunächst die „Einheit der Gefangenen“. Das war sicher notwendig nach den Erfahrungen des letzten Hungerstreiks, an dem sich nicht alle Häftlinge beteiligt hatten.

Danach versucht Pohl, die Bedeutung der Verhaftungen in der ehemaligen DDR und die Bereitschaft einiger früherer RAF-Genossen zu detaillierten Aussagen zu relativieren. Die Besorgnis der RAF über diese Entwicklung wird dadurch unterstrichen, daß Pohl sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf beruft, auch im Namen von Heidi Schulz, Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt zu sprechen.

In der Darstellung Pohls war es ein Fehler, daß die inzwischen nach Westdeutschland überstellten ehemaligen RAF-Leute überhaupt in die RAF gekommen sind. Die RAF habe diesen Fehler erkannt und „von Anfang an die Klärung und Lösung betrieben“. Deshalb handele es sich nicht um „Aussteiger“. Das Aussteigerprogramm sei nichts anderes als eine „Propaganda- und so Anknüpfungsaktion des VS“ (Verfassungsschutzes)²³⁾.

Das Angebot für Strafmilderung und eventuelle Strafbefreiung, das der Verfassungsschutz potentiellen Aussteigern gemacht hat, bereitet der RAF offensichtlich erhebliche Sorgen. Pohl behauptet nämlich, daß die in der ehemaligen DDR festgesetzten früheren Mitglieder der RAF „längst schon ihr lebenslänglich, revisionssicher wie immer“ bekommen hätten, wenn sie „vorher irgendwo verhaftet worden“ wären. Mit dieser Formulierung will er wohl die Aktivisten aus dem Umfeld, die möglicherweise mit dem Gedanken spielen, den bewaffneten Kampf aufzugeben, abschrecken.

Das entscheidende Problem für die RAF dürfte aber die Erfahrung sein, daß sie sich im Spektrum des linken Extremismus nach wie vor isoliert sieht. Nur so sind die längeren Passagen zu erklären, in denen sich Helmut Pohl mit den „Konzept-Debatten“ und der Entwicklung der „Linken“ seit Mitte der siebziger Jahre befaßt. Er beklagt: „alle waren gegen uns, die linke hat entsolidarisierungs-kam-

pagnen gemacht.“ Die Tatsache, daß die offizielle Auseinandersetzung mit der RAF „immer noch in diesem film“ laufe, sei auf die Positionen zurückzuführen, die die „mitt-siebziger-linke-truppe“ heute habe. Sie sei saturiert und träume heute „von ihren jugendabenteuern auf der spielwiese“.

Die Entschuldigung für mangelndes Engagement laute dann, daß man gegen die Übermacht des Staatsapparates nichts tun könne. Überall gebe es aber Leute, die etwas tun wollten und die auch etwas tun könnten; die Übermacht sei ein Mythos.

Die ganze politische militante Linke müsse „jetzt auf eine neue grundlage kommen“.

Erst am Schluß seiner Erklärung äußert sich Pohl zu der Frage der Gewalt. Er sagt: in der revolutionären politik spielt die gewalt eine bestimmte rolle, die bewaffnete aktion ist durch ihre politische bestimmung eingegrenzt, die ganze entwicklung ist politisch kontrolliert.“ Im Streik schließlich hätten die Gefangenen „überall, wo es gespräche gab“ — gemeint sind wohl Gespräche mit Vertretern des Staates —, die „dicke-balken-formulierung hingelegt: es verschiebt die ganze auseinandersetzung im ganzen zusammenhang in richtung diskussion, politischer prozeß.“²⁴⁾

Aus diesen Sätzen kann man schwerlich eine Absage an die Gewalt herleiten. Sie kennzeichnen eher den Druck, unter dem Gefangene stehen, die sich nach wie vor einer langfristigen Strafe gegenübersehen. Sie machen darüber hinaus den Mangel an Übereinstimmung zwischen den Häftlingen und der Kommando-Ebene deutlich. Auch falls die RAF-Gefangenen noch deutlicher als hier für die Kanalisierung von Gewaltaktionen oder gar für den Verzicht auf Gewalt plädieren sollten: die Kommando-Ebene wird sich nicht danach richten.

Die RAF wird weitermorden. Sie glaubt, vor der Alternative zu stehen, entweder den Kampf verloren zu haben und zu sterben oder den Kampf — wenn auch mit geringen Chancen — fortsetzen zu können mit dem gleichen Risiko, sterben zu müssen. Das ist die Haltung von Desperados. Die RAF hat ihrem Grundsatzpapier als Motto eine Formulierung aus dem letzten Brief Holger Meins vorangestellt: „Menschen, die sich weigern, den Kampf zu beenden — sie gewinnen entweder oder sie sterben, anstatt zu verlieren und zu sterben.“ Die RAF hat die Hoffnung, den bewaffneten Kampf gewinnen zu können, nur scheinbar aufzugeben.

²²⁾ Kölner Stadt Anzeiger und DIE WELT vom 10. 10. 1990.

²³⁾ Anm. 21.

²⁴⁾ Ebd.

Uwe Backes: Extremismus und Populismus von rechts. Ein Vergleich auf europäischer Ebene

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/90, S. 3-14

Die Wahlerfolge der Partei der Republikaner haben 1989 in der Bundesrepublik für Aufsehen in der Öffentlichkeit gesorgt. Ähnliche Wahlbewegungen sind auch in anderen demokratischen Verfassungsstaaten Europas erfolgreich und verfügen seit dem Juni 1989 über eine Vertretung im Europäischen Parlament: der französische Front national, die italienischen Organisationen Lega Lombarda und Movimento Sociale Italiano, der belgische Vlaams Blok.

Der Beitrag behandelt Entstehungsbedingungen, Entwicklung, Organisation und Programmatik dieser fünf Gruppierungen und arbeitet in einer vergleichenden Betrachtung charakteristische Gemeinsamkeiten heraus. Mit Ausnahme des Movimento Sociale Italiano gilt: Die neuen rechten Wahlbewegungen sprengen den Definitionsbereich normativer Begriffe wie „Rechtsextremismus“ oder „Neofaschismus“, da sie sehr heterogene Protestmotive transportieren, als „pressure group“ gegen die Behäbigkeit der „Altparteien“ gewählt werden, kein klares programmatisches Profil aufweisen und im Übergangsbereich zwischen rechts-extremer Subkultur und demokratischer Mehrheitskultur angesiedelt sind.

Petra Bauer/Oskar Niedermayer: Extrem rechtes Potential in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/90, S. 15-26

Nach einer kurzen Übersicht über die Theorien zur Entstehung extrem rechter Potentiale werden die unterschiedlichen Möglichkeiten zur empirischen Bestimmung dieser Potentiale aufgezeigt und deren Probleme diskutiert. Eingegangen wird auf die Ursachen für die Wahl extrem rechter Parteien, die Existenz eines extrem rechten Weltbilds und die ideologische Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum. Danach wird im Rahmen einer international vergleichenden Analyse das extrem rechte Potential in den Bevölkerungen der zwölf Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft mit Hilfe der Links-Rechts-Selbsteinstufung empirisch bestimmt und die Art der Beziehungen zu den anderen beiden Aspekten verdeutlicht, indem die Wahlabsichten und die Attitüdenstruktur der zum extrem rechten Potential Gehörenden untersucht werden. Den Abschluß bildet die empirische Überprüfung der aus den anfangs dargestellten theoretischen Überlegungen ableitbaren Hypothesen über die sozialstrukturellen Determinanten extrem rechter Orientierungen.

Manfred Wilke: Die Krise der Deutschen Kommunistischen Partei

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/90, S. 27-37

Die DKP wurde 1968 gegründet und trat organisatorisch, personell und ideologisch die Nachfolge der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an. Die DKP in der Bundesrepublik war vor dem 9. November 1989 eine von drei kommunistischen Parteien in Gesamtdeutschland. „Bruderparteien“ waren die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die diktatorische Staatspartei der ehemaligen DDR, und die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW). Seit 1987 befindet sich die DKP in einer Parteikrise. Nicht zuletzt wurde sie ausgelöst durch die Politik der KPdSU unter Generalsekretär Michail Gorbatschow. Bis zum Schluß versuchte die SED, die von ihr totalitär beherrschte DDR von den Veränderungen in Osteuropa abzuschotten.

Historisch kann die DKP-Krise nur als ein Randphänomen des Zusammenbruchs der SED-Diktatur gewertet werden, aber sie ging dieser Zäsur der deutschen Nachkriegsgeschichte voraus. Gestritten wurde in der DKP um das sozialistische Ziel, um die Revision der leninistisch-stalinistischen Parteikonzeption, um die Last der Geschichte, und es wurde die Auflösung der DKP in einer linken Strömungspartei gefordert. Die Diskussionen nahmen inhaltlich viel von dem vorweg, womit sich die SED-Reformer erst nach dem Ende der SED-Diktatur in der DDR auseinandersetzen mußten. Somit war die Parteikrise der DKP gewissermaßen ein abgegrenzter „Laborversuch“, in dem es um die — mißlungene — Transformation der DKP in eine moderne sozialistische Partei nach dem Ende der kommunistischen Weltbewegung ging. Darin liegt die Bedeutung des Vorgangs. Er hilft, die von allen Beteiligten unerwartete Lähmung der SED in der Endphase ihrer diktatorischen Herrschaft ebenso zu verstehen, wie die Metamorphose der SED zur PDS — der „Partei des Demokratischen Sozialismus“.

Patrick Moreau: Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/90, S. 38-53

Die geopolitischen Umwälzungen, die sich in der letzten Zeit in Osteuropa vollzogen haben, haben die Struktur der Internationalen Kommunistischen Bewegung tiefgreifend verändert und sich auf die Treue- oder Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den einzelnen nationalen Kommunistischen Parteien ausgewirkt, wie sie sich seit 1917 und insbesondere seit 1945 herausgebildet hatten. Der Niedergang der SED in der ehemaligen DDR und die vielgestaltige Krise der kommunistischen Organisationen in der Bundesrepublik, aber auch die (Wieder-)Geburt der PDS und die Wiederaufbauversuche der Erneuerer innerhalb der DKP, letztendlich die Umwandlung der PDS zu einer in der Bundesrepublik agierenden Partei erscheinen als beispielhaft für den Willen und die Fähigkeit des Kommunismus zur Anpassung und zum Überleben in einem neuen nationalen und internationalen Umfeld.

Die Internationale Kommunistische Bewegung hatte bis zum Aufstieg Gorbatschows eine monozentrisch-hierarchische Kommandostruktur feudalistischer und stalinistischer Art. Die KPdSU und ihre internationalen Ableger bestimmten die Strategien der kommunistischen Parteien und die großen propagandistischen Feldzüge, auch wenn sie gleichzeitig versuchten, den nationalen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Ab 1987 entwickelte sich dieses System zu einer bipolaren Struktur, mit der Entwicklung der SED zu einer Partei, die – gemäß ihrem Anspruch – kommunistische Legitimität und Orthodoxie repräsentierte, im Gegensatz zu einem „Gorbatschowismus“, der als revisionistisch bezeichnet wurde. Das regionale Führungsprinzip entfaltete sich entsprechend, mit der SED und dem althergebrachten Apparat der DKP einerseits sowie den Erneuerern und der KPdSU andererseits.

Als sich im Herbst 1989 der Wandel der SED zur SED-PDS vollzog, veränderte sich dieses Beziehungsnetz aufs neue und führte zur Ausbildung eines multipolaren, von Konkurrenz und Wettbewerb bestimmten kommunistischen Systems in der Bundesrepublik und in der ehemaligen DDR sowie zur Entkopplung der Entwicklungen im Osten und im Westen.

Hans Josef Horchem: Der Verfall der Roten Armee Fraktion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/90, S. 54-61

Die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) hat ihre Organisationsstruktur mehrfach geändert. Das geschah meistens nach operativen Fehlschlägen, die von den Mitgliedern und dem Umfeld als Niederlagen empfunden wurden. Umschichtungen in der Hierarchie der Gruppe geschahen auch deshalb, weil man hoffte, durch neue organisatorische Schwerpunkte neue Energien für den „bewaffneten Kampf“ gewinnen zu können. In jüngerer Zeit haben sich zwischen den einzelnen Organisationsringen der RAF – vor allem zwischen der Kommando-Ebene und den Häftlingen – Kommunikationsschwierigkeiten ergeben. Der Versuch, eine „westeuropäische Guerilla“ aufzubauen, ist gescheitert.

Anfang der achtziger Jahre entwickelte die RAF ihr Anschlagskonzept gegen den „Militärisch-Industriellen-Komplex“, die sogenannte MIK-Strategie. Sie ist inzwischen ersetzt worden durch eine neue Definition, mit der die RAF die Motivationsbasis für ihre Guerilla zu beschreiben versucht. Das neue Feindbild, die „europäische Weltmacht“, soll es der RAF erleichtern, erneut eine „europäische Front der Guerilla“ zu formieren. Dieser Aufruf an neue Bündnispartner ist bisher ohne Resonanz geblieben. Zu gemeinsamen Operationen mit anderen Terrororganisationen ist es nicht gekommen.